

ARCHIVNACHRICHTEN

.....
**Geschafft –
Arbeit im Archiv**
.....

Frühe Szenen bäuerlicher Arbeit
.....

Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose
.....

Ordnung aus Unordnung
.....

Arbeitsschutz im Archiv
.....



Inhalt

REGINA KEYLER

3 || Editorial

ARBEIT

KURT HOCHSTUHL

4 || Arbeitervereine. Vorläufer von Gewerkschaften und Parteien

KURT ANDERMANN

6 || Arbeiten für den Herrn. Frondienste als Konfliktpotential zwischen Herrschaft und Gemeinde

PETER RÜCKERT

8 || Frühe Szenen bäuerlicher Arbeit. Die Wiblinger Lagerbücher und ihre Bilder

MARTINA HEINE

9 || Die Glashütte Einsiedel. Der Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg als Unternehmer

MONIKA SCHAUPP

10 || „...erbaut, um den armen Leuten bey dermahligen harten Zeit Verdinst zu verschaffen“. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 1817

PETER MÜLLER

12 || Von Mädchen mit Schwefelhölzern. Was die Akten des Medizinalkollegiums über die Herstellung von Zündhölzern im 19. Jahrhundert berichten

CHRISTINE DÖLKER

14 || Jeder soll sich musterhaft betragen. Dienstvorschriften der Fürstlich Hohenzollernschen Hofverwaltung

PETER MÜLLER

16 || Frühe Formen der Arbeitsbeschaffung. Vereinsüberlieferung zur Geschichte der Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten im Staatsarchiv Ludwigsburg

PETER MÜLLER

18 || Wie Caro-Kaffee entsteht. Glasplatten im Staatsarchiv Ludwigsburg ermöglichen frühe Einblicke in ein Unternehmen der Lebensmittelindustrie

PETER SCHIFFER

20 || Ein eigenes Ministerium für Arbeit

CLAUDIA WIELAND

22 || Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose. Keine Erfindung von Herrn Hartz

SABINE GÖSSEL

24 || Mit Spaten und Ähre. Der Reichsarbeitsdienst in Sigmaringen

FRANZ-JOSEF ZIWES

26 || Der Landesheimathof Breithülen. Ein gescheitertes Projekt südwestdeutscher Sozialpolitik in der Nachkriegszeit

ELKE KOCH

27 || Was bleibt von Schlecker? Arbeitsverhältnisse in einem Drogeriekonzern in den Akten des Landesarchivs

VOLKER RIESS

28 || Arbeitszwang und Zwangsarbeit. Quellen aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg im Streit um das sogenannte Ghettorentengesetz

JUTTA HANITSCH

30 || Die Arbeitswelt in den Beständen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg

ARCHIV AKTUELL

ROBERT KRETZSCHMAR

32 || Jahresbericht für 2012

ANNETTE RIEK / CHRISTINA WOLF

34 || Das Archivportal-D als nationaler Zugang zu Archivgut. Projekt zur Umsetzung eines deutschen Archivportals hat begonnen

REGINA KEYLER

35 || Vom Blatt ins Netz. Retrokonversion von Findmitteln mithilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft

MARIA MAGDALENA RÜCKERT

36 || Virtuelles Archiv des Deutschen Ordens. Internationale Tagung zum im Staatsarchiv Ludwigsburg

QUELLEN GRIFFBEREIT

THOMAS FRITZ / PETER RÜCKERT

37 || Nicht nur für Familienforscher. Die württembergischen Steuerlisten online

PETER BOHL

38 || Quellen zum Sport. Archive von Sportverbänden im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

STEPHAN MOLITOR

40 || Fotografische Dokumentation jüdischer Friedhöfe in Baden-Württemberg. Analog und Online

ROBERT MEIER

41 || Ordnung aus Unordnung. Die ganze Frühe Neuzeit am Staatsarchiv Wertheim

KULTURGUT GESICHERT

KERSTIN FORSTMAYER

42 || Arbeitsschutz im Archiv

ANNA HABERDITZL

43 || Sicherer Umgang mit Schimmel und Staub

ARCHIVE GEÖFFNET

ANDREA HECK

44 || Von Goldmachern und Schatzsuchern. Alchemie und Aberglaube in Württemberg. Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

MARTIN STINGL

45 || 175 Jahre Eisenbahn in Baden. Ausstellung des Generallandesarchivs Karlsruhe

HÄUSER MIT GESCHICHTE

ANDREAS WILTS

46 || Das Fürstlich Fürstenbergische Archiv in Donaueschingen

JUNGES ARCHIV

TIMM HEINRICH

47 || Licht in ein dunkles Thema der Migrationsgeschichte

GESCHICHTE ORIGINAL:

QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 45

ANNEMARIE CONRADT-MACH

48 || Goldene Freiheit für die Jugend? Zur Situation jugendlicher Fabrikarbeiter in Schwenningen am Neckar

Editorial



Geschafft – wieder sind alle Beiträge für die neuen Archivnachrichten von den Autoren eingegangen, an den Grafiker weitergeleitet, im Satz korrekturgelesen. Und die druckfrische Ausgabe *Geschafft – Arbeit im Archiv* wurde an Abonnenten und Schulen verschickt. Sie halten sie in Ihren Händen.

Geschafft – was die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesarchivs 2012 geleistet haben, wird im Jahresbericht des Präsidenten Prof. Dr. Robert Kretzschmar bilanziert. In diesem Zusammenhang – kennen Sie schon unser 2012 gestartetes landeskundliches Portal www.leo-bw.de?

Geschafft – haben es die Arbeiter vor 150 Jahre, sich zu einer Arbeiterpartei zusammenschließen. Unser Autor Kurt Hochstuhl beleuchtet in seinem Artikel die Geschichte der Arbeitervereine als Vorläufer von Parteien und Gewerkschaften.

Geschafft – wurde von den Menschen seit Hunderten von Jahren. Spuren ihres Schaffens wurden von unseren Autorinnen und Autoren ausfindig gemacht und in Geschichten für die Leserschaft umgewandelt.

Geschafft – wieder sind Unterlagen von Behörden, Firmen und Privatleuten im Archiv eingegangen und in jedermann zugängliches Archivgut umgewandelt worden. Darüber berichtet zum Beispiel Peter Bohl zur Überlieferung der Sportverbände.

Geschafft – wird auch an der Bereitstellung von Informationen für unsere Nutzer in den Lesesälen und weltweit über das Internet. Über neue Projekte und neue Informationsquellen berichten wir in der Rubrik *Quellen griffbereit*.

Geschafft – sind alle Beteiligten nach einer Ausstellungseröffnung. Nicht nur Exponate mussten ausgewählt, Beschriftungen erstellt und Vitrinen befüllt werden. Auch die Festlegung des grafischen Designs und des Programms an begleitenden Veranstaltungen kostete ei-

nigen Schweiß. Und nicht zuletzt die Publikation eines Katalogs, der die Ergebnisse auch nach dem Abbau der Ausstellung festhalten soll. Auf die aktuellen Ausstellungen des Landesarchivs weist die Rubrik *Archive geöffnet* hin.

Geschafft – Arbeiten an und mit Archivalien soll nicht krank machen. Die Beiträge aus dem Institut für Erhaltung beschäftigen sich daher mit dem Thema Arbeitsschutz.

Die Häuser mit Geschichte berichten diesmal von einem Privatarchiv: Der bereits im 18. Jahrhundert errichtete Archivzweckbau in Donaueschingen ist es wert, hier einmal einen Abstecher außerhalb des Landesarchivs zu machen.

Eine neue Rubrik haben wir in diese Aufgabe der *Archivnachrichten* aufgenommen: das *Junge Archiv*. Junge Besucher sollen hier zur Sprache kommen und über ihre Erfahrungen im Archiv berichten. Den Anfang machen Schüler eines Berufskollegs, die sich im Staatsarchiv Ludwigsburg mit dem Thema *Migrationsgeschichte* beschäftigt haben.

Auch das Thema der Beilage *Quellen für den Unterricht* passt zum Titel. Annetarie Conradt-Mach, Direktorin der Feintechschule Villingen-Schwenningen, berichtet über die Probleme mit der jungen Arbeiterschaft in der Industriestadt Villingen am Neckar anfangs des 20. Jahrhunderts. Die von ihr herangezogenen Quellentypen finden sich auch für andere Städte Baden-Württembergs in den Stadt- und Kirchenarchiven, sodass sich das Thema für die Behandlung im Schulunterricht leicht auf andere Regionen übertragen lässt.

Vielfältige Beiträge unter dem Dach eines Themas – entdecken Sie neue Aspekte zum Thema Arbeit bei der Lektüre der Archivnachrichten,

Ihre
Dr. Regina Keyler

1 | Ulmer Brotkrawall am 1. Mai 1847. 1846/47 kam es durch Missernten und Spekulation zu einer Hungersnot im deutschen Südwesten, die sich in einer politisch zuspitzenden Zeit in örtlichen Aufständen niederschlug. Hungersnöte wie diese und die von 1816/17 trugen zu regelrechten Auswanderungswellen bei.

Vorlage: Stadtarchiv Ulm

2 | Kinderarbeit im Vormärz: Jungen arbeiten in einer Buntpapierfabrik in Aschaffenburg.



1

Arbeitervereine

Vorläufer von Gewerkschaften und Parteien

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der in Fabriken oder Manufakturen beschäftigten Arbeiter und Handwerksgesellen langsam aber stetig zu. Neben den auf parlamentarischer Ebene und im bürgerlichen Milieu zeitgleich geführten Diskussionen über eine politische Teilhabe des Dritten Standes an der Gesellschaft, die Form dieser Teilhabe und den dazu zu beschreitenden Weg, artikulierten sich die sozialen und politischen Hoffnungen des Vierten Standes in anfänglich bescheidener, nichtsdestotrotz unüberhörbarer Art und Weise. Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts waren so in ganz Deutschland verstreut und unter unterschiedlichen Vorzeichen Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine entstanden. Gehör fanden diese in erster Linie beim linken Flügel des Liberalismus, der recht früh als eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Reformen im politischen System eine Änderung in der Sozial- und Wirtschaftsverfassung der Gesellschaft erkannt hatte.

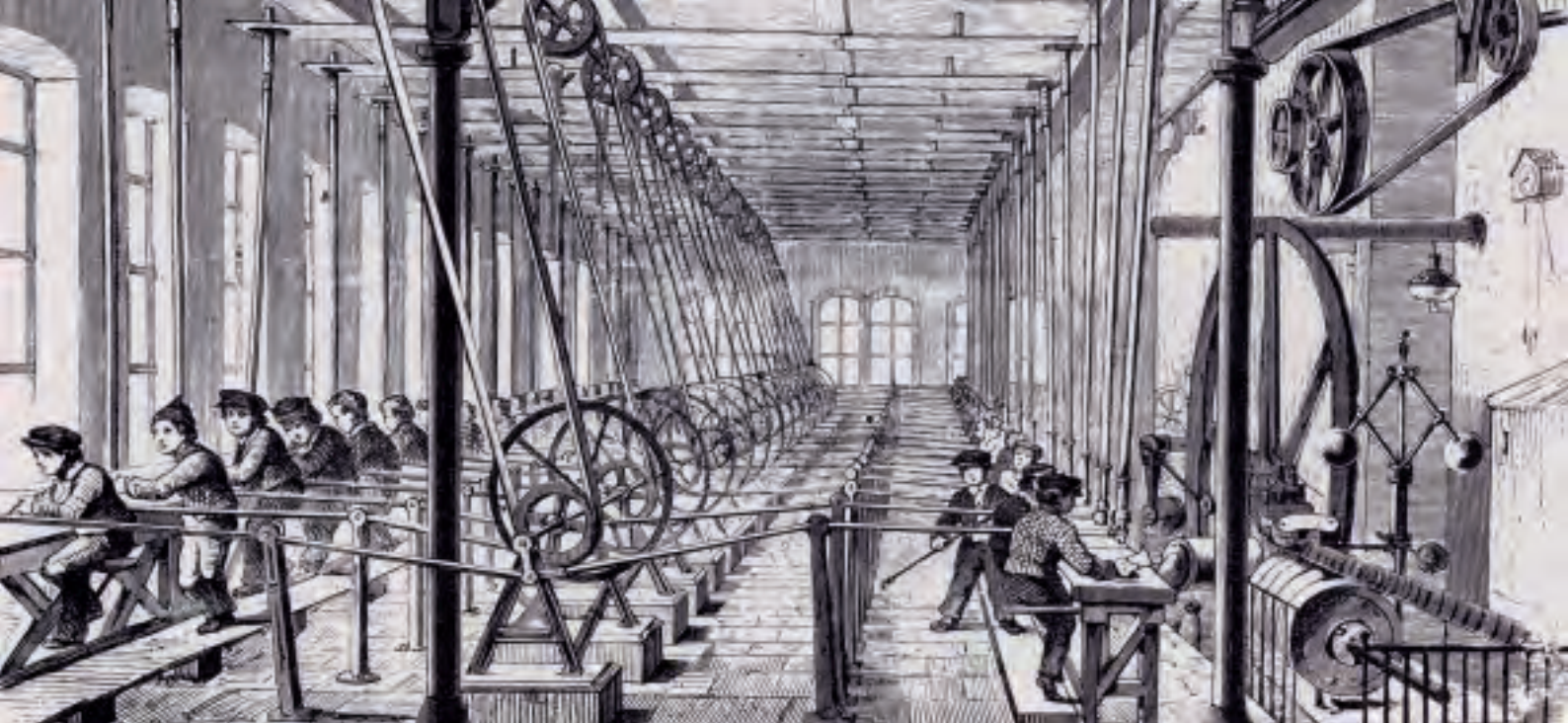
Zu den ersten Zusammenschlüssen von Arbeitern in Südwestdeutschland kam es in Mannheim. Dort hatte sich schon im Jahre 1844 – möglicherweise Bezug nehmend auf schon in den 30er Jahren gegründete Vereinigungen von deutschen Arbeitern und Gesellen im benachbarten Ausland – ein Gesellenverein gebildet, der sich der Unterstützung von reisenden Handwerksgesellen verschrieben hatte. Der Ort des Zusammenschlusses war sicher kein Zufall, gehörte doch Mannheim als Endpunkt der Rheinschiffahrt und mit seiner Eisenbahnstation zu den

prosperierendsten Handels- und Gewerbestädten des Großherzogtums Baden. Seine rasante wirtschaftliche Entwicklung hatte ein liberales Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum entstehen lassen, das in Stadt und Land nach aktiver politischer Betätigung und Teilhabe an der Macht strebte. Die dort schon entwickelten industriellen oder zumindest protoindustriellen Produktionsformen hatten jedoch auch erste Ansätze eines Industrie-proletariats hervorgebracht und damit die Diskussionen über dessen zukünftigen Platz im gesellschaftlichen Miteinander. Dass unter diesen Rahmenbedingungen der Mannheimer Gesellenverein, wie alle liberalen oder sozialistischen Arbeiterbildungsvereine, von einer Einrichtung zur Unterstützung und gegenseitigen Bildung der Handwerker und Arbeiter schnell zu einem politischen Verein mutierte, der Bildung, Unterstützung, auskömmlichen Lohn und erträgliche Arbeitsbedingungen als gesamtgesellschaftlichen Anspruch und Verpflichtung erhob, verwundert nicht. Schließlich hatte er in Friedrich Hecker und Gustav Struve zwei Protagonisten des linken Flügels der Liberalen als Unterstützer gefunden, die sich als *soziale Demokraten* verstanden und die Integration des *Vierten Standes* in die Gesellschaft und dessen soziale und rechtliche Sicherstellung auf ihre politischen Fahnen geschrieben hatten. Grund genug, die staatlichen Überwachungsbehörden auf den Plan zu rufen, die generell alle vereinsmäßigen Zusammenschlüsse, mit besonderer Akribie jedoch die politisch ausgerichteten Vereine kontrollierten

und beobachteten. Der Beobachtung unterlagen selbst die Gesellenvereine, die auf konfessioneller Grundlage ebenfalls in den 1840er Jahre entstanden waren, zielte doch deren Intention, an der Lösung sozialer und gesellschaftlicher Probleme teilzuhaben, in dieselbe Richtung.

Schon früh suchten alle Gesellenvereine, sich untereinander zu vernetzen und den Zusammenschluss auf nationaler Ebene zu realisieren. Dies gelang den katholischen Gesellenvereinen, seit 1847 mit ihrem Motor Adolph Kolping an der Spitze, mit nachhaltiger Wirkung bis heute. 1848 entstanden auch die ersten evangelischen Gesellen- und Meistervereine.

Die Organisation der nicht konfessionell gebundenen Arbeiterbildungsvereine entstand auf einem Kongress in Berlin im August 1848. Dabei wurde Heidelberg als Bezirksvorort für Baden festgelegt. Dort bestand einer der ersten Arbeiterbildungsvereine Deutschlands, dem zudem die Ehre zuteil wurde, den *Provinzial-Arbeiterkongress für Süd-West-Deutschland* im Januar 1849 zu beherbergen. Am Ende dieses Kongresses stand ein Vereinigter Arbeiterausschuss für ganz Deutschland mit Sitz in Leipzig, in dem sich die zwei unterschiedlichen Konzeptionen von Arbeiterbildung und Wahrnehmung der Interessen zusammenfanden: die des Karl Georg Winkelblech, der die notwendigen *sozialen Reformen innerhalb der Schranken der bestehenden Gesellschaft realisieren* wollte und die des Schriftsetzers Stefan Born, der von der Wirkungslosigkeit von Reformbestrebung ohne gleichzeitige



2

soziale Revolution überzeugt war. Unabhängig von diesen Auseinandersetzungen gaben sich alle zwölf nachweisbaren demokratischen Arbeitervereine im Großherzogtum (Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg, Gernsbach, Heidelberg, Karlsruhe – Handwerkerverein und Arbeiterverein, Konstanz, Lahr, Mannheim – Arbeiterbildungsverein und Arbeiterverein sowie Rastatt) feste Organisationsstrukturen durch Statuten, Mitgliedsbeiträge, regelmäßige Versammlungen und gemeinsame Aktivitäten. Für Württemberg muss möglicherweise eine größere Zahl von Arbeitervereinen angenommen werden. Denn schon zum ersten Verbandstag der württembergischen Arbeiterverbrüderung im März 1848 in Göppingen waren elf Vertreter von Arbeitervereinen anwesend. Sie wählten Ulm zum Bezirksvorort von Württemberg und den Leiter des dortigen Arbeitervereins, den Journalisten Georg Bernhard Schifterling, examiniertes Theologe aus Creglingen, zum 1. Vorsitzenden. Innerhalb kurzer Zeit zählte die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung nahezu 15.000 Mitglieder in ganz Deutschland.

Nach dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne im Frühsommer 1849 und der Besetzung des Großherzogtums Baden durch preußische Truppen wurden auch die Arbeitervereine – wie alle anderen Vereine im Lande – verboten. Wenige Monate darauf erfolgte deren Verbot auch in Württemberg. Die Idee der *Association*, des freien und freiwilligen Zusammenschlusses von Menschen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele, war der Obrigkeit – einmal mehr – ein

Dorn im Auge. Im Juli 1854 erneuerte der Frankfurter Bundestag die Verpflichtung seiner Mitgliedsländer zur weiterhin verschärften Verfolgung aller Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine.

Erst mit Beginn der *Neuen Ära* in Preußen und nach Erlass verschiedener Amnestiegesetze wegen Beteiligung an der Deutschen Revolution der Jahre 1848/49 kam es in bewusster Anlehnung an frühere Organisationsformen zu Neugründungen von Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereinen sowie Zusammenschlüssen von Arbeitern einzelner Branchen. Der geografische Schwerpunkt lag nunmehr allerdings in den neu entstandenen industriellen Zentren des Rheinlandes und Sachsens. In Leipzig gründete sich im Jahre 1863 als erste gesamtdeutsch orientierte Arbeiterpartei der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADV) unter Ferdinand Lassalle an der Spitze. Im selben Jahr entstand in Frankfurt der Verbandstag Deutscher Arbeitervereine als Dachverband der deutschen Arbeitervereine, aus dem 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), eine weitere Vorläuferorganisation der Sozialdemokratischen Partei hervorgehen sollte. Parallel zu diesen politischen Organisationsbestrebungen wurde von sowohl von ADV wie SDAP die Gründung von Gewerkschaften vorangetrieben. Damit wurde auch der wachsenden Bedeutung des Arbeitskampfes für die Durchsetzung zentraler Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter Rechnung getragen. Im Mai 1875 vereinigten sich beide Gruppierungen in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei,

aus der 1890 – nach Aufhebung des Sozialistengesetzes – die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entstehen sollte.

Ihre Vorläufer, die Arbeitervereine und Arbeiterbildungsvereine, waren die ersten dezidiert politischen Interessensorganisationen des Vierten Standes, der Industrie- und Landarbeiter sowie der Handwerksgesellen in Deutschland. Sie gehören somit zum Traditionsschatz der politischen Kultur, gerade im deutschen Südwesten, in dem sie besonders zahlreich vertreten waren.

KURT HOCHSTUHL

Literatur:

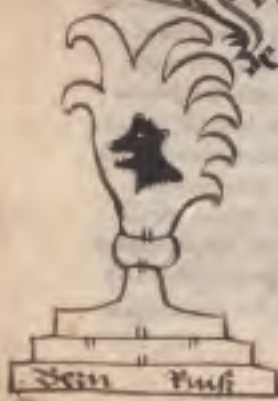
UWE SCHMIDT: *Georg Bernhard Schifterling: Tagelöhner, Pfarrer, Journalist und Revolutionär*, in: *Schwäbische Heimat* 49 (1998), S. 175–185

FROLINDE BALSER: *Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1848/49*, 1957

FROLINDE BALSER: *Sozial-Demokratie 1848/49–1863: die 1. deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung“ nach der Revolution*, 2 Bde., Stuttgart 2 1966

KURT HOCHSTUHL, REGINE SCHNEIDER: *Politische Vereine in Baden 1847–1849*, in: *Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins* 146 (1998), S. 351–436.

Ein vater Claus deise vore zwolff jar em Schulz zu Insul-
 heim und habe die/diese gehoffen hinner und anders die
 Juncker Berhart von Niperg gefallen was zu Insulheim
 gegen obenhem tragen und zu mehrmalen sprach Juncker
 Berhart zu dem oben genannten Claus deisen Schulz gebiet
 mir den von Insulheim das sie mir fronen also horete er ich
 wil sin mit thum oder aber hinner tage ubber Schulz bliben
 dan ist mit also hertomen also nach viel reden sprach Juncker
 Berhart In wolbyn Schulz gange hern vord thum von
 als bißher und vom Juncker Berhart obgenant hant in In-
 sulheim vore so lieh er das mit sinem gelte ingewinnen und
 seivan biße er die von Insulheim die zu sinen und vom sie das
 mit tozeten oder thum vordten so stucte er sin gefette von oben
 hem gegen Insulheim und biße auch thum frendelute damit
 er das hant in und herne brachte In vorchans der Schulz
 hat auch in sindeheit gesagt die gedente vore das Juncker Ber-
 hart von Niperg sinen vater die und viel gebetten habe die
 etwan zu sinen etwan von Insulheim gegen obenhem zu sin
 den das habe sin vater als ein guter nachbur zu Insulheim
 dem Juncker Berhart gutes gotte in freuntshaft und guter
 nachburgshaft gethan und habe dazut gehate worden die
 von Insulheim frendelute stuldu man hette mit frende-
 lute gebetten und die vorstien gezeugen alle und dazut haben
 die die sage in massen vorset off vor teulle und erde gesagt und
 sin daz zu erbotten gebiet me siner ist mehr hern zu sinde in
 frenden das sie das mochten und vordten mit vorheit auch thum
 die druge sint geistichen in der vorstat in Dore vor dem Eyne
 gretel in der herdege in der raumen in den oberstlichen die
 Indien leonunge Sabstune monad und tage in byroffen
 der Epamen und Leben die Johans herfort dicamen der Dorn
 in der obenant hant vore der vore in Dornel und her nach lan-
 gen vore die ramen burger in Dore die her in gezeugen beuffet sint



In der Sach von Insulheim die vier bytune em clerid von Insul-
 heim gemalt ein Offenbarlicheber und Notarius von
 Insulheim mit den vorstien gezeugen allen in den vorge-
 werten gezeugen sagen gegenwurtig gewest bin die
 als mit die eigene gesehen und gehort han geistichen
 vore vorset dicam in frendelute der vorheit und des
 vorseten so han ich die offen in framem off diese vier
 bletter siner lungehan in buches vore gemalt mit
 myner egen hant geistichen und geistichen und
 in diese offen forme geatzt dar in mit myner person
 lichen namen und zeichen gezeichnet und besiget
 dar zu des obenant die Johans herfort des gezeugen und myner nise
 gel an die stamme so durch diese vier bletter gezeugen ist ge-
 hendte die ich Johans herfort mit beime und ich offen-
 barlicheber bin heruber wie sich gebiet er sacht und ge-
 beten

Arbeiten für den Herrn

Frondienste als Konfliktpotential zwischen Herrschaft und Gemeinde

Frondienste – unbezahlte Arbeitsleistungen zum Nutzen der Herrschaft – gehörten in Mittelalter und Frühneuzeit zu den beim *Gemeinen Mann* am meisten verhassten Pflichten gegenüber der Obrigkeit. Als *Hand- oder Spanndienste* konnten sie gemessen oder ungemessen, das heißt in ihrem Umfang beziehungsweise ihrer Dauer begrenzt oder unbegrenzt sein; die diesbezüglichen Unterschiede waren von Ort zu Ort mitunter beträchtlich. Lästig fielen derartige Pflichten immer, weil dabei stets eigene Geschäfte in Haus und Feld zurückstehen mussten. Da bedeutete es nur einen kleinen Trost, wenn die Fröner bei ihrer Arbeit von der Herrschaft mit einer *Fronergötzlichkeit* verköstigt wurden. Kein Wunder also, wenn es wegen der Fronpflicht und ihres Umfangs zwischen Herrschaft und Gemeinde oft zu Streit kam, der nicht selten gerichtlich oder vertraglich beigelegt werden musste. Zur Freude der Historiker erwuchs daraus eine reiche Urkunden- und Aktenüberlieferung.

In dem *Kondominatsort* Insultheim (Insultheimerhof, Stadt Hockenheim) war es über der Frage, ob die Einwohner ihren adligen Vogtsherren Frondienste schuldeten oder nicht, zu jahrzehntelangen Auseinandersetzungen gekommen. Um diese endlich beizulegen, wurde 1467 ein Notar beauftragt, die Zeugenaussagen vornehmlich älterer Leute aus der Nachbarschaft zu protokollieren. Vorsichtshalber geschah dies nicht etwa am Ort selbst, sondern auf neutralem Boden, nämlich in Wirtshäusern im bischöflich speyrischen Lußheim und in der freien Stadt Speyer. Indes dürfte das

Ergebnis der Befragung der Herrschaft wenig Freude bereitet haben, stellte sich doch schließlich heraus, dass die Insultheimer ihren Herren noch nie gefrönt und auf entsprechende Ansinnen stets mit Verweigerung reagiert hatten.

In Malsch bei Heidelberg wollte 1492 die Gemeinde den örtlichen *Hofmann* des Speyrer Allerheiligen-Stifts, weil er wie alle anderen Gemeindebürger Anteil an Wasser, Weide und Allmende hatte, zwingen, sich auch an den von der Herrschaft geforderten Frondiensten zu beteiligen. Jedoch erkannten die mit der Schlichtung des Streits beauftragten kurpfälzischen Amtleute aus Heidelberg dieses Verlangen als nicht rechtmäßig, weil es sich bei dem von dem Hofmann bewirtschafteten Gut um einen Pfarrwittumhof mit der Pflicht zur gemeinnützigen Zuchtbullenhaltung (*Faselvieh*) handle und von ihm deshalb wie von alters her keine Beteiligung am Frondienst verlangt werden könne.

Die bischöflich speyrische Hof- und Rentkammer einerseits und die Gemeinde von Zeutern im westlichen Kraichgau andererseits vereinbarten 1777 nach wiederum langjährigem Streit, um einen längeren und kostspieligen Prozess zu vermeiden, dass rückständige Frongeldforderungen hinfällig sein sollten und die Herrschaft künftig wählen durfte, ob sie allfällige Frondienste *naturaliter* oder stattdessen in Geld beanspruchen wollte. Seitens der Gemeinde billigten diese Vereinbarung der Schultheiß und sechs Schöffen des Dorfgerichts mit ihren Unterschriften.

KURT ANDERMANN



Gütliche Vereinbarung zwischen Herrschaft und Gemeinde über in Fron zu leistende Mäherdienste in Zeutern, 1777.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 42 Nr. 5231

Frühe Szenen bäuerlicher Arbeit

Die Wiblinger Lagerbücher und ihre Bilder



Aus der berühmten Serie der Lagerbücher im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, die etwa 14.000 Bände aus dem 13. bis 19. Jahrhundert umfasst, ragen einige wegen ihrer außergewöhnlichen Ausstattung heraus. Eine besondere Bedeutung nehmen hier drei Lagerbücher des Benediktinerklosters Wiblingen (bei Ulm) ein, deren aufwendiger Bilderschmuck frühe Szenen bäuerlicher Arbeit zeigt.

Die Lagerbücher, die als urbarielle Quellen zunächst den herrschaftlichen Grundbesitz und die damit verbundenen Einkünfte und Rechte verzeichnen, erhalten bei den Wiblinger Bänden durch ihre Ausstattung eine besondere Qualität. Bereits deren Titel verraten die spezielle Absicht, die hinter ihrer Anlage stand: Als *Ichnographische Entwüf* sind die Bände aus den Jahren 1690 bzw. 1697/98 überschrieben. Dabei handelt es sich eigentlich um Serien von Grundrissplänen, deren aufwendige Aufnahme in den Vorworten genau beschrieben wird: Diese Grundrisse der Gemarkungen von Kloster Wiblingen und seinen Klosterorten seien genau aus *der grossen Landtkarten* einheitlich gemessen. Verfasser und Zeichner dieser Pläne ist der Klosterökonom und Prior Meinrad Heuchlinger (1654–1716), der den ersten Band von 1690 seinem Abt Maurus (1666–1692) widmet. Die Folgebände, die als Ergebnis langjähriger Arbeiten dann 1697 bzw. 1698 vorgelegt werden, werden dessen Nachfolger, Abt Modestus Huber (1692–1729), dann vom gesamten Konvent dediziert. Diese Bände sind nicht nur zur kartographischen Erfassung des klösterlichen Grundbesitzes angelegt, sondern umfassen auch umfangreiche Einführungen zur Klostersgeschichte und zum aktuellen Konvent sowie Erklärungen zur besonderen Darstellungsart, je nachdem, *wie es in der Natur und Kunst sich befindet*.

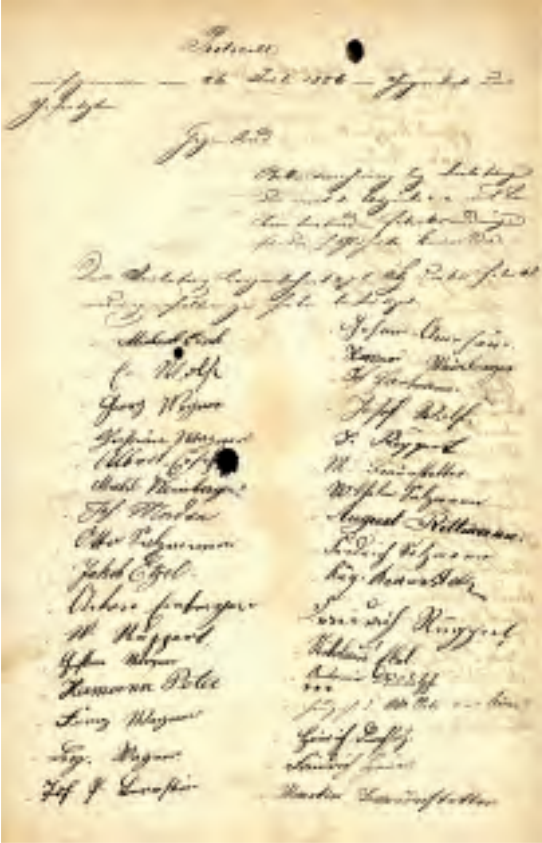
Dieser künstlerische Anspruch des Verfassers und Zeichners Meinrad Heuchlinger, der auch als Geschichtsschreiber des Klosters hervortritt, findet großartigen Ausdruck in den bildlichen Darstellungen, welche die Grundrisse

schmücken. Die Fluren sind belebt: Da ziehen Schäfer mit ihren Herden, Bauern sind beim Pflügen und Säen zu beobachten, Männer wie Frauen mühen sich bei der Getreideernte, einige Männer trifft man beim Holzmachen im Wald, Frauen beim Heurechen auf den Wiesen – unterschiedliche Szenen bäuerlicher Arbeit, die hier dekorativ ins Bild gesetzt sind. Arbeitsgeräte und Werkzeuge wie Pflüge und Eggen, Sensen, Sicheln, Dreschflegel, Gabeln und Rechen sind dabei meist detailgenau zu erkennen, ebenso zahlreiche Pferdegespanne und unterschiedliche Wagen. Auch die Bekleidung der Bauern bei der Arbeit wird differenziert und sicher oft idealisiert wiedergegeben. So entsteht ein breites Bild bäuerlicher Arbeitswelt, deren freundliche Darstellung aus der Hand eines kunstfertigen Wiblinger Mönchs freilich quellenkritisch zu bedenken ist.

Mit ihren Bildern bieten die Wiblinger Lagerbücher jedenfalls außergewöhnliche Quellen zur Agrargeschichte und Landwirtschaft in der frühen Neuzeit ebenso wie zur Werkzeug- und Kostümkunde weit über Oberschwaben hinaus. Diese umfassend angelegten, frühen Szenen bäuerlicher Arbeit aus dem 17. Jahrhundert sind, gerade in ihrem Kontext betrachtet, für die Überlieferung des deutschen Südwestens einzigartig.

PETER RÜCKERT

*Bäuerliche Arbeiten, dargestellt in den Wiblinger Lagerbüchern von 1690 bzw. 1697/98: Pflügen, Säen, Holzmachen, Heuernte.
Alle Vorlagen: Landesarchiv HStAS H 235 Bde. 351–353*



Der Empfang der Fabrikordnung musste von allen Arbeitern quittiert werden. Nach ihrer Verabschiedung waren dies 71 Personen.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R H 32 Nr. 33

Auf dem Lageplan aus dem Jahr 1860 sind eine neue Straße und die der Glasproduktion dienenden Gebäude rot eingezeichnet.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-R Lit. B Nr. 3328 f

Die Glashütte Einsiedel

Der Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg als Unternehmer

Der Hofkammer schwante nichts Gutes. Schon nach Bekanntwerden der ersten Pläne des Fürsten Dominik Constantin zur Gründung einer Glashütte im Spessart am Anfang des 19. Jahrhunderts warnten die erfahrenen Beamten in der Finanzbehörde, daß *Manufacturen, Fabriken, Bergwerke, auf herrschaftliche Kosten betrieben*, selten gediehen. Doch die Voraussetzungen schienen dem Fürsten gut. Da war der umfangreiche Waldbesitz des Klosters Neustadt am Main, der mit der Säkularisation der geistlichen Einrichtung Anfang des 19. Jahrhunderts in den Besitz der Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg übergegangen war. Da war das Flösschen Hafenlohr, das immer Wasser führte. Und da war schließlich sein Kammerdiener Johann Saalig, der früher schon einmal Hüttenmeister in der nahegelegenen Glashütte Weibersbrunn gewesen war und damit über das notwendige Know-how zu verfügen schien. Dass sich das aber nur auf Mondglas bezog, also Flachware, während schon in den Jahren um 1819/20 auf die Produktion von Hohlglas umge-

stellt werden musste, zeigte sich erst später. Dennoch übte der Kammerdiener einen gewissen Einfluss auf seinen Herrn aus. Durch den Konkurs der Mondglasmanufaktur in Lohr war außerdem eine Marktlücke entstanden. Mit dem Wechsel von Dominik Constantin auf Fürst Karl Thomas im Jahr 1814 wurde aus der 1807 eingerichteten Glashütte Einsiedel die sogenannte Karlshütte.

Die Abnehmer, die als Zwischenhändler fungierten, saßen in Amsterdam, Heidelberg und Basel. Es sah also alles gut aus. Dass allein im Jahr 1818 der Zuschuss für die Hütte 55.000 Gulden betrug, also an der anfänglichen Kalkulation, die einen umfangreichen Gewinn versprach, etwas nicht stimmen konnte, fiel nur der Hofkammer auf. Der Absatz war am Anfang gut, die Qualität entsprach jedoch nicht ganz den Erwartungen.

Mit den sozialen Verhältnissen scheint es nicht zum Besten gestanden zu haben. Die Wohnverhältnisse waren aus heutiger Sicht katastrophal. Die Arbeiter waren wegen der schlechten Absatzlage und einem dementsprechend geringen

Lohn zum Zuerwerb gezwungen. Erst 1886 trat die Fabrikordnung in Kraft, die alle Arbeitnehmer zu unterschreiben hatten. Doch im Jahr 1889 war Schluss mit der Glasproduktion.

Auch mit anderen Betrieben machte der Fürst zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg seine Erfahrungen, die manchmal zum Teil von längerer Dauer waren. Da gab es zum Beispiel das Sägewerk St. Hubertus, ebenfalls im Tal der Hafenlohr im Spessart gelegen, das sich den Waldreichtum des Gebietes zunutze machte. Lange bestand die Schlossbrauerei Bronnbach, in der 1974 das letzte Bier gebraut wurde und deren Gebäude heute den Archivverbund Main-Tauber beherbergt. Teilweise bis heute existieren die Weingüter in Kreuzwertheim, heute Kleinheubach, und in Hallgarten im Rheingau. Sucht der Interessent nach Unterlagen der älteren Glashütte Neulautern in der Grafschaft Löwenstein aus dem 16. bis 18. Jahrhundert, wird er ebenfalls im Staatsarchiv Wertheim fündig.

MARTINA HEINE



1

„... erbaut, um den armen Leuten bey dermahligen harten Zeit Verdinst zu verschaffen“

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 1817

Als am 14. April 2010 der isländische Vulkan Eyjafjallajökull ausbrach, kam es durch die Einstellung des europäischen Flugverkehrs *nur* zu volkswirtschaftlichen Schäden in Milliardenhöhe. Weit schlimmer 200 Jahre zuvor: der Ausbruch des indonesischen Vulkans *Tambora* am 5. April 1815 erzeugte eine gewaltige Eruptionssäule bis in die Stratosphäre, wo der Ascheschleier die Sonnenstrahlen reflektierte. Im darauffolgenden *Jahr ohne Sommer* kam es weltweit zu Missernten und Hungersnöten.

Die badische Regierung vertraute auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes und reagierte eher zögerlich. Dies forderte Fürst Georg zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (1775–1855), seit Februar 1816 zwar Familienoberhaupt, jedoch durch die Mediatisierung der Grafschaft Wertheim 1806 der direkten Verantwortung für die Wertheimer ent-

hoben, wohl geradezu heraus: Er richtete lokal *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* ein. Bereits im Frühjahr 1816 hatte er begonnen, das Schloßchen im Eicheler Hofgarten im Stil der Zeit umzugestalten. Aus der Barockanlage wurde in fünf-facher Größe ein englischer Landschaftsgarten, die sogenannten Birkenanlagen. Ein neuer Weg sollte die Wertheimer Burg mit dem Sommerschloßchen verbinden. Die notwendigen Arbeiten wurden nun ausdrücklich an die Wertheimer Bevölkerung vergeben *um den armen Leuten bey dermahligen harten Zeit, wo 6 Pfundt Brod 38 Xr im Preis gestanden, Verdinst zu verschaffen*, wie es auf einem zeitgenössischen Situationsplan heißt. Am 15. Januar 1817 werden durch öffentliches Ausschellen alle Tagelöhner auf diese Verdienstmöglichkeit, die bereits am folgenden Tag beginnen sollte, hingewiesen. Für diese *Arbeitsbeschaffungs-*

maßnahmen gab Fürst Georg als *besondere Kosten auf Fertigung der Chaussee von f. Residenz Schloße aus, über das alte Schloß durch den Birkeneschlag bis zum Hofgarten* allein vom 16. Januar bis 29. März 1817 für *Maurer, Tagelöhner und Fuhrleute* 2.014 Gulden aus.

Die Maßnahmen wirkten. Nach der überstandenen Hungerkrise wurde die neue, gute Ernte des Jahres 1817 mit einem Erntedankfest Anfang August gefeiert. Aus Dankbarkeit für die fürstliche Unterstützung wurde sogar eigens ein Verein gegründet, der *Dankbarkeitsverein*. Einziger Vereinszweck war die Errichtung und der Erhalt eines Denkmals zur Erinnerung an diese Leistung Fürst Georgs. Das Denkmal wurde am 13. April 1819 in Anwesenheit des Fürstenpaares am Fürstenweg in den Birkenanlagen eingeweiht. Alljährlich versammelte sich der Verein am 23. April, dem Namenstag



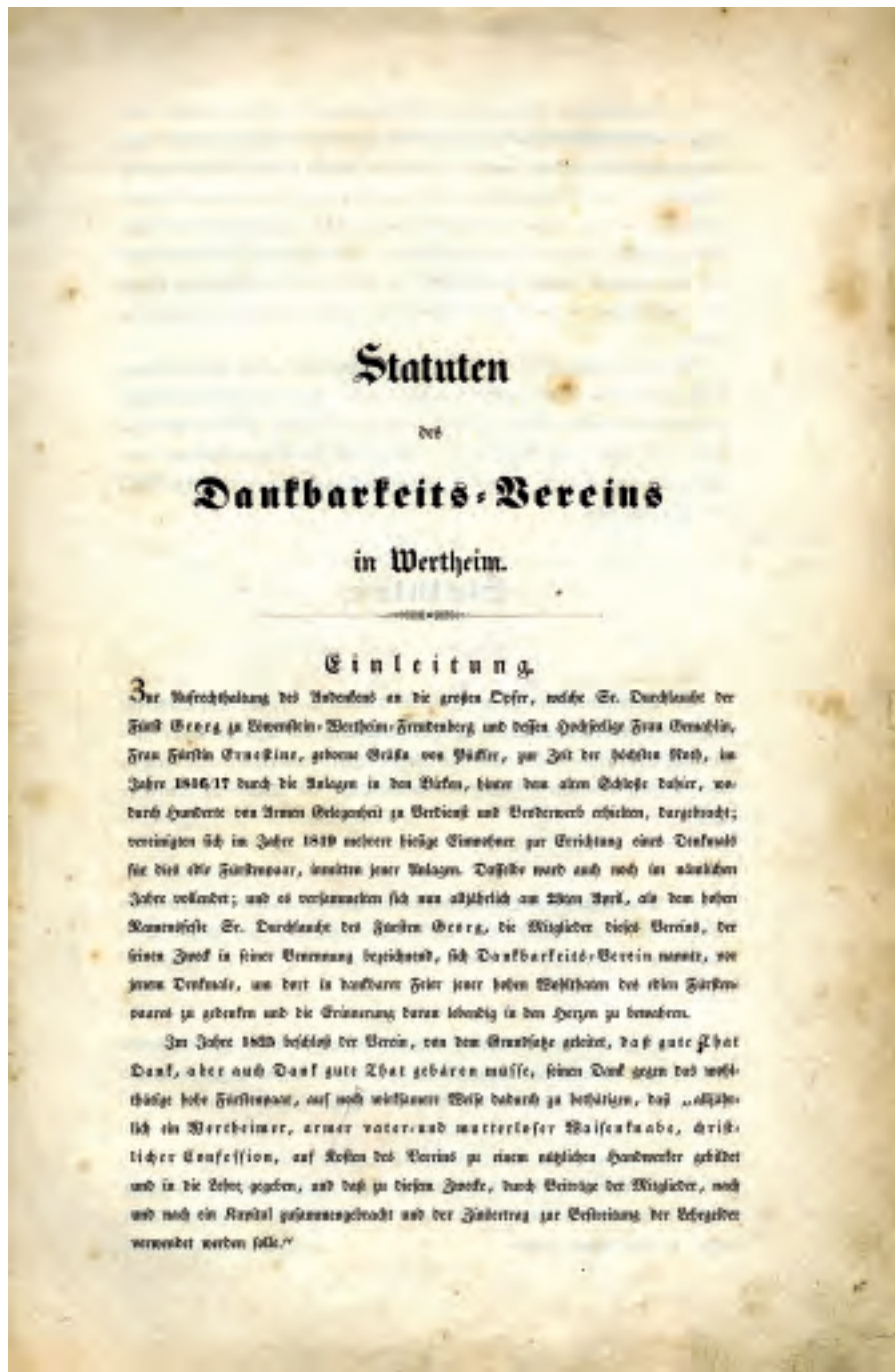
2

des Fürsten, bei dem Denkmal, um mit dem *Birkenfest* dessen Wohltaten zu gedenken.

Auch in der Folgezeit engagierten sich Fürst Georg und Fürstin Ernestine immer wieder, wenn es galt, Not zu lindern. So wurde auf ihre Anregung hin am 9. Dezember 1824 der Frauenverein Wertheim gegründet. Vereinzweck sollte sein, die durch das Hochwasser 1824 entstandene Not lindern zu helfen und der allgemein zunehmenden Verarmung der *niederer und Mittelklasse* entgegenzuwirken.

Das Fürstenpaar ist bis heute in der Stadt in so guter Erinnerung, dass während des Stadtjubiläums 2006 bei allen offiziellen Veranstaltungen Fürst Georg und Fürstin Ernestine als historische Persönlichkeiten auftraten.

MONIKA SCHAUPP



3

1 | „Situations Plann über den Englischen Garten auf Eichler Weg und die von da aus angelegte Chaussee durch den Haag Berg bis ins Schloß. Erbaut von Ihrer Hoch Fürstlichen Durchlaucht Fürsten Georg zu Löwenstein Wertheim Freudenberg et cet. um den armen Leuten bey dermahligen harten Zeit, wo 6 Pfundt Brod 38 Xr im Preiß gestanden, Verdinst zu verschaffen. Den 20.ten Januar 1817.“
Vorlage: Landesarchiv StAWt-F K 62

2 | Schützenscheibe mit dem Hungerdenkmal aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt ist das an die Notzeit von 1816/17 erinnernde Hungerdenkmal von 1819.
Vorlage: Grafschaftsmuseum Wertheim (Inv.-Nr. 6271), Foto: Kurt Bauer

3 | Die einzelnen Bestimmungen des Dankbarkeitsvereins wurden 1845 zusammengefasst und von der Generalversammlung als „Statuten des Dankbarkeits-Vereins in Wertheim“ angenommen.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-S V 4, Nr. 20

Von Mädchen mit Schwefelhölzern

Was die Akten des Medizinalkollegiums über die Herstellung von Zündhölzern im 19. Jahrhundert berichten

Wer kennt es nicht, Hans-Christian Andersens 1845 entstandenes Märchen vom kleinen Mädchen mit den Schwefelhölzern. Die anrührende Geschichte handelt von einer jungen Streichholzverkäuferin, die in einer Winternacht all ihre Zündhölzer verbrennt und schließlich – träumend im Licht der kleinen Feuer – den Kältetod findet.

Fast zur gleichen Zeit, als Andersen seine Geschichte schrieb, erwähnte der Ludwigsburger Amtsvogt Höring in seinem Jahresbericht die rätselhafte, schwere Erkrankung eines Arbeiters in der Kammererschen Zündholzfabrik in Ludwigsburg. Der 48jährige Mann litt an massiven Entzündungen der Kieferknochen, die man völlig zu Recht mit der Einatmung von Phosphordämpfen in der Zündholzfabrik in Zusammenhang brachte. Der Fall veranlasste das Stuttgarter Medizinalkollegium als oberste Gesundheitsbehörde im Königreich Württemberg zu einer systematischen Erhebung der Arbeitsbedingungen in den zahlreichen Zündholzfabriken im Lande und des Gesundheitszustands der dort Beschäftigten. Durch diese Umfrage erfahren wir erstmals Näheres über die Zustände in diesen protoindustriellen Betrieben in Württemberg. Die Herstellung

von Zündhölzern unter Verwendung von Phosphor, die der Ludwigsburger Friedrich Kammerer Anfang der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts erfunden haben soll, war zwar schon vor dem Bekanntwerden der ersten Krankheitsfälle in das Blickfeld der staatlichen Behörden gelangt. Allerdings beschäftigten sich diese zunächst vor allem mit feuerpolizeilichen Belangen. Über die Arbeitsbedingungen in den Betrieben verraten diese Akten nur wenig. Erst die Bemühungen des Medizinalkollegiums um den Gesundheitsschutz der Arbeiter gewähren uns Einblicke in den Arbeitsalltag der Beschäftigten. Neben statistischen Aussagen enthalten die Berichte auch Schilderungen von Einzelschicksalen.

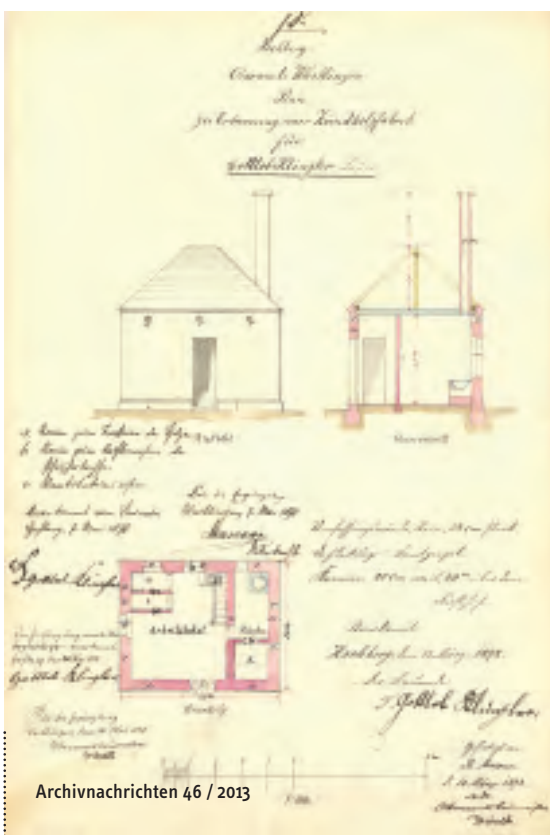
Den heutigen Leser überrascht nicht nur, wie viele solcher Betriebe es damals gab, sondern auch, dass nicht wenige von ihnen in Kleinstädten und Dörfern betrieben wurden, oftmals sogar von Bauern im Nebenerwerb. Die räumliche Unterbringung war meist sehr beengt; oft nutzte man Wohnräume oder Anbauten an Wohngebäuden als Produktionsstätte. Einzelne Arbeitsgänge wurden vielerorts auch in Heimarbeit erledigt. Beschäftigt wurden neben jungen Frauen überdurchschnittlich viele Kinder, und das unter

Einschluss des Schulunterrichts bis zu 13 Stunden am Tag. Der Gesundheitszustand der Beschäftigten war – trotz mancher beschönigender Aussagen in den Berichten – meist nicht besonders gut. Bei beengten Verhältnissen, wenn mehrere Arbeitsgänge in einem Raum erledigt wurden, kam es immer wieder zu Phosphorvergiftungen. Manches Kinderleben endete so nicht in einem zarten Hinüberträumen wie bei Andersen, sondern unter langwierigen und heftigen Schmerzen.

Um des Problems Herr zu werden, wurden schließlich – gegen den Widerstand der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, die eine Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen für die württembergischen Betriebe durch die Verhängung von Auflagen befürchtete – Mindeststandards für die Herstellung von Zündhölzern verordnet, um gesundheitsgefährdende Kontakte mit Phosphordämpfen auszuschließen. Wie so oft, ist es allerdings gerade dem Auftreten von Missständen zu verdanken, dass wir mehr über jene Lebenswelt erfahren, aus denen auch das Mädchen aus Andersens Märchen stammte.

PETER MÜLLER

2



3



Ue. 1.	Namen 13. unter 9. 1852	Ue. in 1. 2. 3. 4. 5.	Grundr. 1	Ludwigsburg 2
1	mit dem ursprüngl. 1845 von Herrsch. An- schaffung d. Fabrik, d. Maschinen in die Fabrik.	41. 1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	0	2. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
2	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	0	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
3	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
4	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
5	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
6	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
7	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
8	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
9	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
10	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
11	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
12	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.
13	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.	1. 1845. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13.

1

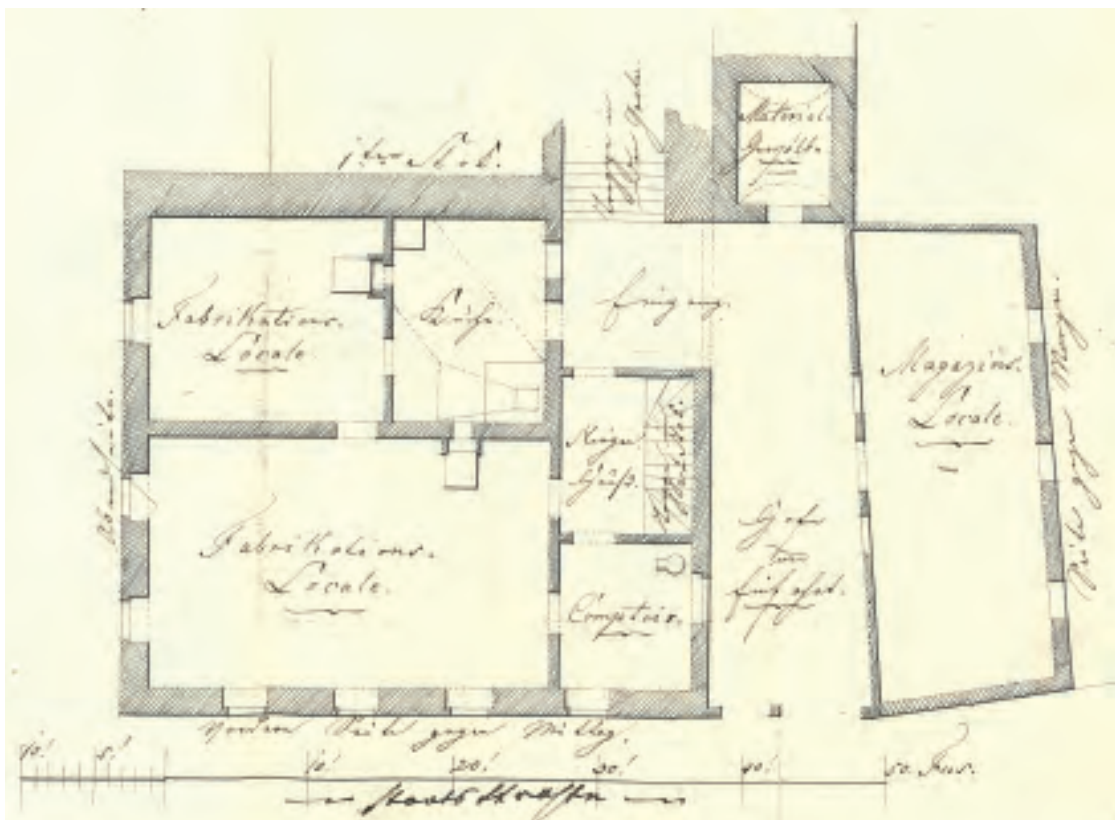
1 | Tabellarische Auswertung einer Umfrage in den württembergischen Oberämtern über die Arbeitsbedingungen in Zündholzfabriken, 1852. Vorlage: Landesarchiv StAL E 162 I Bü 2110 Qu. 11

2 | Nicht realisierter Entwurf für eine Zündholzfabrik in Hochberg im Oberamt Waiblingen, 1878. Vorlage: Landesarchiv StAL F 210 II Bü 268

3 | Grundriss der Kammererschen Zündholzfabrik in Ludwigsburg, 1837. Vorlage: Landesarchiv StAL E 173 III Bü 5842

4 | Grundriss der Kammererschen Zündholzfabrik in Ludwigsburg, 1841. Vorlage: Landesarchiv StAL E 173 III Bü 5842

4



1 | Epaulette und Kragen einer Kutscheruniform.
Vorlage: Fürstlich Hohenzollernsche Sammlungen
Sigmaringen, 2012
Aufnahme: Christine Dölker



1

Jeder soll sich musterhaft betragen

Dienstvorschriften der Fürstlich Hohenzollernschen Hofverwaltung

Die am 16. März 1833 erlassene *Verordnung für die Hochfürstliche Livrée-Dienerschaft* ist nur ein Beispiel zahlreicher Dienstvorschriften, die am Hofe der Fürsten von Hohenzollern galten und meist durch weitere Verfügungen beschränkt oder ergänzt wurden. Diese Regelwerke waren Bestandteil individueller Dienstakten, wurden aber auch, wie das vorliegende Beispiel zeigt, in den Diensträumen ausgehängt.

Inhaltlich gemein ist allen Vorschriften die hierarchische Ordnung der Dienerschaft und die über allem stehende Loyalität der Bediensteten dem Fürsten gegenüber: *Die Livrée-Dienerschaft steht zunächst unter dem Hoffourier. Dieselbe wird ernstlich aufgefordert, treu, fleißig und eifrig zu seyn. [...] Reinlichkeit in Kleidern und den Dienstverrichtungen wird von jedem streng gefordert.* In 13 Paragraphen wurden nicht nur die Dienstzeiten, sondern auch das Betragen bei Tisch und den Gästen gegenüber, die Kleiderordnung sowie das Verhalten bei Ausfahrten oder Kirchgängen geregelt – denn das

Verhalten der Livrée-Dienerschaft hatte inner- wie außerhalb des Schlosses als vorbildlich zu gelten.

Rund anderthalb Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung äußerte ein Bediensteter seinen Unmut über diese Dienstvorschrift respektive seinen direkten Vorgesetzten. Dieser, Hoffourier Frick, meldete am 19. Dezember 1834 dem Hofmarschallamt: *[...] Es wurde vor einigen Tagen [...] in der Vorzimmer Ordnung der Name Hof-Fourier mit Bleystiften ausgestrichen und unten auf den Rand Hofmarschall geschrieben.* Frick, nach jahrelangem Dienst als Tapezier erst jüngst zum Hoffourier berufen, sah darin eine Gefährdung der inneren Ordnung und wohl auch seiner eigenen Position. Erste Verhöre der Bediensteten waren ergebnislos verlaufen, so dass *[...] nach Abermaliger Frist von mehren Wochen eine Bekanntmachung ertheilt und sämtliche Bedienste unter Androhung einer Strafe von einem Gulden bei wiederholten Fall verantwortlich gemacht* wurden. Bestrebt, die Ordnung wieder herzustellen,

bat er schließlich das Hofmarschallamt um Hilfe: *Da also auch dieses ohne Berücksichtigung blieb, so wird ein Hochfürstl[iches] Hofmarschallamt gehorsamst gebetten, um zu Verhütung der bei Unfuge die geeignete Mittel anwenden zu wollen um dem Dienst so wohl und auch mir selbst die gehörige Sactisfaction zu verschaffen, ohne welche die Ordnung nicht erhalten werden kann.*

Welches Ende dieser Vorfall nahm ist aus den Akten nicht ersichtlich. Über die Ursache des Unmuts des unbekanntem Bediensteten kann nur spekuliert werden. In der Dienstakte des Hoffouriers Frick ist der Vorfall nicht dokumentiert, wohl aber die Auszeichnung, die derselbe als Zeichen der *Zufriedenheit mit seiner stets eifrigen und unverdrossenen Pflichterfüllung, und der wohlverdienten Anerkennung seiner langjährigen treuen Anhänglichkeit an das Fürstliche Haus* am 31. Dezember 1835 erhielt.

CHRISTINE DÖLKER

V e r o r d n u n g

für die
H o c h f ü r s t l i c h e L i v r é e - D i e n e r s c h a f t.

Die Livree-Dienerschaft ist zunächst unter dem Namen Livree-Dienste nicht öffentlich bekannt, und, obgleich auch öffentlich zu sein. Jedoch soll nicht öffentlich bekannt. Hinsichtlich in Hinblick auf den Lebensunterhalt sind von ihnen streng getrennt.

Die ihnen zugewiesenen Dienstverrichtungen sind folgende: sie sind zu bedienen, auch während ihrer Dienstzeit, auch während ihrer Dienstzeit, auch während ihrer Dienstzeit.

§. 1.

Derjenige, welcher den Dienst im Hofdienst hat, soll während des Tages in Uniform erscheinen; unter diesem Umstand darf er sich nicht bewegen; und er von den höchsten Herrschaften anzufragen, so wohl er sonst beizubringen hat, auch während der Dienstzeit, bei der Hofdienst hat.

§. 2.

Die Hofdienerschaft und die Bedienten werden in der Hofdienstzeit nicht erlaubt. Hinsichtlich werden nur zum Befehl der Hofdienerschaft gehören; in dem Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden: Nach dem Befehl werden die Hofdienerschaft nicht erlaubt.

§. 3.

Während der Dienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, so wohl die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 4.

Bei der Hofdienstzeit, wie bei der Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 5.

Die Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 6.

Derjenige, welcher den Dienst hat, soll während des Tages in Uniform erscheinen; unter diesem Umstand darf er sich nicht bewegen; und er von den höchsten Herrschaften anzufragen, so wohl er sonst beizubringen hat, auch während der Dienstzeit, bei der Hofdienst hat.

§. 7.

Die Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 8.

Bei der Hofdienstzeit, wie bei der Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 9.

Nach der Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 10.

Bei Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 11.

Nach der Hofdienstzeit soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 12.

Wenn irgend Herrschaften im Hofdienst sind, so sollen sich diejenigen, welche zu ihnen Dienst leisten, in dem Hofdienstzeit, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 13.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 14.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 15.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 16.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 17.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 18.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 19.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 20.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 21.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 22.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 23.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 24.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

§. 25.

Wenn die Hofdienstzeit bei Hofdienstzeit, so soll nicht öffentlich bekannt werden, auch die Hofdienstzeit nicht öffentlich bekannt werden.

Hochfürstliches Hofmarschallamt.
Freiherr von Fischer.

2 | Verordnung für die Hochfürstliche Livree-Dienerschaft.
Vorlage: Landesarchiv StAS FAS DS 79 T 1 NVA
13598

1 | Schlafrum in der Arbeiterkolonie Dornahof, 1958.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 411 II Bü 57

2 | Karte mit Hauptwanderrouen und markierten Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien in Württemberg, 1930.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 411 II Bü 11



2

Frühe Formen der Arbeitsbeschaffung

Vereinsüberlieferung zur Geschichte der Arbeiterkolonien und Wanderarbeitsstätten im Staatsarchiv Ludwigsburg



Zu Hunderten, ja Tausenden zogen sie im 19. und frühen 20. Jahrhundert durchs Land – Arbeits- und Obdachlose, Wanderarbeiter und Tagelöhner auf der Suche nach einer Beschäftigung. Unübersehbar war für jedermann auf diese Weise eines der sozialen Probleme, die die Industrialisierung mit sich gebracht hatte. Vor Einführung einer staatlichen Sozialpolitik waren diese mittellosen Personen auf private Hilfen angewiesen. Insbesondere Kirchen und Vereine kümmerten sich um die arbeitslosen Wanderer.

Im Jahr 1882 gründete Pastor Bodelschwingh nach ausländischen Vorbildern im ostwestfälischen Wilhelmsdorf eine Einrichtung, die solchen Personen zumindest befristet Unterkunft und Arbeit anbieten sollte. In den folgenden Jahren entstanden in ganz Deutschland eine Reihe weiterer Arbeiterkolonien in privater Trägerschaft. Auch in Württemberg hatte sich 1883 ein Verein konstituiert, vom dem die beiden Arbeiterkolonien in Dornahof bei Altshausen in Oberschwaben (seit 1883) und Erlach bei Backnang (seit 1891) betrieben wurden. Gleichzeitig begann man Naturalverpflegungsstationen einzurichten, die die Wandernden mit Lebensmitteln versorgten. Diese Stationen wurden später durch Wanderarbeitsstätten ersetzt, die den Wandernden nur gegen eine entsprechende Gegenleistung in Form von Arbeit Verpflegung zukommen ließen. Der Unterhalt dieser Wanderarbeitsstätten wurde in Württemberg seit 1908 von einem eigenen Verein übernommen. Mit dem Ausbau der staatlichen Sozialverwaltung insbesondere während der zwanziger Jahre sank die Zahl der Nichtsesshaften und Wanderarbeiter stark. Dies beeinflusste

1

Die Überlieferung der genannten Vereine ist im Staatsarchiv Ludwigsburg in den Beständen PL 411 I Verein für Arbeiterkolonien in Württemberg, Stuttgart (1883–1958) und PL 411 II Verein für soziale Heimstätten in Baden-Württemberg (1862–1984) zu finden.

die Tätigkeit der Einrichtungen ebenso wie die Politik der Nationalsozialisten, die Obdachlose und Wanderarbeiter nicht mehr in die Gesellschaft zu integrieren, sondern auszugrenzen versuchten. Entsprechend wurden die Einrichtungen oder Teile von ihnen in dieser Zeit nicht selten umfunktioniert und als Heime für die Hitlerjugend oder zur Unterbringung von Zwangsarbeitern genutzt. In der Nachkriegszeit knüpfte man an die frühere Tätigkeit an, nimmt sich seither aber auch anderer Personengruppen am Rande der Gesellschaft an.

Über die Tätigkeit dieser Vereine findet sich in den Akten der staatlichen Verwaltung manche Information. Das Innenleben der Vereinigungen, ihre Finanzierung und die Ausstattung und Weiterentwicklung der Arbeiterkolonien, die als Einrichtungen mit veränderter Aufgabenstellung bis heute bestehen, kann man aber sehr viel genauer anhand der Unterlagen der Trägervereine studieren, die beispielsweise seit den sechziger Jahren an das Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben wurden. In den Beständen dieser Vereine finden sich neben Sitzungsprotokollen und Schriftverkehr, die Einblick in die Überlegungen und Entscheidungen der Vereinsvorstände geben, auch Rechnungsunterlagen, Fotos und mancherlei gedruckte Materialien. Besonders interessant sind die in Form von Dankesbriefen in den Bestand eingegangenen Selbstzeugnisse von Wanderarbeitern, die uns aus ganz persönlicher Sicht über eine Lebensform berichten, die heute weitgehend untergegangen ist.

PETER MÜLLER

3 | Gemüsegarten der Arbeiterkolonie Erlach, 1899.
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 411 II Bü 91



3

4 | Hauptgebäude der Arbeiterkolonie Erlach, 1899.
Vorlage: Landesarchiv StAL PL 411 II Bü 91



4



Wie Caro-Kaffee entsteht

Glasplatten im Staatsarchiv Ludwigsburg ermöglichen frühe Einblicke in ein Unternehmen der Lebensmittelindustrie

Zu den klassischen Arbeitswelten der Menschen gehört die Erzeugung und Beschaffung von Nahrungsmitteln. Bis weit in die Neuzeit hinein erfolgte diese durch Jagd, Viehzucht und Ackerbau. Eine industrielle Fertigung von Lebensmitteln setzte erst mit der Industrialisierung im Laufe des 19. Jahrhunderts ein. Voraussetzung war die Erfindung von Verfahren zur Haltbarmachung von Nahrungsmitteln. Gleichzeitig entstand mit dem raschen Anwachsen der Industriearbeiterschaft, die sich mit der Erzeugung und Beschaffung von Lebensmitteln nur noch nebenher beschäftigen konnte, ein rasch wachsender Markt für industriell gefertigte Produkte. Dazu gehörten nicht nur Konserven und Fertigprodukte, sondern

auch Surrogate, die als minderwertiger Ersatz hochwertiger Lebensmittel auch für weniger begüterte Bevölkerungsgruppen bezahlbar waren. Bekannt ist vor allem der Ersatzkaffee, der aus den unterschiedlichsten Pflanzen hergestellt wird – die Marke *Caro-Kaffee* steht bis heute im Regal jedes Supermarkts.

Die Firma Heinrich Franck Söhne begann im Jahr 1828 mit der industriellen Produktion von Zichorienkaffee – zunächst in Vaihingen an der Enz, seit 1868 dann in großem Stil auf einem Areal unweit des neuen Bahnhofs von Ludwigsburg. Sie stieg im Laufe der nächsten Jahrzehnte zu einem international agierenden Konzern auf und gehört zu den traditionsreichsten Nahrungsmittelpro-

duzenten in Baden-Württemberg. 1987 gingen die Unifrank Lebensmittelwerke im Nestlé-Konzern auf, der aber verschiedene Ersatzkaffeesorten – darunter auch den *Caro-Kaffee* – bis heute am alten Standort in Ludwigsburg herstellen lässt. In Ludwigsburger Staatsarchiv liegt seit 1978 die historische Hinterlassenschaft der Firma, die vor allem aus einem umfangreichen Werbemittelarchiv besteht.

Im Zuge von internen Recherchen wurden kürzlich unter den zahlreichen Negativen, die zumeist Aufnahmen von Produkten oder Werbemitteln zeigen, auch über 100 Glasplatten mit Fotografien der Firma Kathreiner aus der Zeit unmittelbar vor 1900 entdeckt. Die Firma Kathreiner AG, die aus einem Le-



2



3



5

bensmittelgeschäft hervorgegangen war, produzierte seit Ende des 19. Jahrhunderts in München ebenfalls Ersatzkaffee und gehörte lange Zeit zu den großen Konkurrenten des Ludwigsburger Unternehmens. 1944 fusionierten die beiden Firmen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Glasplatten nach Ludwigsburg gelangt sein.

Der Glasplattenbestand, über dessen Entstehungszusammenhänge derzeit nur spekuliert werden kann, enthält ein breites Panorama faszinierender Aufnahmen aus einem Unternehmen der damals noch jungen Lebensmittelindustrie. Die Bilder zeigen nicht nur Herstellung und Verpackung des Ersatzkaffees, sondern bieten auch Einblicke in die Verwaltung

des Unternehmens, dessen soziale Einrichtungen sowie Vertrieb und Verkauf der Produkte. Dokumentiert ist also nicht nur die Welt der Arbeiter; festgehalten sind auch die damals erst im Entstehen begriffenen Arbeitsplätze von Angestellten in den unterschiedlichen Büros der Firma. Obwohl die meisten Aufnahmen sicherlich inszeniert wurden, bieten sie doch einen unvergleichlichen Einblick in alle Bereiche eines sehr speziellen Industrieunternehmens um 1900. Die Glasplatten sind zwischenzeitlich digitalisiert worden und können im Onlinefindbuch unter der Bestandssignatur PL 4/81 im Internet abgerufen werden.

PETER MÜLLER

1 | Zeiterfassungsgeräte in der Kathreiner-Malzkaffee-
fabrik, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/81 Nr. 78

2 | Mädchenkantine in der Kathreiner-Malzkaffee-
fabrik, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/81 Nr. 90

3 | Chemisches Labor in der Kathreiner-Malzkaffee-
fabrik, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/81 Nr. 36

4 | Reklamebüro der Kathreiner-Malzkaffee-
fabrik, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/81 Nr. 80

5 | Arbeiterinnen an Verpackungsmaschinen in
der Kathreiner-Malzkaffee-
fabrik, um 1900.

Vorlage: Landesarchiv StAL PL 4/81 Nr. 67



1

Ein eigenes Ministerium für Arbeit

Wenn ein Ministerium für einen neuen Geschäftsbereich gebildet wird, bedeutet dies eine politische Akzentsetzung. Ein Arbeitsministerium gehörte nicht zu den klassischen Ressorts, war also noch nicht in den Kabinetten des 19. Jahrhunderts vertreten. Erst im Zusammenhang mit der Revolution 1918 wurde es in Württemberg eingerichtet. Die Nachkriegssituation erforderte besondere Initiativen. In großer Zahl drängten heimkehrende Soldaten in die Arbeitswelt zurück, in der Rüstungsindustrie wurden schlagartig Kräfte frei, für die Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden mussten. In der *Provisorischen Regierung*, die der Sozialdemokrat Wilhelm Bloss am 11. November 1918 bildete, übernahm Hugo Lindemann (SPD) die Aufgabe des ersten württembergischen Arbeitsministers.

Fragen aus der Arbeitswelt waren bis dahin vor allem vom Innenministerium bearbeitet worden. Die Kompetenzen wurden nun herausgelöst und dem neu einzurichtenden Arbeitsministerium

übertragen. Ihm oblag die staatliche Verwaltung in den Bereichen Industrie, Gewerbe und Handel und die Angelegenheiten des Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs. Im Bereich der sozialen Fürsorge war es für den Arbeiterschutz, die Sozialversicherung, das Schlichtungs- und Einigungs-wesen und das sonstige Arbeitsrecht zuständig. Das Ministerium verfügte über Abteilungen für Arbeitsbeschaffung, für Notstandsarbeiten, für Frauenarbeit und eine Wirtschaftstechnische Abteilung (Demobilmachung). Ihm wurde eine Vielzahl von Behörden zu- und untergeordnet: das Landesgewerbeamt, das Gewerbe- und Aufsichtsamt, das Oberversicherungsamt, die Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, das Landesamt für Arbeitsvermittlung, das Landesbrennstoffamt, das Staatliche Preis- und Schiedsamt, die Landesversicherungsanstalt und die 14 Schlichtungsausschüsse in Württemberg.

Auffällig ist die hohe Ministerfluktuation. Als Hugo Lindemann im März 1919 ins Innenministerium wechselte, folgte ihm der Sozialdemokrat Alexander Schlicke. Nur bis Juli 1919 blieb er in Württemberg, dann übernahm er das Reichsarbeitsministerium. Als dritter Sozialdemokrat folgte Theodor Leipart für nahezu ein Jahr. Wilhelm Schall (DDP), der im Juni 1920 antrat, war der erste Nichtsozialdemokrat im Ministerium. Als er im November 1921 das Finanzressort übernahm, folgte Wilhelm Keil (SPD) für anderthalb Jahre. Seit Juni 1923 bis April 1924 war der parteilose Edmund Rau Arbeitsminister, dann kam das Ministerium in den Verantwortungsbereich des Staatsministers Bazille (DNVP).

In dem Maße, wie die Nachkriegsprobleme in der Arbeitswelt bewältigt wurden, relativierte sich die Bedeutung eines eigenständigen Arbeitsministeriums. Ein noch wichtigerer Faktor war, dass 1919 ein Reichsarbeitsministerium gebildet worden war, das viele Initiativen und

Württ. Arbeitsministerium

T. Nr. C 9128.

Stuttgart, den 22. November 19 20,
Lindenstr. 4 - Telefon 1293-8
Postfach 11 043

58
Hieb.

Beilagen: 1

Betreff: Erwerblosenfürsorge u. a.

Auf das dortige Schreiben vom
12.10. 20. Nr. 7128.

Anliegende Antwort an das Bezirkskartell der vereinigten
Gewerkschaften in Württemberg und Hohenzollern, hier, Madler-
strasse 3, beehre ich mich zur gefl. Kenntnisnahme zu übersen-
den.

Johannes Hieber
Amlauf (unverantwortlich) [Signature]

An das

Staatsministerium
STAATSMINISTERIUM
26 NOV 1920
Reg. 9 XXX 2
1016-

V.A. 136
7/28
H. G. 11. 20

2

Maßnahmen auf das Reich verlagerte. Schließlich gelangten auch Eisenbahn-, Post, Telegraphen- und Fernsprecherkehr, bisher dem württembergischen Arbeitsministerium vorbehalten, in die Verantwortung des Reiches.

Schon 1920 erhielten das Arbeits- und das Ernährungsministerium im Staatshaushaltsplan ein gemeinsames Kapitel, wurden also etatmäßig zusammengefasst. Seither stand ihnen ein gemeinsamer Minister vor, der beide Ministerien in Personalunion verband. Organisatorisch aber blieben Arbeits- und Ernährungsministerium eigenständig. 1926 erst wurden sie zu einem Ministerium vereinigt, das den Namen „Wirtschaftsministerium“ erhielt. Die politischen Aufgaben aus dem Bereich der Arbeitswelt wurden dort weiterhin wahrgenommen, aber nicht mehr in der Benennung des zuständigen Ministeriums hervorgehoben.

1 | Mitglieder der Provisorischen Regierung von Württemberg, darunter Hugo Lindemann (SPD), der erste Arbeitsminister Württembergs (zweiter von links), ca. 1918.

Vorlage: Landesarchiv HStAS J 300 Nr. 739

2 | Schreiben des Arbeitsministers Wilhelm Schall (DDP) an das Staatsministerium mit Briefkopf und Unterschrift des Ministers sowie „gesehen“-Vermerk des Staatspräsidenten Johannes Hieber vom 22.11.1920.

Vorlage: Landesarchiv HStAS E 130a Bü 421 Nr. 38

Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose

Keine Erfindung von Herrn Hartz

Arbeitslosigkeit wird in erster Linie durch Vermittlung von Arbeit verhütet und beendet – so lapidar formuliert es § 131 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927. Zahlreiche Regelungen über Erwerbslosenfürsorge, öffentliche Notstandsarbeiten und Krisenfürsorge waren zuvor schon erlassen worden. Alle mit dem Ziel, den Lebensunterhalt der infolge des Ersten Weltkrieges und der Wirtschaftskrise arbeitslos gewordenen Menschen zu sichern. Sichtbare Spuren – in den Akten und in der Umwelt – haben Maßnahmen hinterlassen, die Erwerbslose zumindest kurzzeitig in Lohn und Brot bringen sollten. Schon 1920 wurde vom Deutschen Reich die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Darlehen und Zuschüssen unterstützt. Die für die Erwerbslosenfürsorge zuständigen Gemeinden legten dafür gemeinnützige Projekte auf.

Besonders finanziell schwächer gestellte Kommunen waren auf die Ko-Finanzierung durch Reichs- und Landesmittel angewiesen. Nur so konnten Kultur- und Baumaßnahmen überhaupt in Angriff genommen werden. Als Beispiel sei das nordbadische Freudenberg herausgegrif-

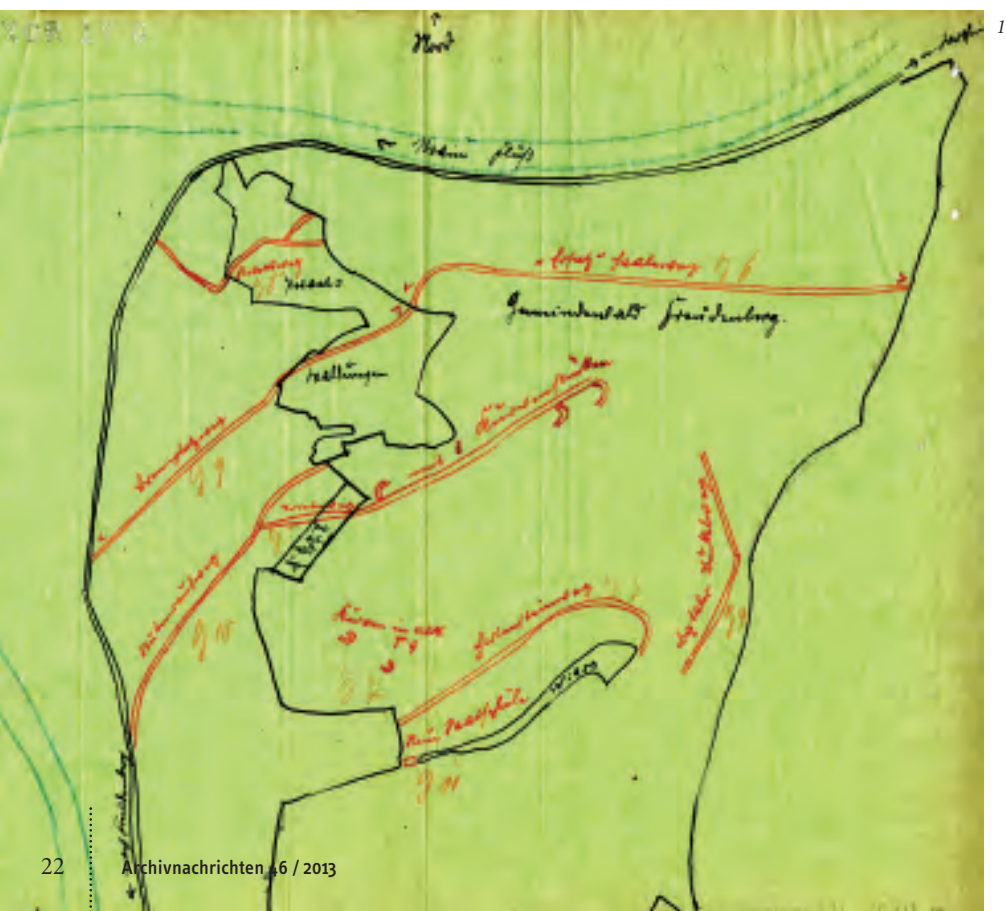
fen. Die Kommune hatte damals ca. 1375 Einwohner, war stark von der im Niedergang begriffenen Sandsteinindustrie abhängig und lag eingezwängt zwischen dem Main und steil aufragenden bewaldeten Hängen. Im Zeitraum 1918 bis 1933 lassen sich mindestens 15 beantragte Notstandsarbeiten bzw. Maßnahmen der sogenannten produktiven Erwerbslosenunterstützung nachweisen. Deren Förderquote lag zwischen 15 und 78 Prozent der Kosten. Vor allem Infrastrukturmaßnahmen wurden ausgeführt. Damit sollten Verkehrsverbindungen zu umliegenden Orten verbessert, Baugebiete erschlossen und die Bewirtschaftung des Gemeinde- und Privatwaldes erleichtert werden. Auch die Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit und der touristischen Attraktivität hatte man schon im Blick.

Aus den Förderanträgen und Schlussabrechnungen geht der Umfang der dadurch beschäftigten Personen hervor. Dies reichte von drei Arbeitslosen beim Bau von Gehwegen entlang der vielbefahrenen Landstraße bis hin zu durchschnittlich 40 Unterstützungsempfängern bei der Umgestaltung der Lagerplätze für die Steinbruchbetriebe. Deren Erhö-

hung war wegen des Staustufenbaus am Main und der damit verbundenen Anhebung der Wasserlinie notwendig geworden. Auch bei der Anlage eines Volksbades sollten bis zu 35 Arbeitslose beschäftigt werden. Die Zuschüsse wurden auf Basis der durch die Arbeitsmaßnahme eingesparten Unterstützungsgelder berechnet. Bei einer Projektdauer von zwei bis sechs Monaten wurde daher immer auch die Anzahl der Erwerbslosentagewerke (zwischen 120 und 4800) angegeben. Für schwere Handarbeit wurden meist Männer beschäftigt, die Hauptnährer der Familie. Nur bei der Anlage einer Saatschule wurden auch Frauen eingesetzt.

Bei manchen Maßnahmen ist der kreative Umgang mit den Fördertöpfen der Arbeitsverwaltung zu erkennen. *Weil wir die Erwerbslosen mit dringenden Arbeiten in der Gemeinde beschäftigten* wurde um Fristverlängerung für ein Projekt nachgefragt. *Mit Rücksicht auf den Stand der Arbeitslosigkeit* wurde vom Arbeitsamt auch einmal eine bereits anerkannte Maßnahme wieder zurückgenommen: es gab zu wenig Arbeitslose.

CLAUDIA WIELAND



1 | Zur besseren Erschließung des Waldes wurden neue Wege geplant, um 1932.

Vorlage: Landesarchiv StAWI-K G 20 K 731

2 | Wochenlohnliste für Notstandsarbeit im Gemeindewald, 1933.

Vorlage: Landesarchiv StAWI-K G 20 A 1297

3 | Die Gemeinde musste die für eine Notstandsarbeit benötigten Arbeitskräfte namentlich beim Arbeitsamt anfordern, 1933.

Vorlage: Landesarchiv StAWI-K G 20 A 1298

4,5 | Über jede geförderte Maßnahme musste gegenüber der Arbeitsverwaltung Rechenschaft abgelegt werden, 1926.

Vorlage: Landesarchiv StAWI-K G 20 A 1467

Träger und Empfänger der Leistungen: Kreisämterarbeit der Stadtgemeinde Friedenberg
Lieferungs- und Durchfuhrungsarbeiten.

Vertrags-Nr.: W. 2053

Cohnliste

Nr. Nr. 30 vom 1. Oktober 1933 bis 12. Oktober 1933.

Nr.	Zemlinname	Name	M.-N.-Nr.	Zeit im gleichen Monat					Gesamt bei Überzeit	Einkaufspreise Zugabe %			
				1	2	3	4	5		1	2	3	4
1.	Bachold	Josef	5094	8	8	0	0	0	24				
2.	Bitel	Otto	249	8	8	0	0	0	24				
3.	Fach	Otto	331	8	8	4	0	0	36				
4.	Grassler	Wolfgang	3320	8	8	0	0	0	40				
5.	Maler	Otto	1951	8	8	4	0	0	28				
6.	Miszig I	Hermann	1008	8	8	0	0	0	40				
7.	Erbel	Peter	3872	-	-	-	-	-	-				
8.	Bitel I	Pius	290	8	-	0	0	0	32				

* Der Zeitraum verlängert

Quersum:

Berechnet am:

M. B. Nr. 21, Cohnliste Nr. 11, 11. 10. 1933

Rechnung der B.-Kassenarbeit

Stadtgemeinde
Friedenberg

Friedenberg, den 10. Juni 1933.

Ein

Rechnungsart 8 1933.

Hier bitten um Beweizung der nachgewiesenen Arbeits-
leistungen:

- aus der Gemeinde Friedenberg:
 - Hesberger Adolf, Steinbr. ab 6.VI.1933 = 21.11.
 - Walt Knechtel, Steinbr. ab 6.VI.1933.
 - aus der Gemeinde Social:
 - Edgordich Leutze, Steinbr. ab 6.VI.1933.
 - Ostel Alois, Steinbr. ab 6.VI.1933. - 21.11
- Requis der Gemeinde Friedenberg:
- Reck August, Schreiner, ab 6.VI.1933. - 21.11
 - Brenner Alois, Schlosser, ab 6.VI.1933. - 21.11
 - Vogelsin Jakob, Schlosser ab 12.VI.1933. - 21.11
 - Korn Otto, Steinbr. ab 6.VI.1933. - 21.11
 - Korn Josef, Steinbr. ab 6.VI.1933. - 21.11
 - Erbel Peter, ab 6.VI.1933. - 21.11
- unfort nach An-
lauf der Karten.

Der Bürgermeister:

An das
Arbeitsamt
Bad-Mergentheim.

2

3

Der Vorstand
des
Mittelsten Arbeitervereins

Freiwilligkeit

Verpflichtung der Arbeitervereine
Freiwilligkeit

Bericht und Schlussabrechnung

A. Prüfungsbericht

I. Durchführung der Arbeit: Die obgenannte Rechnung ist in der Zeit vom 1.10.1933 bis 15.10.1933 eingehend geprüft und lautet wie folgt.

Die obgenannte Rechnung ist durch die Vorstände und Prüfer des Vereins geprüft worden. Die Zahl der inhaltlich richtigen Einträge betrug 100.

II. Erfolg der Arbeit: Geprüft nach Anlage II zum Rechnungs- und Kassensatz der Arbeitervereine vom 1. Dezember 1925 Nr. 8253:

Freiwilligkeit

III. Bemerkungen: Erfahrungen bei der Durchführung (siehe Anlage II zum Rechnungs- und Kassensatz der Arbeitervereine vom 1. Dezember 1925 Nr. 8253):

B. Schlussabrechnung über die Durchführung

I. Die Durchführung der Arbeit:		Darüber erzielte Einnahmen:	
a. Gemeindefür die Arbeit	277.00	191.00	0.00
b. Ausgaben für Arbeitervereine:		18.00	18.00
1. Inhaltliche Arbeit	137.00		68.00
2. Material:			10.00
a. Zahl für unrichtig geprüfte Einträge	47.00		10.00
b. Ausgaben (Zusch.) / Geh. / Druckkosten			10.00
c. für den Zettel	5.00		10.00
d. Ausgaben / Geh. / Druckkosten für den Zettel			10.00
e. Zinsen	0.00		10.00
Summe	137.00	68.00	10.00

II. Die der Durchführung:

a. 100 % auf den Zettel

b. 100 % auf den Zettel

c. 100 % auf den Zettel

d. 100 % auf den Zettel

Der in der Rechnung erwähnte Betrag ist
Bürogeheimnis

4

5

Mit Spaten und Ähre

Der Reichsarbeitsdienst in Sigmaringen



1

1 | Arbeitsmänner des Reichsarbeitsdiensts mit Trommeln und Posaunen auf dem Sigmaringer Festplatz, um 1934.

Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/68 T 1 Nr. 109

Im Zuge politischer Diskussionen um die Umsetzung der *Agenda 2010* und die Abschaffung der Wehrpflicht forderten Vertreter verschiedener politischer Parteien, in Deutschland wieder einen Pflichtarbeitsdienst – je nach Themenlage für Langzeitarbeitslose oder wehrpflichtige Jugendliche – einzuführen. Durchsetzen konnten sich diese Vorstöße nicht, zu negativ ist das Konzept eines verpflichtenden Arbeitsdienstes seit der NS-Zeit belegt. Dass der Reichsarbeitsdienst (RAD) jedoch keine *Neuerfindung* des *Dritten Reiches* war, sondern aus dem 1932 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geschaffenen Freiwilligen Arbeitsdienst der Weimarer Republik hervorging, ist heute nur noch wenigen bekannt.

Da in Sigmaringen, dem Sitz des hohenzollerischen Regierungspräsidenten, noch kein Arbeitsdienstlager bestand, legte der für Württemberg und Hohenzollern zuständige Arbeitsgauführer Müller anlässlich seines Besuchs im Februar 1934 großen Wert darauf, dass nach Hohenzollern bzw. nach Sigmaringen eine *Arbeitsstammabteilung* [des

RAD] kommt. Bald darauf gründete sich der *Zweckverband für das Arbeitsdienstlager Sigmaringen*, dem neben der Stadt auch elf umliegende Gemeinden angehörten. Als Standort für das Barackenlager wurde ein brachliegendes Gelände an der Jungnauer Straße ausgewählt; die erste Arbeitsmaßnahme der neugeschaffenen Arbeitsdienst-Abteilung 4/263 sollte die Errichtung des eigenen Lagers sein. Bis zum Bezug des noch nicht ganz fertiggestellten Lagers im Dezember 1934 waren die jungen Männer in der Stadthalle Sigmaringen untergebracht.

War die Teilnahme am Arbeitsdienst bis Mitte 1935 freiwillig geblieben, änderte sich dies mit dem Reichsarbeitsdienstgesetz vom 26. Juni 1935. Nun wurden alle Jugendlichen beiderlei Geschlechts zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr verpflichtet, im Rahmen des Reichsarbeitsdienstes für die Dauer eines halben Jahres *gemeinnützige* Arbeiten zu verrichten, um sie *im Geiste des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden Achtung der Handarbeit* zu erziehen.

Die Sigmaringer Arbeitsmänner wurden zwischen 1935 und 1939 zu Flussregulierungen, Entwässerungsarbeiten an Wiesen und Feldern, dem Bau und Unterhalt von Waldwegen sowie bei Erntearbeiten eingesetzt. Dafür erhielten sie einen Tageslohn von 25 Pfennigen, was dem Gegenwert eines Bieres entsprach.

Mit Kriegsbeginn wurde die Rekrutierung von Arbeitsmännern in Sigmaringen eingestellt; fortan stand das Lager leer und verfiel zusehends. Noch während des Krieges wurden Instandsetzungsmaßnahmen nötig, für die der Zweckverband bald nicht mehr aufkommen konnte. Anfragen der Hitlerjugend und des weiblichen Arbeitsdienstes zur Umnutzung des Lagers für eigene Zwecke wurden von der Arbeitsgauleitung Württemberg ebenso abgelehnt wie der Antrag des Zweckverbandes, die Trägerschaft über das defizitäre Lager an den RAD-Arbeitsgau abgeben zu können. Zum 1. April 1945 löste sich der *Zweckverband für das Arbeitsdienstlager Sigmaringen* auf.

SABINE GÖSSEL



2

2 | Reichsarbeitsdienstlager der Abteilung 4/363 Sigmaringen in der Jungnauer Straße, um 1936.
Vorlage: Landesarchiv StAS Dep. 1 T 40 Nr. 2

3 | Appell des Reichsarbeitsdiensts vor der Sigmaringer Stadthalle, um 1934.
Vorlage: Landesarchiv StAS N 1/68 T 1 Nr. 110

3



Der Landesheimathof Breithülen

Ein gescheitertes Projekt südwestdeutscher Sozialpolitik in der Nachkriegszeit



Villa Breithülen, Ansicht von Süden, ca. 1960.
Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 129/1 T 2 Nr. 345

Um junge Menschen durch regelmäßige Arbeitsleistungen zu brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft zu erziehen, wurde im September 1948 der Landesheimathof Breithülen gegründet. Die Staatliche Arbeitserziehungs- und Bewahrungsanstalt war als Gemeinschaftsprojekt der südwestdeutschen Länder Württemberg-Hohenzollern, Baden und Württemberg-Baden geplant. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nach Ansicht der verantwortlichen Ministerialbeamten in Südwestdeutschland keine geeignete Anstalt mehr, die eine hinreichende Gewährung für die Anwendung ausreichender und zweckentsprechender Besserungsmaßnahmen für arbeitsscheue und unwirtschaftliche Personen hätte bieten können. Mit dem ehemaligen Remontedepot Breithülen auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Münsingen glaubte man nun, eine geeignete Einrichtung gefunden zu haben. Die landschaftliche Abgeschiedenheit und die völlige Stadtferne der ehemaligen Ausbildungsanstalt für Armeepferde erfüllten an sich schon eine bewahrende Funktion.

Der Fluchtgefahr war aufgrund der Lage also vorgebeugt.

Im Oktober 1948 bezogen die ersten sechs Jugendlichen den kurz zuvor von den französischen Besatzungsbehörden freigegebenen Komplex. Die meist 20–25 jungen Männer, die nach Auffassung der Fürsorgeerziehungsbehörden für normale Anstalten nicht mehr tragbar waren und für die keine Berufsausbildung, sondern nur noch Arbeitserziehung in Frage kam, sollten in der offenen Anstalt die serienweise Erstellung von Massengütern betreiben und eigene Gartengrundstücke bebauen. In den nachfolgenden Monaten erhöhte sich die Zahl der häufig wechselnden Insassen zwar auf knapp 30 Personen, von der Rentabilitätsgrenze allerdings blieb man weit entfernt. Die Serienproduktion von Kleingeräten versiegte bald, weil die wenigen Kooperationspartner aus der Privatwirtschaft die Turbulenzen der Währungsreform nicht überstanden. Immerhin konnten die meisten Zöglinge in der Landwirtschaft des benachbarten Gutshofs eingesetzt werden. Mangels

Auslastung hinterließen sie aber einen stark verbummelten Eindruck, wie es in einem Untersuchungsbericht des Tübinger Finanzministeriums heißt.

Die stets angespannte wirtschaftliche Situation des Landesheimathofs wurde durch den Ausstieg Württemberg-Badens aus dem Projekt noch verschärft. Die amerikanische Militärregierung hatte das antiquierte Konzept der Arbeitshausunterbringung für ihre Zone untersagt. Auch in Südwürttemberg wuchs der Unmut über die Erziehungs- und Bewahrungsanstalt, vor allem nachdem die beschönigenden Beschreibungen in einem bestellten Zeitungsbericht wohl doch zu weit von der Realität entfernt waren. Selbst die Kündigung des Anstaltsleiters, dem Misswirtschaft und Untreue zur Last gelegt wurden, brachte keine wesentliche Verbesserung. Am 30. September 1950, nur zwei Jahre nach seiner Gründung, wurde der Landesheimathof Breithülen wieder geschlossen.

FRANZ-JOSEF ZIWES



1

1 | Blick in einen Schlecker-Laden.
Vorlage: Landesarchiv StAL EL 317 IV Bü 177

2 | Briefkopf der Firma Schlecker.
Vorlage: Landesarchiv StAL FL 700/1 Zugang 2009/
114 (8 Ca 428/98)

Was bleibt von Schlecker?

Arbeitsverhältnisse in einem Drogeriekonzern in den Akten des Landesarchivs

Jahrelang prägten die Drogeriemärkte mit dem nicht gerade dezenten blauen Band das Bild zahlreicher Städte. In vielen kleineren Ortschaften war er der einzige und letzte Laden am Ort *Der Schlecker*. 2012 war Schluss. Die Firma Anton Schlecker meldete Ende Januar Insolvenz an und schloss schon Mitte des Jahres die letzten Filialen. Tausende verloren ihren Arbeitsplatz.

Der Schlecker-Markt am Eck ist Geschichte. Geblieben sind zahlreiche Immobilien, denen man vermutlich noch in Jahren ihre Vergangenheit als Schlecker-Märkte ansehen wird. Zurückgeblieben sind auch zahlreiche *Schlecker-Frauen*, von denen die große Mehrzahl beruflich noch keinen neuen Einstieg schaffen konnte. Und geblieben ist die Schlecker-Geschichte. Das Unternehmen hatte in den vergangenen Jahren immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Sprichwörtlich schlecht waren die Arbeitsbedingungen der *Schlecker-Frauen*. Wer diese zukünftig erforschen möchte, was völlig frei allerdings erst nach Ablauf der Schutz- und Sperrfristen des Landesarchivgesetzes möglich ist, wird

im Staatsarchiv Ludwigsburg Akten vorfinden. Der *Schlecker-Markt* und der Name Anton Schlecker galten schon in den vergangenen Jahren als Signale für Akten mit historischer Bedeutung. Archivare und Mitarbeiter von (Arbeits-) Gerichten und Staatsanwaltschaften sorgten dafür, dass ausgewählte Beispiele für den Arbeitsalltag bei Schlecker ins Archiv kamen – und noch kommen werden.

Die untertarifliche Bezahlung von Hunderten von Mitarbeitern über Jahre hinweg hatte 1998 dazu geführt, dass die Firmeninhaber vom Amtsgericht Stuttgart wegen Betrugs verurteilt wurden – die Gerichtsakten dokumentieren dieses Verfahren und seine Hintergründe. Ein häufig diskutiertes Thema war auch die Sicherheit der Beschäftigten, denn die Schlecker-Märkte mit ihren oft einsamen und hilflosen Kassiererinnen waren beliebte Objekte für Raubüberfälle. Einige Strafakten aus dem Massendeliktbereich *Schwere räuberische Erpressung* wurden daher gezielt archiviert, weil es sich um Beispiele für solche Raubüberfälle auf Schlecker-Märkte handelte.

Sehr detaillierte Informationen liefern auch die Akten der Arbeitsgerichte, wenn es zu einem Verfahren zwischen dem Arbeitgeber Schlecker und einer Mitarbeiterin kam. In diesen Akten findet sich eine Zustandsbeschreibung über die Arbeitsbedingungen bei Schlecker, wenn auch, wie immer bei gerichtlichen Akten, aus zwei sehr unterschiedlichen Perspektiven geschildert. Hier kann nachverfolgt werden, wie viel oder wenig Personal im klassischen Schlecker-Markt anwesend war, welche Aufgaben die Mitarbeiterinnen erledigen mussten, wie eine korrekt geführte Filiale nach den Vorstellungen der Konzernleitung auszuweisen hatte und wie dafür gesorgt wurde, dass die Vorgaben auch eingehalten wurden.

Alle diese Akten werden der Öffentlichkeit und der Forschung noch zur Verfügung stehen, wenn die letzte blau-beschriftete Fassade umgebaut und der Begriff der *Schlecker-Frau* aus der aktuellen Tagesdiskussion längst verschwunden sein wird.

ELKE KOCH

2

2 | Briefkopf der Firma Schlecker.
Vorlage: Landesarchiv StAL FL 700/1 Zugang 2009/
114 (8 Ca 428/98)





1 | Komarów, Frühjahr 1941. Die Datierung ergibt sich aus dem Bild selbst, auf dem noch kein Laub zu sehen ist, und Angaben des Zeugen Walter Zippel am 19.12.1961, der das Foto gemacht hatte. Vorlage: Landesarchiv StAL EL 317 III Bü 1203

Arbeitszwang und Zwangsarbeit

Quellen aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg im Streit um das sogenannte Ghettorentengesetz

2002 wurde als Ergänzung des Wiedergutmachungsrechts das *Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto* (ZBRG) beschlossen. Das ZBRG sollte für Ghettoarbeit unter bestimmten Voraussetzungen einen Rentenanspruch begründen. Allerdings wurden zunächst über 90 Prozent der Anträge abgelehnt. Rund ein Drittel der Antragsteller klagte daraufhin. Die Begrifflichkeit des Rentenrechtes erwies sich als wenig kompatibel mit den komplizierten Lebensverhältnissen in den Ghettos. Auch in der historischen Forschung bildete dieser Aspekt ein Stiefkind. Relativ spät und verstärkt nur von einzelnen Sozialrichtern wurden Fachhistoriker gutachterlich herangezogen, darunter der Verfasser. 2009 kam es zu zwei Grundsatzentscheidungen des Bundessozialgerichts zum ZBRG. Unter anderem trennte es begrifflich Arbeitszwang und Zwangsarbeit und erkannte jegliche Form von Entlohnung an. Letzteres bedeutete, dass prinzipiell auch Entlohnung in Naturalien einen Rentenanspruch begründen kann. Danach kündigte die Rentenversicherung an, alle abgelehnten Fälle zu überprüfen. Historische Gutachten wurden weitgehend unnötig.

Für die Gutachten erwiesen sich im Staatsarchiv Ludwigsburg neben Unterlagen des Landesamts für Wiedergutmachung insbesondere eine Entnazifizierungsakte und Akten von Strafverfahren

wegen NS-Gewaltverbrechen als aussagekräftig, und zwar schwerpunktmäßig für das sogenannte Generalgouvernement, dem nicht direkt vom Deutschen Reich annektierten Restpolen.

Die deutsche Arbeitsverwaltung hatte dort unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch Dienststellen installiert. Für sie bildeten die Ghettos in den Städten sowie auch die kleineren offenen Landghettos von 1939 bis 1942 einen Teil ihres Arbeitskraftreservoirs. So konnte die Existenz einer Arbeitsamtsnebenstelle für das überwiegend jüdische Komarów (heute: Polen) im Distrikt Lublin durch eine Aussage in einer Ludwigsburger Akte belegt werden.

Für männliche Juden galt prinzipiell Arbeitszwang. Zunächst kamen Juden nur in geringem Umfang in Arbeitslager. Ansonsten ließen, neben Landwirten und Verwaltungen, Firmen aller Art Juden für sich arbeiten. So bauten beispielsweise seit August 1940 als *freie Arbeiter* der Baufirma Oemler aus Stuttgart Juden aus dem Ghetto Staszów (heute: Polen) im Distrikt Radom an einer Fernverkehrsstraße mit. Auch für den Ausrüstungsbedarf der deutschen Soldaten produzierten jüdische Arbeiter/innen in diversen Betrieben. Die Ostbahn und Wehrmachtsdienststellen beschäftigten ebenfalls vielfach Juden.

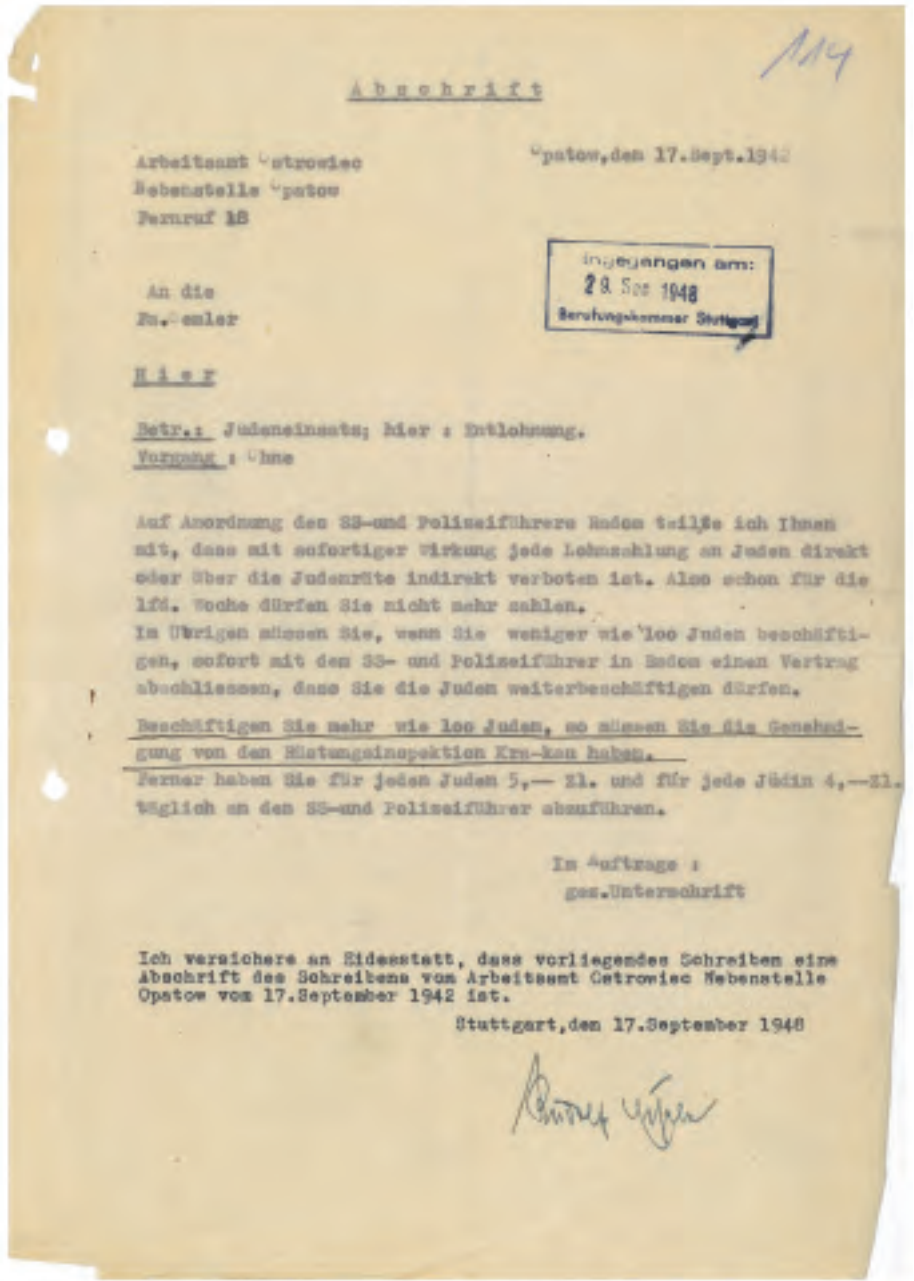
Für den heutigen Betrachter überraschend ist, dass die Juden zumindest zum Teil entlohnt wurden. So berichtete

etwa ein deutscher kaufmännischer Mitarbeiter über seinen in Stryj (heute: Ukraine) im Distrikt Galizien arbeitenden Betrieb: *Anfangs erhielten die Juden einen Lohn und auch Verpflegung. Der Lohn war entsprechend den bestehenden Vorschriften niedrig. Der Wochenlohn betrug etwa 100 Zloty = 50 Mark. Davon gingen noch die Soziallasten ab. Auch für Bauprojekte im Distrikt Radom fanden sich in den Ludwigsburger Akten ähnliche Aussagen.*

Nachdem bereits Hunderttausende polnische Juden aus Ghettos in die Vernichtungslager Belzec, Treblinka und Sobibor deportiert worden waren, gewann im Rahmen der Durchführung der *Endlösung der Judenfrage* der SS- und Polizeiapparat endgültig das Primat über die jüdischen Arbeiter. Mitte September 1942 wurde *jede Lohnzahlung an Juden direkt oder über die Judenräte indirekt verboten*. Die Firmen mussten nun für noch nicht deportierte Arbeiter Geld an die SS entrichten. Spätestens jetzt waren sie als Zwangsarbeiter entweder auf Firmengelände kaserniert oder wurden von streng bewachten Restghettos bzw. Zwangsarbeitslagern zu den Arbeitsstellen geführt. Ein Teil entging oft in einer wahren Odyssee über Restghettos, Zwangsarbeitslager und Konzentrationslager der ihnen eigentlich zugeordneten Vernichtung.

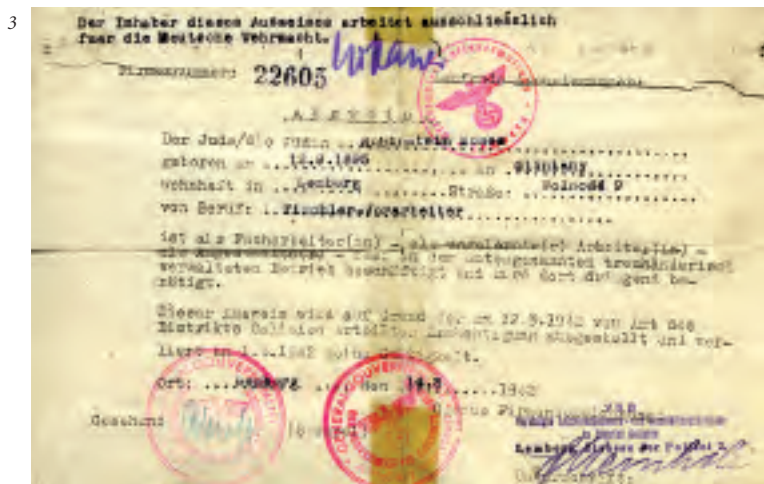
VOLKER RIESS

2 | Abschrift eines Schreibens des Arbeitsamts Ostrowiec, Außenstelle Opatow, an die Firma Oemler, vom 17.9.42, mit dem Verbot der Lohnzahlung an Juden.
 Vorlage: Landesarchiv StAL EL 902/20 Bü 57662, Bl. 114



3 | Arbeitsausweis für den jüdischen Arbeiter Moses Rubinstein.
 Vorlage: Landesarchiv StAL EL 317 III Bü 1752

4 | Meldekarte für den jüdischen Arbeiter Moses Rubinstein.
 Vorlage: Landesarchiv StAL EL 317 III Bü 1752





Die Arbeitswelt in den Beständen des Wirtschaftsarchivs Baden-Württemberg

Seit 1980 ist das Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg, eine Stiftung der Industrie- und Handelskammern und des Landes an der Universität Hohenheim, das zentrale Archiv für Dokumente aus dem Wirtschaftsleben unseres Landes. Bis heute übernahm es mit etwa 12.000 laufenden Metern die archiwürdigen Unterlagen von rund 550 Unternehmen, den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, von Verbänden und Privatpersonen.

Mit diesen Archivbeständen ist ein breites Spektrum aus allen Bereichen des Wirtschafts- und Soziallebens aus rund vier Jahrhunderten überliefert. Dabei nehmen die Archivalien zum Thema *Arbeit* zwangsläufig einen besonders breiten Raum ein. An erster Stelle steht selbstredend der Personalbereich. Dazu finden sich in den Beständen vielfältige Dokumente: Lohn- und Gehaltsbücher mit Angaben über den Lohn und die jeweiligen Abzüge für Steuern und Sozialversicherungen. Sie bieten sich u. a. für einen Vergleich der verschiedenen Tätigkeiten oder der Entlohnung von Frauen und Männern an. Ein- und Austrittsbücher enthalten häufig auch Angaben zur familiären, beruflichen und räumlichen Herkunft sowie dem Grund des Aus-

tritts. Daneben finden sich Personalakten, Bewerbungen und Arbeitszeugnisse.

Personalstatistiken geben, häufig über viele Jahrzehnte hinweg, Auskunft über die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen oder der Zusammensetzung des Personals in den Abteilungen. Arbeitsordnungen enthalten Regelungen über die Arbeitszeit, die Pflichten und Vorschriften am Arbeitsplatz oder über Urlaubsansprüche. In sogenannten *Strafenbüchern* ist minutiös notiert, wer sich welchen Vergehens gegen die Fabrikordnung schuldig gemacht hat und welche Strafe derjenige dafür vom Lohn abgezogen bekam.

Einen weiteren zentralen Bereich stellen die Sozialleistungen dar. Wie hat sich ein Unternehmen hier engagiert? Wurden in Krankheits- und sonstigen Notfällen des Lebens finanzielle und auch andere Unterstützung gewährt? Baute das Unternehmen günstige Werkswohnungen? Gab es eine Kantine, Sanitärräume, einen Kindergarten, eine Bibliothek, einen Betriebsarzt, vielleicht eine eigene Betriebskrankenkasse? Und welche Zuwendungen wurden anlässlich eines Berufsjubiläums gewährt? Wohin ging es bei Betriebsausflügen? Welches Essen, welches Unterhaltungsprogramm wurde bei Feiern wie z. B. zu Weihnachten oder anlässlich eines Firmenjubiläums geboten? Wurde der Betriebssport gefördert? Auskunft darüber können schriftliche Dokumente oder beispielsweise auch eine für die Mitarbeiter herausgegebene Werkszeitung, aber auch die zahlreichen Fotografien, teilweise sogar Filmmaterial geben.

In den Unterlagen des Betriebsrats können sich Anschläge vom Schwarzen Brett befinden, ebenso Protokolle, die Einblicke in Themen wie Arbeitssicherheit und Arbeitsbedingungen, Gestaltung des Arbeitsplatzes, Mitbestimmung, Entlassungen, Streiks, Gewerkschaft oder Tarifverhandlungen geben. Hierunter fallen auch die sogenannten *Arbeitsappelle*: Eine Plakatserie aus den 1930er und 1940er Jahren, die an die Arbeitsmoral der Mitarbeiter appellieren möchte.

In einigen Beständen sind auch Dokumente der Deutschen Arbeitsfront (DAF), wie z. B. die sogenannten *Leistungsberichte*, überliefert. Diese Berichte mussten Anfang der 1940er Jahre aufgrund staatlicher Weisung erstellt werden. Darin ist der gesamte soziale Bereich des Unternehmens sowohl schriftlich als auch in Bildern dargestellt. Ein großes Thema in den 1990er Jahren war die Aufarbeitung der Frage des Fremdarbeitereinsatzes im Zweiten Weltkrieg. Nicht zuletzt geben darüber die noch erhaltenen Arbeitsbücher Auskunft: Neben dem Namen, der Adresse und einem Passbild sind hier die Arbeitseinsatzorte und die Tätigkeit festgehalten.

Einen weiten Bereich der Arbeitswelt stellt der Komplex der Berufsaus- und -weiterbildung dar. Ein besonders frühes Dokument für die Ausbildung in Unternehmen stellt das Lehrjungenbuch von Merkel & Kienlin aus Esslingen dar. Seit 1826 geführt, enthält es die Aufnahmeartikel mit den Unterschriften der Lehrlinge. Da zu diesem Themenbereich insbesondere die Industrie- und Handelskammern bzw. die Handwerkskammern zentrale Aufgaben zu erfüllen haben, sind deren Bestände hier vorrangig heranzuziehen. Als Beispiel seien die Meisterprüfungsprotokolle genannt, in denen u. a. handschriftliche Lebensläufe der angehenden Meister seit Anfang des 20. Jahrhunderts erhalten sind. So geben diese wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Dokumente der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes nicht zuletzt auch ein umfassendes Abbild des Arbeitslebens.

JUTTA HANITSCH

1 bis 5 | Die Plakate aus der rund 150 Motive umfassenden Sammlung dienten Unternehmen in Deutschland zum Aushang am Schwarzen Brett. In den 1930er bis 1950er Jahren sollte damit die Belegschaft entsprechend motiviert und diszipliniert werden.

Vorlagen: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg Bestand Y 99 Pino Pharmazeutische Präparate, Freudenstadt

Hintergrund | 1885 gründete Jakob Sigle die Salamander AG in Kornwestheim. Für seine Schuhe führte er ein neuartiges Herstellungs-, Vertriebs- und Preiskonzept ein. Bald wurde die Marke Salamander zu eine der bekanntesten Marken Deutschlands. Die Aufnahme aus der Stepperei von 1910 veranschaulicht, wie in der Leder- und Textilverarbeitung vorrangig Frauen beschäftigt waren.

Vorlage: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg B 150 Salamander AG, Kornwestheim

Ein Jahr der Meilensteine

Jahresbericht des Landesarchivs Baden-Württemberg für 2012

Das Jahr 2012 war ein besonderes: Das Landesarchiv konnte *Meilensteine* bei Vorhaben setzen, denen im Blick auf seine Zukunftsfähigkeit herausragende Bedeutung zukommt.

Im Februar wurde eine Vereinbarung mit den Archivverwaltungen von Hessen und Bayern bei der Sicherung digitaler Überlieferung geschlossen. Der Zusammenschluss ermöglicht die arbeitsteilige Fortentwicklung der gemeinsam genutzten Anwendung *DIMAG (Digitales Magazin)*, die für alle Partner nur von Vorteil sein kann. Der weitere Ausbau des *Digitalen Landesarchivs Baden-Württemberg* wird auf dieser Grundlage erfolgen (vgl. Archivnachrichten Nr. 44/2012, S. 25).

Im März wurde das *Grundbuchzentralarchiv* in Kornwestheim eröffnet. In der völlig neuen Organisationseinheit, in der das Landesarchiv und die Justizverwaltung zusammenwirken, vollzieht sich eine bisher in dieser Ausgestaltung ungewohnte Art der Kooperation zwischen Archiv und Behörde. Sie weist perspektivisch in die Zukunft und rückt das Landesarchiv als Kompetenzzentrum für den Umgang sowohl mit herkömmlichen als auch digitalen Unterlagen wieder näher an die Verwaltung heran (vgl. Archivnachrichten Nr. 45/2012, S. 37).

Im April hat Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Rahmen des sechzigsten Landesjubiläums das neue Online-Portal *LEO-BW* freigeschaltet. Als *landeskundliches Informationssystem*, zu dem sich unter der Federführung des Landesarchivs zahlreiche Einrichtungen *vernetzt* haben, richtet es sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes und Interessierte jenseits der Grenzen. Die anhaltend hohe Resonanz kann als Bestätigung gesehen werden, dass das Angebot positiv angenommen wird (vgl. Archivnachrichten

Nr. 44/2012, S. 26 und Nr. 45/2012, S. 36). Seine Erweiterung in jeder Hinsicht wird eine *Daueraufgabe* bleiben.

Dass das Landesarchiv 2012 in einer solchen Dichte diese markanten Meilensteine gesetzt hat, war eher Zufall. Insgesamt aber stehen die genannten Vorhaben für die Dynamik der Veränderungen, die sich aktuell im Landesarchiv bei der Einpassung in die digitale Welt vollziehen, und für die vielseitigen Vernetzungen – im technischen wie auch im übertragenen Sinne –, die damit verbunden sind. Dazu gehört auch, dass im November 2012 mit einem *Beta-Launch* die *Deutsche Digitale Bibliothek* online ging, an deren Entwicklung das Landesarchiv maßgeblich beteiligt ist.

In der digitalisierten Welt werden freilich nur Archive bestehen können, die ihre *Hausaufgaben* in der Bildung, Erhaltung, Erschließung und Bereitstellung von Archivbeständen ergebnisorientiert erfüllen. Den Archivabteilungen des Landesarchivs ist es auch 2012 wieder gelungen, ihre *mittelfristigen Ziele* hierbei zu erreichen. 1.423 laufenden Regalmeter an Archivgut, die neu übernommen wurden, stehen 2.141 Regalmeter gegenüber, die nach konservatorischen Gesichtspunkten fachgerecht verpackt wurden, und sogar 4.504 Regalmeter mit neu erschlossenen Archivalien. Auch im Berichtsjahr konnte das Landesarchiv somit die Entstehung neuer Rückstände vermeiden und bestehende Rückstände abbauen. Erhöht werden konnte auch wieder der Anteil an online zugänglichen Findmitteln; hier konnte das Landesarchiv wieder vom Förderprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Retrokonversion profitieren. Die Fortschritte vollziehen sich nun schon seit vielen Jahren kontinuierlich *mit langem*

Atem; bei der gegebenen Personalsituation kann dies auch gar nicht anders sein. Vielmehr gibt es immer wieder Anlass zur Sorge, dass verbliebene Möglichkeiten befristeter Beschäftigungen, die hierfür genutzt werden und unerlässlich sind, zukünftig wegfallen.

Die *Nutzung* des Archivguts bewegt sich kontinuierlich auf hohem Niveau. Gut eingespielt hat sich der neue Service der Scanner, die in den Lesesälen den Nutzern zur Verfügung stehen.

Deutlich erhöht hat sich die Anzahl der elektronisch gespeicherten Datensätze im *Digitalen Landesarchiv* (184,7 Mio. gegenüber 179 im Vorjahr). Die Übernahme und Archivierung digitaler Unterlagen im Regelbetrieb ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die im Arbeitsprogramm fest verankert ist. Der bis 2015 vorgesehene Ausbau vollzieht sich plangemäß im Zuge der Stellenbesetzung. Die Pionierarbeit des Landesarchivs auf diesem Feld findet bundesweit Beachtung und stieß 2012 auf besonderes Interesse bei kommunalen Archiven; hier wurden zukunftsorientiert Möglichkeiten der Zusammenarbeit geprüft, die möglichst bald in *Kooperationsvereinbarungen* einmünden sollten.

Dass das Landesarchiv in Deutschland zu den Einrichtungen zählt, die an der Entwicklung kundenorientierter Angebote im Netz mitwirken, ist vor allem aus seinen Projektbeteiligungen zu ersehen. 2012 wurden die Arbeiten für den Aufbau eines *Archivportals* im Kontext der Deutschen Digitalen Bibliothek aufgenommen, der als Projekt von der DFG gefördert wird und federführend vom Landesarchiv mit Konsortialpartnern zu leisten ist. Zugleich startete ein von der DFG gefördertes Pilotprojekt zur *Digitalisierung von Archivgut*, in dem das Landesarchiv Partner ist.



Kleiner Archivalienaustausch zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg: Bei Ordnungsarbeiten in der Abteilung Rheinland des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen waren zwei Urkunden gefunden worden, deren Provenienz in Baden-Württemberg liegt. Bei einem Besuch in Stuttgart übergab der Präsident des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen Wilfried Reininghaus beide Urkunden seinem baden-württembergischen Kollegen Robert Kretzschmar.

Aufnahme: Landesarchiv HStAS

Abgeschlossen werden konnte eine ganze Reihe von Vorhaben zur *Erschließung und Digitalisierung*, die mit Unterstützung der Stiftung Kulturgut Baden-Württemberg durchgeführt wurden, darunter die Verzeichnung der Akten und Amtsbücher im Archiv der Freiherren von Berlichingen zu Jagsthausen. Mit 19 *Ausstellungen und Präsentationen*, die 131.815 Besucher anzogen, 671 Führungen, die von 20.816 Interessierten (darunter 3.423 Schüler) wahrgenommen wurden, hat sich das Landesarchiv an seinen verschiedenen Standorten aber auch wieder auf dem Feld der kulturellen Bildung engagiert.

Nachdem das Landesarchiv in den vorangegangenen Jahren kontinuierlich Personal einzusparen hatte, konnten 2012 frei werdende Stellen wieder besetzt werden. Die durch den Einstellungsstopp eingetretene Schiefelage in der Altersstruktur des Landesarchivs konnte so zumindest etwas wieder korrigiert werden.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist herzlich für den hohen Arbeitsinsatz und die qualitätsvolle Arbeit zu danken, die 2012 geleistet wurde. Einen besonderen Dank schuldet das Landesarchiv aber auch wieder allen Ansprechpartnern im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, von denen es Unterstützung und Förderung erfahren hat.

ROBERT KRETZSCHMAR

Das Landesarchiv in Zahlen

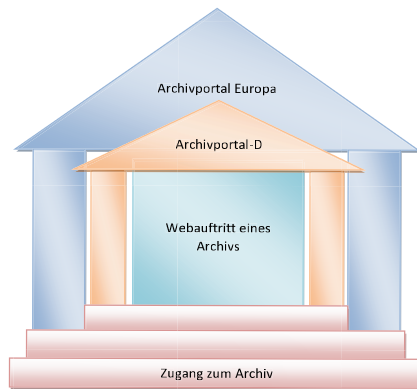
Das Wesentliche auf einen Blick

Gesamtumfang des Archivguts am 31. Dezember 2012 (in Regalmetern)	146 163
Urkunden (Stück)	311 681
Karten, Pläne (Stück)	351 254
Bilder (Stück)	1 137 062
Gespeicherte elektronische Unterlagen (Datensätze)	184,7 Mio
Auslastung der Magazine (in Prozent)	94,7
Zu betreuende Registraturen	2 659
Erschlossenes Archivgut (Findmittel leicht zugänglich, in Prozent)	88,4
In online verfügbaren Findmitteln erschlossenes Archivgut (in Prozent des Gesamtumfangs)	48
Digitalisate von Archivgut im Internet (Images)	2 055 946
Zahl der Stellen im Haushaltsplan (inkl. Vorbereitungsdienst)	169

Unsere Leistungen im Jahr 2012

Nutzungen	11 832
Vorgelegte Archivalien	60 046
Abgegebene Reproduktionen	360 821
Schriftliche Auskünfte der Archivabteilungen	7 609
Online-Zugriffe auf Informationsangebote (in Millionen)	55
davon Zugriffe auf Findmittelseiten (in Millionen)	47
Neu hinzugekommenes Archivgut (in Regalmetern)	1 423
Fachgerecht verpackte Archivalien (in Regalmetern)	2 141
Erschlossenes Archivgut (in Regalmetern)	4 504
Ausstellungen und Präsentationen	19
Besucher bei Ausstellungen und Präsentationen	131 815
Führungen	671
Geführte Personen	20 816
davon Schüler/innen	3 423

Der vollständige Jahresbericht mit den ausführlichen Berichten der einzelnen Abteilungen und weiteren statistischen Daten findet sich auf der Website des Landesarchivs (www.landesarchiv-bw.de) unter „Das Landesarchiv → Jahresberichte“.



Portale bieten Zugänge zu einzelnen Archiven und erhöhen die Sichtbarkeit.
Grafik: Landesarchiv

Das Archivportal-D als nationaler Zugang zu Archivgut

Projekt zur Umsetzung eines deutschen Archivportals hat begonnen

Verschiedene Verzeichnungstraditionen und verschiedene Praktiken zur Online-Präsentation von Beständen, Findmitteln und Archivgut miteinander in Einklang zu bringen und in einem gemeinsamen Portal bereitzustellen, ist die Aufgabe eines zweijährigen DFG-Projekts: Am 1. Oktober 2012 startete das Vorhaben *Aufbau eines Archivportals-D*, das vom Landesarchiv Baden-Württemberg, FIZ Karlsruhe – Leibniz-Institut für Informationsinfrastruktur, der Archivschule Marburg, dem Landesarchiv Nordrhein-Westfalen und dem Sächsischen Staatsarchiv umgesetzt wird.

Ziel des Projekts ist die Schaffung eines zentralen Zugangspunkts für archivische digitale Informationen. Erschließungsleistungen und Digitalisate sollen in einem auf archivfachliche Bedürfnisse zugeschnittenen Rahmen präsentiert werden. Dabei wird vor allem im Bereich der Datenhaltung und der technischen Infrastruktur eng mit der *Deutschen Digitalen Bibliothek* (DDB; www.deutsche-digitale-bibliothek.de) zusammengearbeitet. Diese ging am 28. November 2012 in einer *Beta-Version* online und bietet allen Interessierten einen spartenübergreifenden Zugang zum kulturellen Erbe und zu wissenschaftlichen Informationen aus deutschen Bibliotheken, Archi-

ven, Museen, Mediatheken, Einrichtungen des Denkmalschutzes und wissenschaftlichen Instituten. Auch die Findmittel und digitalisierten Archivalien des Landesarchivs Baden-Württemberg, das seit Jahren engagiert am Aufbau der Deutschen Digitalen Bibliothek mitarbeitet, sind über das Portal abrufbar.

Das Archivportal-D wird eine spezielle Sicht auf die archivischen Inhalte in der DDB ermöglichen: Es wird eine eigene Benutzeroberfläche erstellt, die den besonderen Herausforderungen an eine fachgerechte Präsentation gerecht wird und verbesserte Recherchemöglichkeiten in Archivbeständen bietet. Das beinhaltet vor allem einen navigierenden Zugang zu Strukturinformationen wie Tektoniken und Klassifikationen sowie eine fein abgestimmte erweiterte Suche. Auch die detaillierte Anzeige von Erschließungsinformationen ist geplant.

Für kulturgutbewahrende Institutionen wird es immer wichtiger, im Internet vertreten zu sein. Die Bereitstellung von Inhalten in Portalen wie der DDB und dem Archivportal-D erhöht die Sichtbarkeit der einzelnen Archive beträchtlich. Gerade kleinere Einrichtungen profitieren hiervon: Die eigene Bekanntheit wird gesteigert, neue Nutzer werden angesprochen und auf das eigene Haus

oder die eigene Onlinepräsenz aufmerksam gemacht. Zudem möchte die DDB mittelfristig kleineren Partnern ohne eigene Online-Informationssysteme anbieten, ihre digitalen Daten zu hosten. Die Verbindung von Archivportal-D und DDB bietet für teilnehmende Archive entscheidende Vorteile: So können mit einer Datenlieferung beide Portale bedient und die eigenen Bestände zugleich in der spartenübergreifenden und der archivspezifischen Sicht einer großen Öffentlichkeit präsentiert werden. Durch die geplante Verknüpfung des Archivportals-D mit bestehenden regionalen Archivportalen und dem Archivportal Europa (www.archivesportaleurope.net) werden die Inhalte mit weiteren digitalen archivischen Angeboten vernetzt.

ANNETTE RIEK
CHRISTINA WOLF

Weitere Informationen zum Archivportal auf der Projektwebseite www.archivportal-d.de sowie zur DDB auf <http://www.landesarchiv-bw.de/web/52723>.

Vom Blatt ins Netz

Retrokonversion von Findmitteln mithilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)

Ein Blick in längst vergangene Zeiten: Der Nutzer betritt den Lesesaal eines Archivs. Vielleicht hatte er im Vorfeld angefragt, ob das Archiv für sein Forschungsthema relevantes Material verwahrt. Oder er hat sich über die in großen wissenschaftlichen Bibliotheken verfügbaren gedruckten Beständeübersichten selbst informiert. Die eigentliche, zeitaufwendige Arbeit beginnt jedoch erst jetzt: das Durchsehen relevanter Inventare (so genannte *Findbücher*), die Bestellung der Archivalien und ihre Auswertung.

Der Nutzer im Jahr 2013 ist besser vorbereitet, wenn er die Schwelle des Lesesaals übertritt. Über das Internet konnte er sich über die im Archiv verwahrten Bestände informieren, fast 50% der Findbücher auch online durchsuchen und bereits Archivalien bestellen, die nun für ihn bereitliegen. Vielleicht tritt er aber auch nur noch als virtueller Nutzer auf, denn die interessantesten und nachgefragtesten Unterlagen stellt das Landesarchiv nach und nach digitalisiert ins Netz.

Möglich wurden diese Verbesserungen für die Nutzer durch enorme Anstrengungen der Archive, ihre Findmittel von der Papierform in elektronische Datenbanken zu übertragen. Neu erschlossene Bestände werden im Landesarchiv – sofern sie keinen Schutzfristen unterliegen – schon lange sofort online gestellt. Bei den bereits vor Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten in Papierfindbüchern er-

schlossenen Beständen ist dies schwieriger: Alte, oft handschriftliche Titelaufnahme müssen für ihre Übertragung in eine strukturierte Datenbank *abgeschrieben* werden, damit eine Online-Stellung möglich wird.

Die sogenannte *Retrokonversion archiverischer Findmittel* wird seit vier Jahren von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Unterstützt werden die antragsstellenden Archive dabei von der Koordinierungsstelle Retrokonversion an der Archivschule Marburg. Für jedes Projekt muss das Landesarchiv einen Eigenanteil erbringen: für zwei Titelaufnahmen, die mit Förderung der DFG retrokonvertiert werden, wird eine Titelaufnahme durch vom Landesarchiv bezahltes Personal retrokonvertiert.

Für die Projektbearbeitung gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Arbeiten an einen Dienstleister, der sich auf diese archivischen Arbeiten spezialisiert hat, vergeben. Dieser führt die Arbeiten dann selbstständig anhand von Mehrfertigungen der Findbücher durch. Wird die Retrokonversion im Archiv selbst durchgeführt, so können die Daten direkt in das Erfassungssystem eingegeben werden. Inhouse-Maßnahmen bieten sich an, wenn absehbar ist, dass das Abschreiben der – handschriftlichen, oft mehrfach korrigierten – Findbücher häufige Rückfragen erfordert.

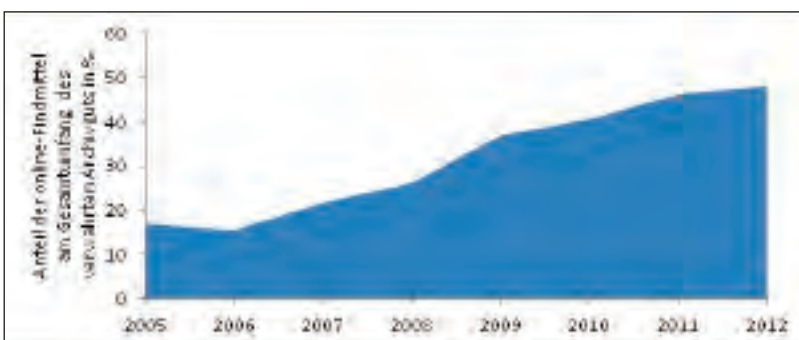
Das Endergebnis aber ist das gleiche: Die bislang nur vor Ort in den Lesesälen

zugänglichen Findmittel sind nun zeit- und ortsunabhängig weltweit im Online-Findmittelsystem des Landesarchivs einsehbar. Aber nicht nur dort: Durch das Einspielen der Daten in das Portal Deutsche Digitale Bibliothek (www.deutsche-digitale-bibliothek.de), in Auswahl im landeskundlichen Portal LEO-BW (www.leo-bw.de) und – nach Fertigstellung – im Archivportal D, haben sowohl die Nutzer als auch das Landesarchiv einen vielfachen Mehrwert von den aufgewendeten Mitteln.

Das bisherige Resultat kann sich sehen lassen: In bislang fünf abgeschlossenen Projekten wurden ca. 250.000 Verzeichnungseinheiten mit DFG-Mitteln und ca. 200.000 Verzeichnungseinheiten als Eigenanteil retrokonvertiert. Aktuell in Arbeit sind in zwei Projekten weitere 75.000 bzw. 65.000 Verzeichnungseinheiten. Und ein weiterer Projektantrag über 195.000 Verzeichnungseinheiten ist gestellt.

REGINA KEYLER

Eine Bilanz der Koordinierungsstelle Retrokonversion an der Archivschule Marburg ist unter <http://www.archivschule.de/forschung/retrokonversion/ergebnisse/einsehbar>.



In online verfügbaren Findbüchern erschlossenes Archivgut des Landesarchivs Baden-Württemberg.

Virtuelles Archiv des Deutschen Ordens

Internationale Tagung zum im Staatsarchiv Ludwigsburg



Notariatssignet des Jakob Urban aus Kaiserslautern.
Vorlage: Landesarchiv StAL B 246 U 1

Die faszinierende, über achthundert-jährige Geschichte des auf dem dritten Kreuzzug vor Akkon im Heiligen Land gegründeten Deutschen Ordens ist von zahlreichen Wandlungen und Brüchen geprägt, was nicht minder für seine Archive gilt. Nach dem Verlust der preußischen Besitzungen wurde 1525 die Zentrale des Deutschen Ordens und damit auch sein Archiv an den Sitz des Deutschmeisters auf der Burg Horneck und später nach Mergentheim verlegt. Nach der durch Napoleon 1809 verfügten Auflösung des Deutschen Ordens in den Rheinbundstaaten wurde auch das Schicksal des an Schätzen überaus reichen Mergentheimer Deutschordenshauptarchivs besiegelt. Im Mergentheimer Hauptvertrag von 1815 wurden dem in Österreich unter dem Schutz des habsburgischen Kaiserhauses weiterlebenden Orden alle auf das Hoch- und Deutschmeistertum und den Orden insgesamt bezogenen Dokumente zugesprochen. Die deutschen Nachfolgestaaten dagegen erhielten alle die Urkunden und Akten, die ihren territorialen Anteil am Deutschordensbesitz betrafen. Neben dem Deutschordenszentralarchiv in Wien verwahren daher heute mehr als 20 Staatsarchive Überlieferungsteile des Deutschen Ordens. Die Zerschlagung der über ganz Europa verteilten Deutschordensbestände stellt die Forschung bis heute vor große Probleme und gilt als eines der traurigsten Kapitel deutscher Archivgeschichte.

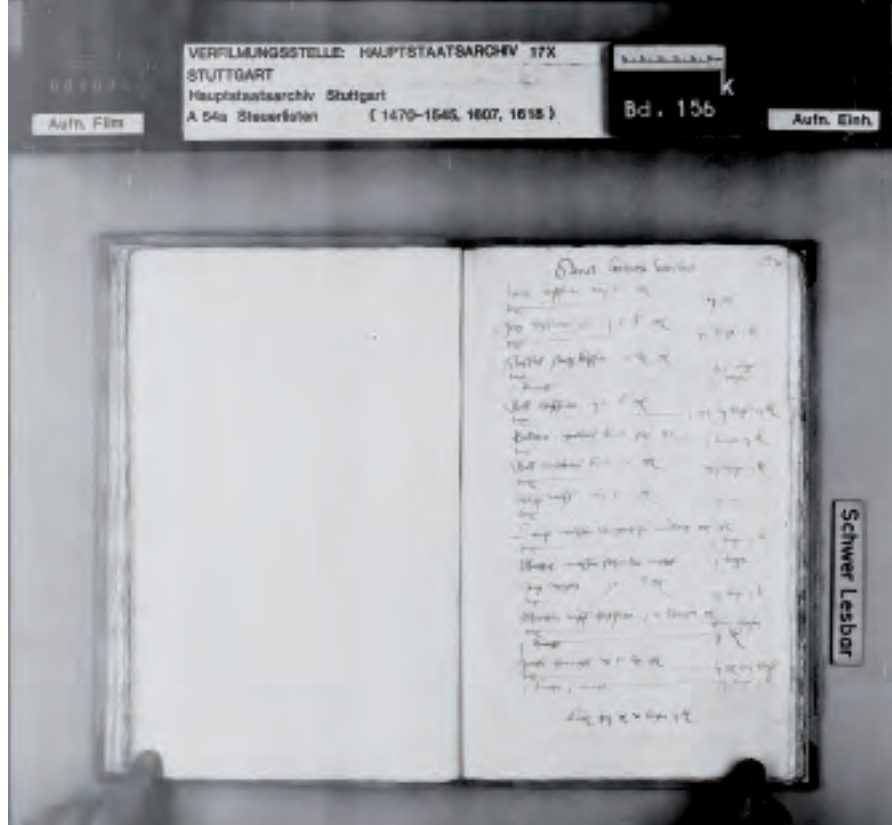
Nach dem *digital turn* muss es aber durch die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung der Originalurkunden und die Neuen Medien ihrer Präsentation heute keine Vision mehr bleiben, das zersplitterte Deutschordensarchiv virtuell wieder zusammenzuführen.

Nachdem das Deutschordenszentralarchiv in Wien und das Staatsarchiv Marburg ihre Urkunden des Deutschen Ordens digitalisiert hatten und nun auf der Internetplattform *monasterium.net* präsentieren, hat auch das Staatsarchiv Ludwigsburg, in dem die Reste des Mergentheimer Archivs aufbewahrt werden, seine Deutschordensurkunden einscannen lassen und online gestellt. Finanziert wurde die durch den Verein ICARUS (International Centre for Archival Research) vorgenommene Maßnahme durch eine Zuwendung der Wüstenrot-Stiftung.

Die sich aus dem Projekt der *virtuellen Wiedervereinigung des Deutschordensarchivs* ergebenden neuen Perspektiven für die Forschung sollen auf einer international besetzten Tagung diskutiert werden. Sie wird vom Landesarchiv Baden-Württemberg und dem Verein ICARUS getragen und findet am 11./12. April 2013 im Staatsarchiv Ludwigsburg statt. Das Tagungsprogramm kann auf der Homepage des Landesarchivs abgerufen werden.

MARIA MAGDALENA RÜCKERT

Mikrofilmaufnahme einer Seite der Türkensteuerliste von 1545 (Stadt Stuttgart, Sankt Leonhardsvorstadt).
Vorlage: Landesarchiv HStAS A 54a Band 156, fol. 53r



Nicht nur für Familienforscher

Die württembergischen Steuerlisten online

Die Steuerlisten, welche die Herrschaft Württemberg im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert anlegen ließ, zeugen von der Verwaltungsorganisation in der Grafschaft, wo ab den 1470er Jahren eine systematische, flächendeckende Steuererhebung angegangen und in *Schatzungsbüchern* festgehalten werden sollte. Es folgten mehr oder weniger umfassende *Herdstättenlisten* im Jahr 1525. Als Erhebungsbezirke dienten dabei jeweils die ca. 30 württembergischen Ämter. Für die einzelnen Orte finden sich die Steuerpflichtigen hier für ihre Häuser bzw. Herdstätten mit dem jeweiligen Steuerbetrag aufgelistet.

Diese Steuererhebungen wurden in den folgenden Jahren fortgesetzt, gerade auch wenn besondere Anlässe eine außerordentliche Steuer bedingten: So führte die Türkengefahr im Deutschen Reich in den Jahren 1542 und 1545 zu umfassenden *Türkenschätzungen*, eine Vermögenssteuer, die auch im damaligen Herzogtum Württemberg geleistet werden musste.

Im herzoglich württembergischen Archiv wurden diese Steuerlisten dann gemeinsam verwahrt. Es haben sich fast 200 Listen bzw. Bände erhalten, die noch

um die sogenannten *Land- und Amtsschadenrechnungen* aus den 1480er Jahren ergänzt wurden und nun im Hauptstaatsarchiv Stuttgart den Bestand A 54 a bilden.

Die Steuerlisten bieten mit den Namen der Steuerpflichtigen und deren Vermögensschätzung eine erste historische Bestandsaufnahme der württembergischen Bevölkerung. Mit ihren repräsentativen Daten und Namen für die Haushaltsvorstände ermöglichen die Erhebungen als *serielle Quellen* verwaltungs- wie wirtschaftsgeschichtliche Auswertungen ebenso wie demographische Forschungen und sozialgeschichtliche Analysen. Vor allem sind sie wegen ihres frühen Namenmaterials bislang von Familienforschern und Ortshistorikern gefragt, doch lässt ihre umfassende Online-Präsentation jetzt sicher auch räumlich übergreifende, systematische Auswertungen erwarten.

Grundlage der Digitalisierung war die Sicherungsverfilmung des Bestandes im Jahr 1994. Im Rahmen der schon bewährten Zusammenarbeit zwischen dem Landesarchiv Baden-Württemberg und der Genealogischen Gesellschaft

von Utah (<http://www.gensocietyofutah.com/>) wurden diese Filme zwischen 2010 und 2012 digitalisiert und die Digitalisate mit insgesamt 10.389 Bilddateien dem Landesarchiv zur Verfügung gestellt. Parallel dazu erfolgte im Jahr 2011 die Retrokonversion des Findbuchs.

Die Genealogische Gesellschaft ist zurzeit dabei, mithilfe ihrer Mitglieder die Namen der Steuerzahler zu transkribieren. Zu diesem Zweck stellt das Landesarchiv der Gesellschaft die URLs der Bilddateien zur Verfügung. Jeder Datensatz wird doppelt indexiert. Bei der Prüfung werden die Angaben, die die Indexierer unterschiedlich gedeutet haben, noch einmal durchgesehen. Dadurch ist eine hohe Qualität der Bearbeitung gewährleistet (<https://familysearch.org/>). Dank dieses Crowdsourcingverfahrens können so in den nächsten Jahren den Nutzern auch diese hilfreichen Metadaten an die Hand gegeben werden.

THOMAS FRITZ
PETER RÜCKERT

Quellen zum Sport

Archive von Sportverbänden im Hauptstaatsarchiv Stuttgart



2

Die gute Zusammenarbeit des Instituts für Sportgeschichte e.V. (IfSG) in Maulbronn mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg zeitigte die ersten für die Erforschung der Geschichte des Sports in Württemberg wichtigen und notwendigen Ergebnisse. Zwei Sportverbände, der Württembergische Fußballverband e.V. (WFV) und der Schwäbischen Skiverband e.V. (SSV), haben ihre historisch wertvollen und sportgeschichtlich interessanten Archive als Depositum dem Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart übergeben. In den Archivverträgen ist jeweils geregelt, dass die Unterlagen im Besitz der Verbände verbleiben, das Landesarchiv diese verwahrt und sie der interessierten Öffentlichkeit zur Erforschung der Geschichte des Sports im Lesesaal zur Nutzung zu Verfügung stellt. Die Bestände sind auch im Internet recherchierbar unter den Signaturen P 35 Schwäbischer Skiverband e.V. und P 38 Württembergischer Fußballverband e.V.

Der Schwäbische Skiverband wurde am 27. Oktober 1907 unter dem Namen *Schwäbischer Schneeschuhbund* gegründet. 1921 wurde er in *Schwäbischer Schneelaufbund* umbenannt, gleichzeitig wurde eine neue Satzung verabschiedet.

1



36,5 Tage sportlich aktiv
schwäbischer
skiverband e.v.



3

Seit 1936 existierte zudem der *Schwäbische Schliffkopfhäuser-Bund*. Schließlich erfolgte 1951 der Zusammenschluss der beiden Skiverbände Württemberg und Württemberg-Hohenzollern zum *Schwäbischen Skiverband e.V.*

Die Unterlagen des SSV umfassen über 180 Verzeichnuseinheiten mit einer Laufzeit von 1931 bis 2002. Ein Schwerpunkt liegt in der Überlieferung zu den Berghäusern *Schliffkopfhäuser* (1931), *Schwaben* (1951) und *Schönblick* (1962). Der Bestand dokumentiert eindrucksvoll die historische Entwicklung des Skisports in Baden-Württemberg.

Der *Württembergische Fußballverband e.V.* entstand am 8. Juli 1951 durch den Zusammenschluss der regionalen Fußballverbände in Nord- und Südwürttemberg/Hohenzollern. Er ist die Dachorganisation der Fußballvereine in Württemberg. Ihm gehören inzwischen fast 1.800 Fußballvereine mit über 500.000 Mitgliedern an.

Schwerpunkte des Bestands bilden Protokolle zu einzelnen Verbands- und Bezirkstagen sowie des Verbandsjugendausschusses, ebenso wie Unterlagen zu den Bauvorhaben des *Württembergischen Fußballverbandes*. Zeitlich reichen die Unterlagen bis ins Jahr 1946 zurück.

Die Protokolle der Verbandstage aus der unmittelbaren Nachkriegszeit ermöglichen tiefe Einblicke in die Probleme und Schwierigkeiten, denen sich die Vereine sowohl in Nord- als auch in Südwürttemberg/Hohenzollern stellen mussten.

Die Film- und Tonsammlungen beider Verbände wurden ebenfalls an das Hauptstaatsarchiv Stuttgart abgegeben und liegen nach der Digitalisierung auf DVD oder CD vor.

PETER BOHL

1 | Signet des Schwäbischen Skiverbands.
Vorlage: Landesarchiv HStAS P 35 Nr. 132

2 | Visitenkarte des Württembergischen Fußballverbandes (um 1960).
Vorlage: Landesarchiv HStAS P 38 Nr. 10

3 | Wettlaufgelände des Schwäbischen Schneeschuh-Bundes (ca. 1921).
Vorlage: Landesarchiv HStAS N 110 Nr. 549

4 | „Württembergers Fußballer wieder vereint“, in: *„Der Sport. Organ des Landessportbundes Württemberg e.V.“* vom 10. Juli 1951.
Vorlage: Landesarchiv HStAS P 38 Nr. 10



4

Fotografische Dokumentation jüdischer Friedhöfe in Baden-Württemberg

Analog und Online

Die Sorge für die Verstorbenen gilt in der anthropologischen Forschung als einer der wichtigsten Indikatoren für den Beginn menschlicher Kultur überhaupt. Indem er sich um die Bestattung der sterblichen Überreste von Angehörigen der eigenen Gemeinschaft kümmerte, offenbarte bereits der prähistorische Mensch wie auch immer geartete Vorstellungen von einem Jenseits und eine über den Tod hinausgehende Verbundenheit von Individuum und Gemeinschaft. Im jüdisch-christlichen Kulturkreis entwickelte sich die Erdbestattung in einem Sarg als die übliche Form der Beisetzung, die auf einem besonderen, eigens dafür vorgesehenen Bereich, dem Friedhof, zu erfolgen hatte. Die Unantastbarkeit der Totenruhe, die für jüdische Bestattungen im Unterschied zu den christlichen unabdingbar gilt, hat zur Folge, dass jüdische Friedhöfe nicht nach bestimmten Ruhefristen geräumt und neu belegt werden. Soweit sie der nationalsozialistischen Barbarei entgingen, konnten auch in Baden-Württemberg jüdische Friedhöfe vielfach über viele Generationen bis in die Gegenwart wachsen. Da es bis ins 20. Jahrhundert hinein üblich war, auf

den Grabsteinen neben dem Namen des Bestatteten auch den des Vaters zu nennen, bilden diese Inschriften auch für die historisch-genealogische Forschung Quellen von höchstem Wert.

All diese Friedhöfe sind heute geschützte Kulturdenkmale. Auf Grund eines Beschlusses des baden-württembergischen Landtages aus dem Jahre 1989, der die Dokumentation und Erhaltung jüdischer Friedhöfe in Baden Württemberg zum Inhalt hatte, erhielt das Landesdenkmalamt Baden-Württemberg den Auftrag einer umfassenden Dokumentation aller einschlägigen Grabsteine. Wesentliche Grundlage dieser Arbeit waren Abzüge von Fotos, die vom Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland in Heidelberg zwischen 1985 und 1992 von fast allen jüdischen Grabsteinen in Baden-Württemberg angefertigt worden waren.

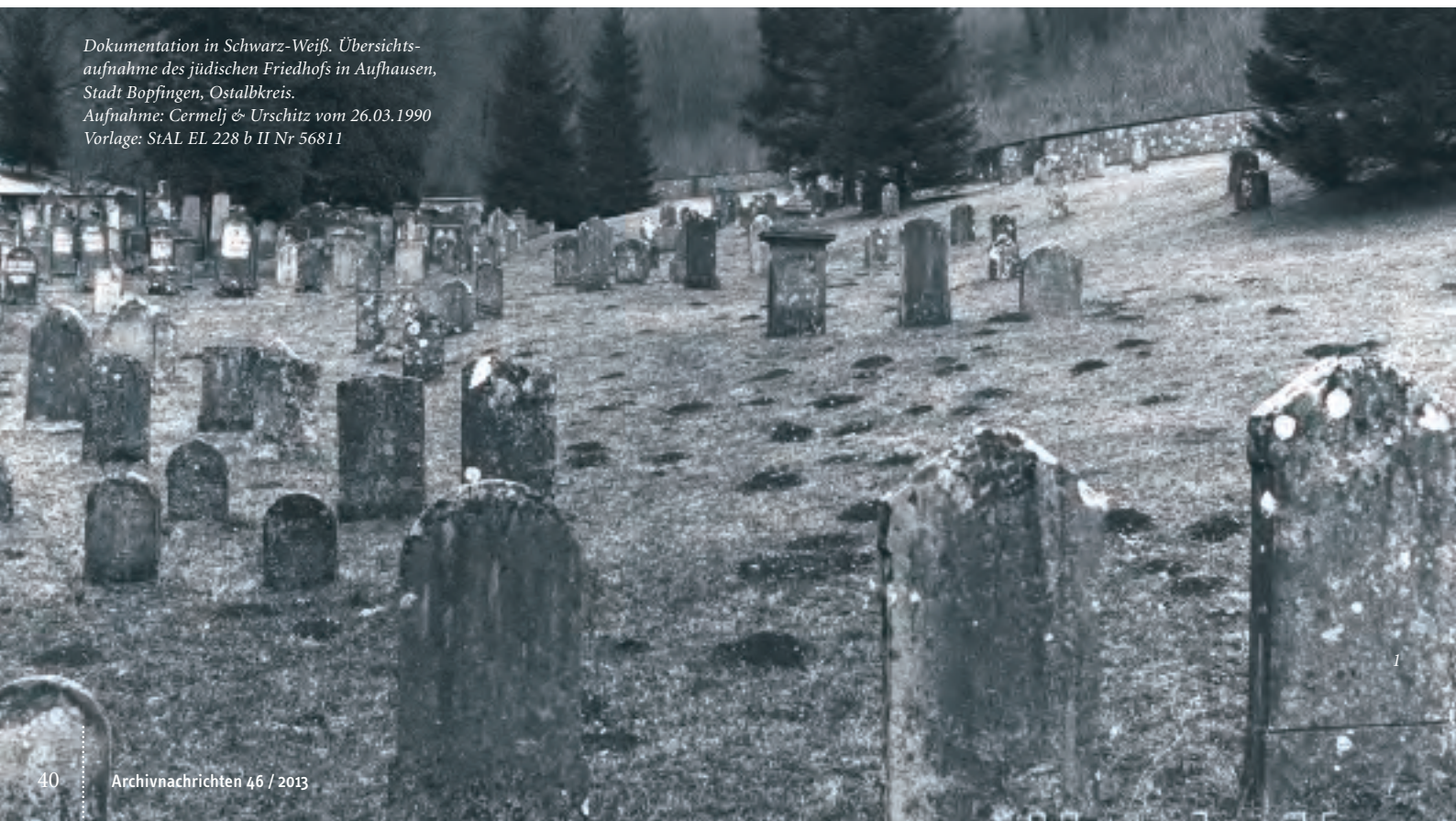
Der Kopiersatz mit rund 85 000 Abzügen wurde nach Abschluss des Projekts im Mai 2008 zusammen mit den vom Landesdenkmalamt erarbeiteten Friedhofsdokumentationen in Papierform und einer Datenbank mit Dokumentationsergebnissen für einen großen Teil

der Gräber an das Staatsarchiv Ludwigsburg abgegeben. Diese Datenbank enthält neben historischen, kunst- und sprachwissenschaftlichen Details insbesondere auch genealogisch relevante Sachverhalte.

Im Zuge eines von der Kulturgutstiftung Baden-Württemberg finanzierten Projekts wurde diese wertvolle Überlieferung 2011 im Staatsarchiv Ludwigsburg als Bestand *EL 228 b II* für die Online-Nutzung erschlossen. Die aus vielen Einzeltabellen bestehende Datenbank wurde in einem für das Findmittelsystem des Landesarchivs geeignetes Format aufbereitet, der gesamte Fotobestand eingescannt, jedes Foto mit individueller Signatur versehen und – soweit möglich – Friedhof für Friedhof manuell mit den zur Verfügung gestellten Datenbankinhalten verknüpft. Damit ist der 1985–1992 flächendeckend fotografisch gesicherte Zustand der Grabsteine in Verbindung mit den Erschließungsdaten für weitere Forschungen weltweit über das Internet abrufbar.

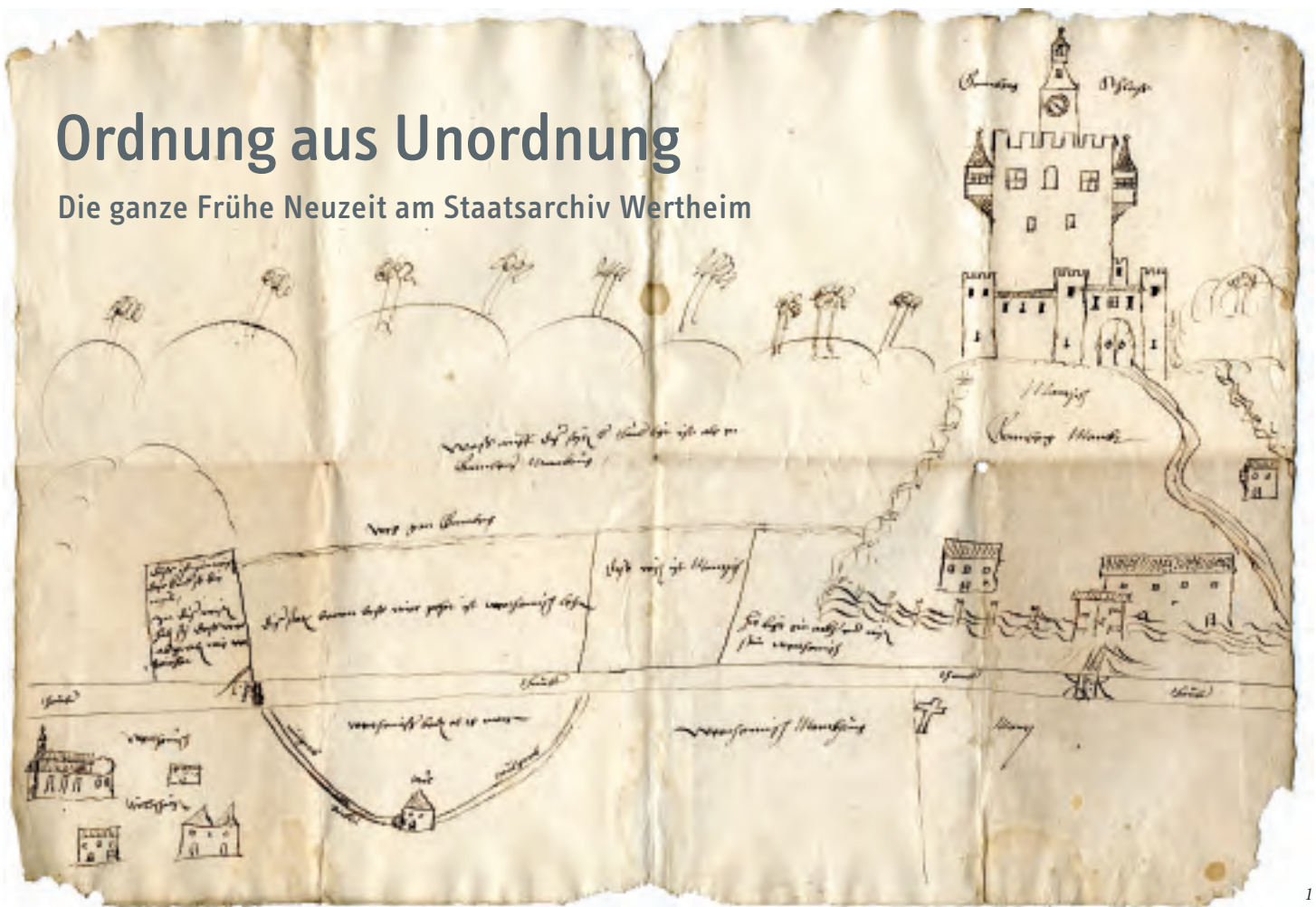
STEPHAN MOLITOR

*Dokumentation in Schwarz-Weiß. Übersichtsaufnahme des jüdischen Friedhofs in Aufhausen, Stadt Bopfingen, Ostalbkreis.
Aufnahme: Cermelj & Urschitz vom 26.03.1990
Vorlage: StAL EL 228 b II Nr 56811*



Ordnung aus Unordnung

Die ganze Frühe Neuzeit am Staatsarchiv Wertheim



1

Archive sind Verweissysteme. Sie wissen zu berichten, wo etwas ist und, wenn man Glück hat, auch was es ist. Archive schaffen eine Ordnung. Der normale, sozusagen natürliche Zustand ist das Gegenteil: Alles zerfließt in möglichst losen Bindungen (*Entropie*). Genau wie in den Kisten mit gut 120 laufenden Metern Unterlagen ab dem 14. Jahrhundert, die in Projekten am Staatsarchiv Wertheim bearbeitet werden (StAWt-G Rep. 102 und 102a: Akten, Nachträge). In den meisten Kisten herrscht maximale Unordnung. Hier findet sich einfach alles, was in diesen Jahrhunderten an schriftlichen Unterlagen produziert wurde: Urkunden und Akten, amtliche Rechnungen und private Briefe, kleine Quittungen und große Pläne. Aus der Ordnung der Verwaltung, die sie einst hervorbrachte, sind die Schreiben durch Liegenlassen und Umräumen, durch Nichtbeachtung und Auseinanderreißen über Jahrhunderte in einen Zustand des Vergessens diffundiert. Wenig weiß man über sie, man findet nichts, und was man findet, kann nicht jeder lesen, weil die Formen der benutzten Schriften längst vergessen sind.

Und doch ist, auch wenn es einem Wunder gleicht, diese Unordnung umkehrbar. Stück für Stück werden die

Dokumente zusammengeführt, geordnet und benannt. Stück für Stück erscheint dann die ganze Geschichte seit dem 14. Jahrhundert, jedenfalls in den Teilen, die die Grafschaft Wertheim betrafen. Von der Reformation über Bauernkrieg, Pest und Hexenverfolgung bis zur Französischen Revolution. Eigenartige Namen tauchen auf wie der von Adolf Eulenschenk, der im Dreißigjährigen Krieg an der Spitze der kaiserlichen Garnison in Wertheim stand. Seltsame Ereignisse werden sichtbar wie die Spendentour eines Mannes, der mitten in diesem Krieg durch halb Deutschland reiste und für seinen (angeblich) von den Türken gekidnappten Bruder sammelte. Aber das Besondere bleibt die Ausnahme. Der Großteil der Unterlagen folgt naturgemäß der Tätigkeit der Verwaltung und deren Willen, Ordnung zu schaffen.

Die archivische Bearbeitung vollzieht dies nach, sodass man, wenn das Projekt 2017 abgeschlossen sein wird, wird sagen können, was es ist und wo es ist.

Was man heute schon weiß, findet man im Internet: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/struktur.php?bestand=22984>.

ROBERT MEIER

1 | Auch eine frühe Darstellung von Gamburg an der Tauber fand sich in den Unterlagen.
Vorlage: Landesarchiv StAWt-G Rep. 102, Nr. 340

2 | Jahrhunderte im Durcheinander: Unordnung in Kisten.
Aufnahme: Robert Meier

2



Arbeitsschutz im Archiv

Arbeitssicherheit in Restaurierwerkstätten



ArbStättV, TRBA, ChemG, MAK, SDS ... die Regelungen, Vorschriften und Informationen für die Sicherheit im Arbeitsalltag sind vielfältig und werden stets verbessert. Jedoch sind sie in der Regel für viele ein lästiges Begleitthema, das gerne vernachlässigt oder sogar gänzlich ignoriert wird.

Für Restauratoren, die in ihrem Arbeitsalltag mit einigen für die Gesundheit schädlichen Stoffen umgehen und deren Arbeit auch das Hantieren mit größeren Maschinen und scharfen Werkzeugen vorsieht, ist jedoch der Blick auf diese Vorschriften sinnvoll und manchmal auch vorgeschrieben.

Für gesundheitsschädigende Chemikalien gibt es Vorgaben zur sicheren Aufbewahrung in speziellen und belüfteten Schränken. Darüber hinaus gibt es zur sachgerechten Handhabung und Entsorgung für jede chemische Substanz ein *Sicherheitsdatenblatt*, das in der Werkstatt für jeden zugänglich sein muss. Besondere *Betriebsanweisungen* fassen die wichtigsten Regelungen und Sicherheitsvorschriften zusammen und werden gut sichtbar beim Chemikalienschrank aufgehängt. Hilfsmittel wie z. B. spezielle Pipetten, Gefäße und Flaschen müssen chemikalienbeständig sein und helfen beim sicheren Hantieren. Ein absolutes Essverbot gilt in allen Laboren und Werkstattbereichen.

Für das Arbeiten mit Chemikalien und mit schimmelbelasteten Objekten wird das Tragen von *Schutzkleidung* empfohlen, die in ausreichender Anzahl für alle Mitarbeiter zur Verfügung steht. Dazu gehört ggf. auch ein Mund- oder Augenschutz. Ein Baumwollkittel zum Schutz vor Spritzern und Schmutz soll ständig getragen werden. Spezielle Schutzhandschuhe, die auf die chemikalien-spezifischen Eigenschaften abge-

stimmt sind, sollten beim Hantieren stets benutzt werden. Abgerundet wird dieses Programm von einem arbeitsplatzspezifischen *Hautschutzplan*, der Reinigung, Schutz und Pflege der Haut regelt.

Beim Umgang mit scharfen und gefährlichen Werkzeugen tragen maschinen- oder werkzeugspezifische *Betriebsanweisungen* zum sicheren Umgang bei. Zusätzlich können noch Hilfsmittel wie z. B. Schnittschutzhandschuhe, Augen- oder Gehörschutz getragen werden. Schon bei der Auswahl der Werkzeuge sollte man auf besonders sichere, entsprechend ausgestattete Modelle achten. Einweisungen für gefährliche Maschinen sind verpflichtend für jeden neuen Mitarbeiter. Sicherheitseinrichtungen an Schneidegeräten oder Pressen dürfen nicht entfernt werden.

Einige Arbeitsabläufe sehen eine stehende Tätigkeit vor, zudem werden auch schwere Materialien und Objekte bewegt. Stehhilfen und spezielle Stühle, Hubwagen und Rolltische machen hier das Arbeiten zugleich leichter und sicherer. Tipps für ein rüchenschonendes Arbeiten werden durch Schulungen oder Infomaterial für den Arbeitsplatz angeboten.

Ausführliche Informationen erhält man bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin <http://www.baua.de> und beim entsprechenden Versicherungsträger.

KERSTIN FORSTMAYER

*Ein belüfteter Chemikalienschrank gehört zur Grundausstattung.
Aufnahme: Landesarchiv IfE*



1

Sicherer Umgang mit Schimmel und Staub

Was verbindet einen Arbeitsplatz im Archiv mit einem Arbeitsplatz im Stall, im Treibhaus oder in der Kompostieranlage? In der Arbeitsmedizin heißt die Antwort *biologische Arbeitsstoffe*. Im Zusammenhang mit einem Arbeitsprozess sind damit Mikroorganismen gemeint, die beim Menschen gesundheitsschädigende Wirkungen in Gestalt von Infektionen, allergischen und toxischen Reaktionen hervorrufen können. Schimmelpilze in Wohnungen oder Bakterien und Viren, die durch Mitmenschen im Bus oder Supermarkt übertragen werden, gelten nicht als biologische Arbeitsstoffe.

In Archiven oder Altregistraturen können sich Mikroorganismen unter ungünstigen Lagerbedingungen oder auch durch eine Havarie – oft unerwartet schnell – entwickeln; der Umgang mit Schimmelbefall kann die Verantwortlichen vor erhebliche Probleme stellen. Organische Stoffe wie Papier, Textil und natürliche Klebstoffe, z. B. Stärkekleister, sind gute Nahrungsmittel für Schimmelpilze, welche daher drohen, die betroffenen Akten zu zerstören. Daneben sind oft auch die beteiligten Personen verunsichert, ob sie durch die Arbeit mit schimmeligem Archivgut krank werden können.

Das Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg engagiert sich seit vielen Jahren auf dem Gebiet der Schimmelbelastung in Archiven und Bibliotheken. Auf einem Fortbildungsseminar des Landesarchivs in Verbindung mit der KEK (Koordinierungsstelle für die Erhaltung

des schriftlichen Kulturguts) im November 2012 erläuterten Experten aus der Mikrobiologie (Dr. Guido Fischer) und Arbeitsmedizin (Prof. Dr. Peter-Michael Bittighofer) mögliche Gefährdungen sowie Maßnahmen zur Prävention und Abhilfe. Danach ist die häufigste Beeinträchtigung auf die allergene Wirkung der Schimmelpilze zurückzuführen, während die Gefahr von Infektionen und toxischen Reaktionen sehr gering ist. Das Risiko für eine einzelne Person ist nicht quantifizierbar. Die Exposition gegenüber Schimmelpilzen ist in Archiven um Größenordnungen kleiner als z. B. in landwirtschaftlichen Betrieben; daher ist auch die präzise Abgrenzung zwischen beruflich und privat verursachter Exposition (Allergien gegen Außenluftbestandteile oder Hausstaubmilben) kaum zu leisten. Hygiene am Arbeitsplatz ist in jedem Fall besonders wichtig.

Als wirkungsvollste Form der Dekontamination wird die Trockenreinigung des betroffenen Archivguts empfohlen, und zwar unter Zuhilfenahme geeigneter Schutzmaßnahmen. Ausführliche Hinweise und ein übersichtliches Ablaufschema geben die 2010 neu erarbeiteten Technischen Regeln für Biologische Arbeitsstoffe *Schutzmaßnahmen bei Tätigkeiten mit mikrobiell kontaminiertem Archivgut* (TRBA 240) der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA).

ANNA HABERDITZL



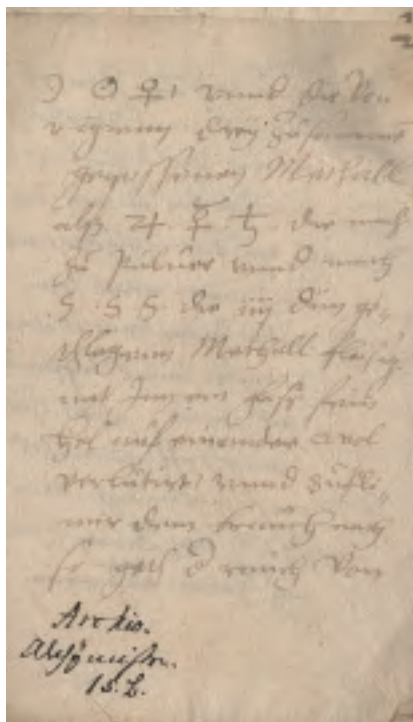
2

1 | Trockenreinigung an der Absaugstation.
Aufnahme: Landesarchiv IfE

2 | Aus der „TRBA 240“: Ablaufschema zur Behandlung des mikrobiell kontaminierten Archivgutes.
Vorlage: Website der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Von Goldmachern und Schatzsuchern. Alchemie und Aberglaube in Württemberg

Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart



1 | Zu den Besonderheiten der Alchemie zählte die Verwendung von Symbolen, welche u. a. Metalle und Planeten miteinander verbanden.

Vorlage: Landesarchiv HStAS A 47 Bü 10/3

2 | Skizze eines „Philosophischen Reverberierofens“ von Lukas Osiander (1571–1638).

Vorlage: Landesarchiv HStAS A 47 Bü 9/3

Ausstellung

Von Goldmachern und Schatzsuchern.
Alchemie und Aberglaube in Württemberg

Öffnungszeiten

5. März – 26. Juli 2013

Montag 10.00–17.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch 8.30–17.00 Uhr

Donnerstag 8.30–19.00 Uhr

Freitag 8.30–16.00 Uhr

Öffentliche Führungen

Mittwochs 11.30 Uhr sowie für Gruppen
nach Vereinbarung

Informationen und Anmeldung zu Führungen

Landesarchiv Baden-Württemberg

- Hauptstaatsarchiv Stuttgart -

Konrad-Adenauer-Straße 4

70173 Stuttgart

Telefon 0711/212-4335

Telefax 0711/212-4360

E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

Internet: www.landearchiv-bw.de/hstas

Begleitend zur Ausstellung erscheint ein
reich bebildeter Katalog.

Gold ... nichts – so kann der Ertrag der Goldmacherkunst am Stuttgarter Hof Herzog Friedrichs I. von Württemberg kurz und bündig zusammengefasst werden. Dieser ernüchternde Vermerk stammt aus einem Inventar für die herzoglichen Laboratorien, welches nach dem Tod des alchemiebegeisterten Herzogs 1608 erstellt wurde, und das für die Zeit ein einzigartiges Verzeichnis chemischer Gerätschaften und laufender alchemistischer Prozesse und Verfahren birgt. Die Hoffnungen Friedrichs und vieler seiner Standesgenossen auf die künstliche Herstellung von kostbarem Gold und Silber waren vergebens. Trotz Rezeption traditionsreicher alchemistischer Schriften und Vorstellungen aus Antike und Mittelalter und deren Vereinigung mit modernen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen wollte das *Große Werk* – die Transmutation unedler Metalle in Gold – nicht gelingen.

Auch abseits der Fürstenhöfe begaben sich die Menschen auf die Suche nach Gold oder anderen wertvollen Schätzen, welche oft auch geheimnisvolle Eigenschaften besitzen sollten. Schätze konnten dem Schatzsucher entkommen oder sich

in wertlosen Plunder verwandeln. Um ihnen erfolgreich zu begegnen, konnten Hilfsmittel wie Wünschelruten, Amulette oder Zauberkessel eingesetzt werden. Sowohl bei den Alchemisten als auch bei professionellen Schatzsuchern waren findige Betrüger unterwegs, die ihre Auftraggeber mit selbstsicherem Auftreten und getürkten Proben ihrer Kunst um hohe Geldsummen brachten.

Neben einer Einführung in die Welt der Alchemie stellt die Ausstellung *Von Goldmachern und Schatzsuchern* die Protagonisten der *Fürstenalchemie* vor, vermittelt anhand ausgewählter Exponate Einblicke in Württembergs alchemistische Zentren und beleuchtet auch abergläubische Praktiken wie Beschwörungen, die für erfolgreiche Schatzhebungen eingesetzt wurden. In den Themenfeldern Alchemie und Schatzsuche vereinigten sich moderne naturwissenschaftliche Erkenntnisse, Philosophie und medizinisch-pharmazeutisches Wissen der Frühneuzeit mit Spekulationen und okkultistischen Praktiken zu zentralen zeitgenössischen Glaubens- und Wissenssystemen.

ANDREA HECK

175 Jahre Eisenbahn in Baden

Ausstellung des Generallandesarchivs Karlsruhe

Zu den prägenden Merkmalen der modernen Arbeitswelt zählt die Mobilität. Die Mobilität der Arbeitskräfte war Voraussetzung und Folge der Industrialisierung zugleich. Möglich wurde sie durch die Erfindung eines neuen Verkehrsmittels: der Eisenbahn. Baden zählte nach Bayern, Preußen, Sachsen, Braunschweig und dem Großherzogtum Hessen (Taunusbahn in Verbindung mit Frankfurt und Nassau) mit zu den ersten deutschen Staaten, in denen eine dampfbetriebene Eisenbahn gebaut wurde.

Im März 1838 nahm der Badische Landtag ein Gesetz an, mit dem Baden in eine neue Epoche seiner Geschichte eintrat: *Von Mannheim über Heidelberg, Karlsruhe, Rastatt, Offenburg, Dinglingen und Freiburg bis zur Schweizer Grenze bei Basel wird eine Eisenbahn erbaut [...]. Der Bau wird auf Staatskosten ausgeführt.* Damit ging eine Phase des Dis-

kutierens zu Ende, die Ludwig Newhouse 1833 mit seinem *Vorschlag zur Herstellung einer Eisenbahn im Großherzogtum Baden von Mannheim bis Basel und an den Bodensee* ausgelöst hatte. Mit dem Bau der ersten Strecke Mannheim Heidelberg wurde im Herbst 1838 begonnen. Am 12. September 1840 wurde sie in Betrieb genommen. Damit war Baden seinem Nachbarn Württemberg um fünf Jahre voraus.

Die badische Hauptbahn Mannheim – Basel wirkte wie eine Klammer für das in napoleonischer Zeit künstlich gebildete Großherzogtum. Baden wurde eingebunden in die großen Verkehrsströme. Der Eisenbahnbau wurde zum Impulsgeber für die Industrialisierung. Er formte Landschaften um. Schnurgerade durchtrennten die Gleise in der Oberrheinebene die gewachsenen Flure. Die Züge eilten darauf *gleich eines schwarzen Strichs* durch die ländliche

Lebenswelt – so begründeten die Einwohner Seckenheims ihre Ablehnung der Trassenführung durch ihre Gemarkung. Die Bahnanlagen veränderten auch das Bild der Städte. Neue Architekturformen entstanden. Das Reisen wurde bequemer, schneller und flüchtiger. Die Welt schrumpfte. Der Gewinn an Mobilität wurde mit neuen Zwängen erkauft: Pünktlichkeit und die Beachtung von Sicherheitsvorkehrungen. Durch den Siegeszug der Eisenbahn wurde die Zeitmessung normiert.

Das Generallandesarchiv Karlsruhe wird Badens Start ins Eisenbahnzeitalter vor 175 Jahren ab Juli 2013 mit einer Ausstellung würdigen, deren Titel die visionäre Erwartung von Ludwig Newhouse aufgreift: *Baden wird ein Weltmarktplatz werden.*

MARTIN STINGL



„Pack- und Transport-Dampfwagen auf der Eisenbahn zwischen Liverpool und Manchester“ aus der Denkschrift von Ludwig Newhouse, 1833.
Vorlage: Landesarchiv GLAK Bibliothek Co 139

Alter Karlsruher Bahnhof, erbaut von Friedrich Eisenlohr, Zustand um 1910.
Vorlage: Landesarchiv GLAK 498-1 Nr. 1299



Ausstellung

Baden wird ein Weltmarktplatz werden.

175 Jahre Eisenbahn am Oberrhein

Öffnungszeiten

Juli – November 2013

Dienstag bis Donnerstag 8.30–17.30 Uhr

Freitag 8.30–19.00 Uhr

Informationen und Anmeldung
zu Führungen

Landesarchiv Baden-Württemberg

- Generallandesarchiv Karlsruhe -

Nördliche Hildapromenade 3

76133 Karlsruhe

Telefon 0721/926-2206

E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

Internet: www.landearchiv-bw.de/glak

Das Fürstlich Fürstenbergische Archiv in Donaueschingen



Bibliothekssaal.
Foto: F.F. Archiv

Das Fürstenbergarchiv ist einer der frühesten selbstständigen Archivbauten in Deutschland. Es wurde bereits 1756-1763 errichtet, zu einer Zeit, als es noch gang und gäbe war, Archive in zweckfremden Bauten und Räumen zu lagern. Und es hat sich bis heute fast unverändert in seiner ursprünglichen Form erhalten. Dadurch steht es wohl einzigartig da.

Das Gebäude entstand neben dem Kanzleigebäude, dem Sitz der fürstlichen Zentralverwaltung. Mit diesem zusammen bildete es das Herz eines ganzen Ensembles aus Verwaltungs-, Wirtschafts- und Wohngebäuden, die Fürst Josef Wilhelm Ernst zwischen 1722 und 1762 an seinem neuen Residenzort Donaueschingen errichten ließ.

In der Bauform und Größe lehnte es sich mit 27,50 x 16,25 Metern Grundfläche und sechs ober- und unterirdischen Stockwerken bewusst an das Kanzleigebäude an. Allerdings war es aufgrund des hohen Bauaufwands wesentlich teurer als die Kanzlei und alle sonstigen fürstlichen Gebäude der Zeit. In sieben langen Jahren Bauzeit wurden ca. 80.000 Gulden verbaut. Schon dies dokumentiert den hohen Rang, den Fürst Josef Wilhelm Ernst dem Archiv beimaß. Es liege ihm, so ließ er mehrfach verlauten, über allem am Herzen.

Und dennoch war die Entscheidung für ein selbstständiges Archivgebäude

keineswegs zwangsläufig, sondern eher ein Zufallsergebnis der fürstenbergischen Familiengeschichte. Fürst Josef Wilhelm Ernst beerbte in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in relativ schneller Folge all seine Vettern und übernahm deren z.T. sehr umfängliche Archive. Die räumlichen Lösungen, die er für das Hauptarchiv in Donaueschingen vorsah, wurden dadurch immer wieder von der Realität überholt. In vierzig Jahren musste das Archiv dreimal umziehen, wobei jedes Mal die Ansprüche wuchsen. 1756 wurde schließlich Nägel mit Köpfen gemacht: Verschiedene Lösungen und Pläne wurden von den Architekten vorgelegt und wieder verworfen. Sie waren alle in hohem Maße innovativ und experimentell. Ein Plan sah z.B. eine Dachterrasse mit Balustrade vor, die wohl als Lustgarten der Archivare dienen sollte. Bei einem anderen bildeten die gewölbten Decken der oberen Magazinräume das Dach. Den Architekten ging es darum, den besonders brandgefährdeten hölzernen Dachstuhl zu vermeiden.

Zum Zuge kam schließlich ein Plan des fürstlichen Baumeisters Franz Joseph Salzmann. Nach außen präsentiert sich sein Gebäude relativ nüchtern und abweisend. Sockel, Lisenen und Gebäudeecken aus Quaderstein, eine großzügige Freitreppe und das Portal mit dem schönen Wappengitter sind der einzige

Schmuck. Die Fenster sind durch Fenstergitter und eiserne Läden sicher verschlossen. Auch im Inneren ist alles konsequent auf den Schutz der Archivalien vor Brand, Plünderung und Feuchtigkeit ausgerichtet. Als Baumaterial wurden deshalb nur Stein und Eisen verwendet. Die Wände sind mehr als einen Meter dick, die Decken kreuzgratgewölbt, die eisernen Türen fast zwei Zentner schwer. Ein zweistöckiger Keller wirkt sich günstig auf das Klima aus, ermöglichte aber auch die Einlagerung von Bierfässern aus der gegenüberliegenden Brauerei. Die wertvollsten Archivalien wurden in den beiden Gewölben des Erdgeschosses in speziellen Fluchtkisten untergebracht, sodass sie bei Kriegsgefahr schnell und reibungslos in Sicherheit gebracht werden konnten. Ein Saal auf der Beletage im ersten Obergeschoss diente den Archivaren und Registratoren als großzügiges Arbeitszimmer. Im zweiten Obergeschoss wurde das barocke Bibliotheksgestühl aus dem fürstenbergischen Schloss Meßkirch eingebaut. Es war vor allem für die juristische Arbeitsbibliothek der Zentralverwaltung bestimmt.

Das Gebäude, auf das man zu seiner Zeit so viel Sachverstand und finanzielle Mittel verwandte, ist bis heute im Grunde bautechnisch nicht überholt.

ANDREAS WILTS



Es war interessant in den alten Akten von damals über die NS-Zeit nachzulesen. Dabei hat man genau erfahren können, wie die Deutschen mit den polnischen Zwangsarbeitern umgegangen sind. So wurden die Polen z. B. wesentlich härter bestraft als die Deutschen. Ein polnischer „Fremdarbeiter“ wurde sofort erhängt, weil er ein Verhältnis mit einer Deutschen hatte. Die Frau überlebte dagegen das KZ.

Licht in ein dunkles Thema der Migrationsgeschichte



Sie waren seit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in zunehmenden Maß allgegenwärtig: die sogenannten *Fremdarbeiter*. Menschen aus dem Einflussgebiet Hitlerdeutschlands, die mal mit deutlichem mal mit weniger Zwang in das deutsche Reichsgebiet zur Arbeit gezwungen wurden. Was diese Menschen, deren Nachfahren heute mit uns in Europa leben oder selbst wieder nach Deutschland eingewandert sind, durchmachen, ist in Deutschland weitestgehend in Vergessenheit geraten. Die Schüler des Berufskollegs zur Fachhochschulreife der Christian-Schmidt-Schule setzten sich im Rahmen ihrer Projektarbeit mit diesem Thema auseinander. Dazu untersuchten sie auch ausgesuchte Akten am Staatsarchiv in Ludwigsburg. Die Schüler waren beeindruckt:

Alle Gruppen waren sich am Ende einig, dass sie sowohl inhaltlich als auch methodisch einige dunkle Ecken der deutschen Immigrationsgeschichte ausgeleuchtet hatten.

Uns hat neben der eigentlichen Quellenarbeit auch der Rundgang durch das Archiv sehr gefallen. Vor allem einmal „Originalurkunden“ zu sehen, war sehr imposant und interessant. Für unser Thema haben wir viel gefunden. Besonders erstaunt haben uns die sehr schlechten Arbeitsbedingungen der griechischen Zwangsarbeiter. Dabei stießen wir auf viele Zeugenaussagen aus verschiedenen Blickwinkeln, die sich aber auch teilweise widersprachen.

Die Akten über vermeintliche Morde als Bestrafung geflohener russischer Kriegsgefangener waren sehr detailliert, umfangreich und persönlich. Die vielen Zeugenaussagen, Auszüge aus Personalakten und Standesamtsregistern erleichterten es uns, ein mögliches Verbrechen zu rekonstruieren.

TIMM HEINRICH

Wir haben einen überaus pingeligen Unternehmer kennengelernt, der sich einerseits oft mit den Institutionen des NS-Staates wie Arbeitsamt und Deutsche Arbeitsfront anlegte, um seine Firma zu erhalten, andererseits nicht vor Denunziation von Deutschen und Zwangsarbeitern und langen Rechtfertigungen zurückschreckte.

Goldene Freiheit für die Jugend?

Zur Situation jugendlicher Fabrikarbeiter in Schwenningen am Neckar

Schwenningen am Neckar bezeichnete sich früher einmal als die größte Uhrenstadt der Welt und war, neben anderen Unternehmen, Sitz der bekannten Uhrenfabriken Mauthe und Kienzle. Die Entwicklung der Uhrenindustrie begann zaghaft um 1855 in einem von der Landwirtschaft und von vorindustriellem Handwerk bestimmten Gemeinwesen. Nach der Gründerkrise expandierte die Uhrenindustrie erheblich und wurde zum Anziehungspunkt für viele arbeitssuchende, überwiegend männliche und jugendliche Zuwanderer.

Die meisten von ihnen wanderten aus den landwirtschaftlichen Gebieten Württembergs zu, aber auch aus Baden, später aus Italien, Polen und Russland. Die Fabrikarbeit war eine vollständig neue Form der Arbeitsorganisation. Von den betroffenen Zeitgenossen wurde sie als Verlust von wirtschaftlicher Selbstständigkeit und Freiheit erlebt. Wer sich die Selbstständigkeit erhalten konnte, tat dies solange wie möglich. Fabrikarbeit war unbeliebt, weshalb vor allem die arbeitssuchende Jugend wohl mehr der Not gehorchend als freiwillig diese neuen Arbeitsplätze in den Uhrenfabriken ausfüllte. Fabrikarbeit wurde deshalb besonders stark als Jugendproblem gewertet.

In den durch die Industrialisierung entstehenden *Städten* – auch Schwenningen wurde 1907 aufgrund der hohen Bevölkerungszunahmen zur Stadt erhoben – fanden viele jugendliche Arbeiter *aus aller Herren Länder* zusammen, die als einzige Gemeinsamkeit die Fabrikarbeit und eine vormals ländliche Herkunft hatten.

Die Industrie war auf die Zuwanderung, auch die saisonale, dieser überwiegend männlichen Fabrikarbeiter dringend angewiesen. Wegen des ungebremsten Bevölkerungswachstums mussten die neuen Industriestädte große infrastrukturelle

Herausforderungen bewältigen. Für die *vielen Fremden* mussten Unterkünfte, Verpflegungsmöglichkeiten aber auch Möglichkeiten zur Geselligkeit nach der Arbeit bereitgestellt werden.

Die wandernden Gesellen brachten neue Ideen mit, auch radikale politische Ideen. Der hohe Lohn der Jungarbeiter – im Vergleich zu den Löhnen der Landwirtschaft und des Handwerks – war Grundlage eines bis dahin eher unbekanntes und eher konsumorientierten *freien* Lebensstils der jungen Leute. Geltende Moral- und Lebensvorstellungen wurden von den jungen Fabrikarbeitern vermehrt infrage gestellt.

Quellen

Es haben sich mehrere Fotos von Belegschaften und von rauchenden Fabrikaminen erhalten, die aus offizieller und aus Unternehmenssicht von der neuen Zeit, dem Fabrikzeitalter kündeten. Aus den Daten der Fremdenbücher und den vorliegenden Volkszählungen kann man Vorstellungen über die Bevölkerungssituation der Industriestadt Schwenningen ableiten.

1 | Die Belegschaft der Firma C. J. Schlenker-Kienzle 1897/99. Im Vordergrund sind die Jungarbeiter zu sehen. An den Fenstern zeigen sich vermutlich verheiratete Fabrikarbeiterinnen. Der Mann mit Hut vorne rechts ist der Unternehmer Jakob Kienzle.

Vorlage: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, Chronik

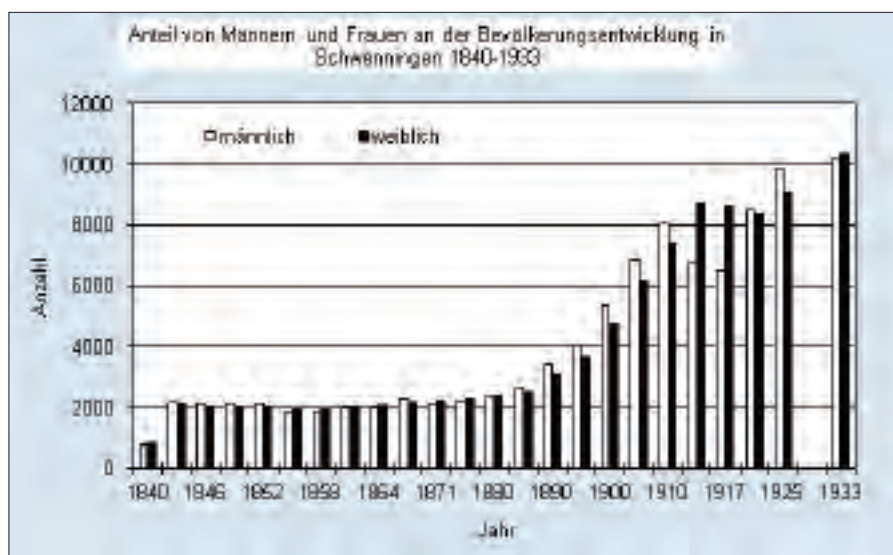




2 | Schweningen um 1900. Die vielen Fabrik-
kamine zeigen, dass die ‚Fabriken‘ um 1900 mitten
im Zentrum der Gemeinde lagen und den Ort
dominierten. Das Bild zeigt aber auch, dass die
sesshafte Bevölkerung ihren Zusatzerwerb in der
Landwirtschaft hatte.

Vorlage: Stadtarchiv Villingen-Schweningen,
Chronik

2



3 | Zwischen 1880 und 1910 vervierfachte sich die
Bevölkerung Schweningens. Die Zuwanderung
von vor allem männlichen Arbeitern führte zu einer
Verschiebung zwischen den Geschlechtern.

Quelle: Statistisches Landesamt, Oberamtsmappe
Rottweil.

3

Jahr	alle	mit Angaben	Über 5 Jahre		1 bis 5 Jahre		1 Monat bis 1 Jahr		weniger als 1 Monat	
			absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1894	409	175	5	2,9	62	32,4	91	52,0	17	9,7
1898	361	208	21	10,1	68	33,2	90	43,3	28	13,6
1901	317	245	14	6,7	94	38,4	82	33,9	54	22,0
1903	709	517	10	1,9	181	35,0	220	46,1	95	18,0
1908	531	361	6	1,5	163	41,7	159	29,5	63	16,1
1912	1680	980	0	0	143	14,5	673	66,2	190	19,3

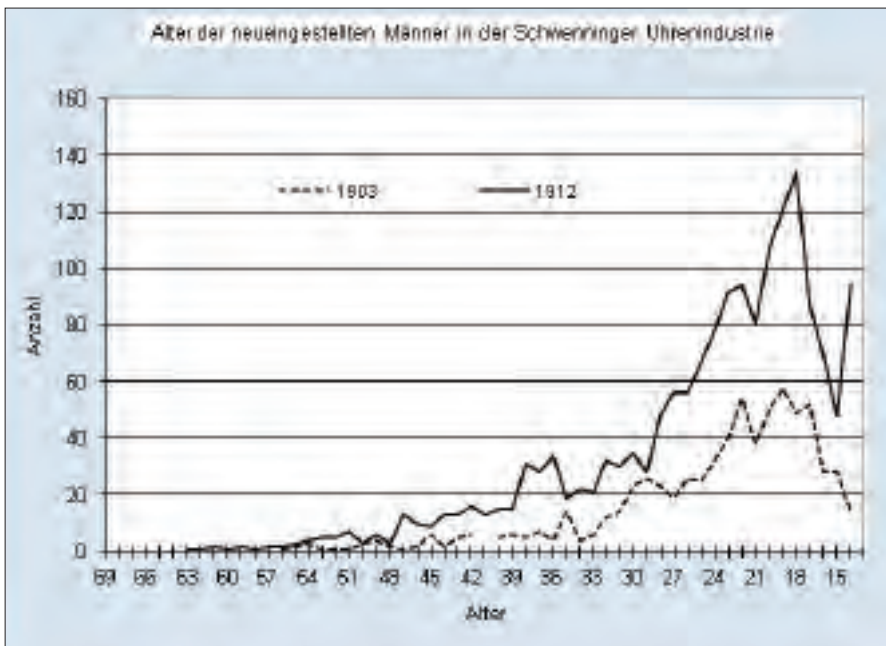
4 | Verweildauer der Zuwanderer in der Metall-
industrie. 1894, 1898, 1901, 1903, 1908 und 1912.
Quelle: Stadtarchiv Villingen-Schweningen,
Best. 3.1 4, Fremdenbücher.

4

Seit 1873 bis zum Jahr 1913 wurden in Schweningen aufgrund der gesetzlichen Vorschriften Fremdenbücher geführt. In diese Fremdenbücher wurden der Name des Zuwanderers, sein Geburtsort, Geburtsdatum, Staatsbürgerschaft, letzter Aufenthaltsort, Arbeitgeber, Wohnadresse(n), Tag der Anmeldung, Tag der Abmeldung und der Beruf eingetragen. Insgesamt liefern die

Fremdenbücher die Daten von ca. 50 000 Zuwanderern, von denen die meisten sich nur kurz in Schweningen aufhielten. Die jährlichen Anmeldezahlen unterlagen erheblichen Schwankungen. So gab es viele Anmeldungen im Frühjahr vor dem 1. Mai und im September vor dem Beginn des Weihnachtsgeschäftes in der Uhrenindustrie. Die Tabelle für ausgewählte Jahre zeigt, dass

nur wenige Arbeiter länger als fünf Jahre am Ort blieben. Die Bevölkerungsstruktur hatte in der Industrialisierungsphase immer einen hohen Anteil an sog. fluktuierender Bevölkerung. Diese eher kurzzeitig in Schweningen lebende Bevölkerungsgruppe entwickelte eine hohe soziale Dynamik und beeinflusste das Zusammenleben vor Ort erheblich.



5 | Die Mehrheit der wandernden Industriearbeiter war zwischen 18 und 28 Jahren alt. Das Durchschnittsalter der zuwandernden Industriearbeiter betrug ca. 23 Jahre.

Quelle: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen, Best. 3. 1 4, Schwenninger Fremdenbücher 1873–1913.

5

Pfarrberichte

Eine wesentliche Quelle für die Zustände in der Stadt sind die Pfarrberichte, die die evangelischen aber auch die katholischen Pfarrer regelmäßig für die kirchlichen Aufsichtsbehörden verfassen mussten. Hier wurde aus kirchlicher, eher konservativer Sicht, der Einfluss des Fabriklebens auf die Moral aber auch auf das kirchliche Leben der Pfarrgemeindeglieder geschildert.

Pfarrbericht von 1909:

Die ledige Jugend, die in den Fabriken bald viel Geld verdient, tritt recht selbstbewußt auf und ist entweder in Kameradschaften oder in Vereinen aller Art zusammengeschlossen. Jugendliche Harmlosigkeit ist fast nicht vorhanden. Für die Geselligkeit, gediegene Weiterbildung ist wenig Interesse da. Bei den Söhnen tritt die Genußsucht, bei den Töchtern die Putzsucht sehr stark hervor. Das Geld, das die jungen Leute in den Fabriken verdienen, müssen sie zwar den Eltern abliefern; aber ein großer Mißstand ist das sog. Sonntagsgeld, das viele Eltern in zu reich bemessenen Beträgen ihren Kindern überlassen. Junge Leute, die sich im Elternhaus beengt fühlen, nehmen in einem anderen Haus, das sie unschwer finden, Kost und Wohnung und freuen sich ausgiebig der goldenen Freiheit. Dienstboten gibt's hier wenig. Solche sind auch schwer zu bekommen. [...] Drei Übelstände sind noch zu erwähnen. Die Lichtstuben, wo viel faules Geschwätz bei Trunk und häufig auch Tanz verübt wird; die Kostgebereien, in denen abends junge Leute sich sammeln und das Bier, das aus einer der vielen Flaschenbierhandlungen geholt wird, sich schmecken lassen; endlich die Tatsache, daß in einigen Fabriken junge Leute beiderlei Geschlechts in einem Saal, oft an einem Tisch arbeiten.

Quelle: Landeskirchliches Archiv Stuttgart, A 29, Ortsakten, Nr. 4151.

Polizeiberichte

Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 wurden die Schultheißenämter der württembergischen Gemeinden angewiesen, die Tätigkeit der Sozialdemokraten zu überwachen. Diese Kontrollen wurden bis zum Jahr 1908 durchgeführt. Die Überwachungsberichte finden sich im Staatsarchiv Sigmaringen. Auch in diesen Berichten fällt auf, dass die Auseinandersetzung mit den jugendlichen Parteiangehörigen für die staatlichen Aufsichtsbehörden häufig recht schwierig war und die Überwachung die Situation vor Ort eher aufheizte als beruhigte.

Schultheiß David Würth urteilte am 24.12.1893:

Die Leiter des sozialdemokratischen Vereins sind ruhige und einsichtsvolle Leute. Aber die jüngeren Mitglieder desselben sind meist unvergohren naseweise Bürschchen, welche nicht selten über das Ziel schießen.

David Würth am 23.12.1894:

Wie die Erfahrung lehrt wird durch das Einschreiten der Polizei [...] das Treiben der Sozialdemokraten nicht gehemmt sondern eher gefördert. Der Unterz. selbst mag aber die Versammlung nicht überwachen u. sich der Kritik der grünen Jungen aussetzen.

David Würth am 21.12.1898:

Während ältere, erfahrenere Mitglieder der Sozialdemokraten wenigstens der unterzeichneten Stelle gegenüber sich stets anständig benehmen, kann dies von den jüngeren Mitgliedern nicht immer gesagt werden. Dieselben sind vielfach ungemein anmaßend u. benehmen sich zuweilen so herausfordernd, daß man sich förmlich Gewalth antun muß, um nicht zu Thätlichkeiten hingerissen zu werden.

Quelle: Landesarchiv Baden-Württemberg, StAS Wü 65/30 Nr. 80

Die Sozialdemokratie galt allgemein als Partei der vielen Fremden. Da für politische Wahlen ein Alter von 25 Jahren vorgeschrieben war, das Durchschnittsalter der zuwandernden Industriearbeiter und Handwerksgehlen aber bei 23 Jahren lag, konnten die sozialistischen Wählerstimmen weniger von den mobilen wandernden Arbeitern kommen. Diese Gruppe konnte zwar öffentlichen Konflikten schnell zur sozialen Dynamik und Schubkraft verhelfen, sie war ein ideales Potential für Aufläufe und Tumulte, als Wählerschicht kam sie weniger in Betracht.

6 | Dieses Flugblatt wurde vor 1914 in Schwenningen verbreitet, leider ohne Jahreszahl.
Vorlage: Stadtarchiv Villingen-Schwenningen



6

Private Quellen

Eher selten haben sich Zeugnisse von Fabrikarbeitern überliefert. Das vorliegende Schreiben des damals 17-jährigen Schwenninger Feinmechanikers Jakob Sulan (geb. 18.5.1890) aus dem Jahr 1907 schildert anschaulich die Beweggründe eines Jungarbeiters, der in der Fremde sein Glück suchte.

Liebe Eltern!

Euren letzten Brief habe ich erhalten. Es freut mich sehr, sobald Antwort zu erhalten. Ihr schreibt mir, daß ich seit einem Vierteljahr nicht geschrieben hätte, so lange ist es wohl nicht her. Ich würde ja gern und öfters schreiben, aber es ist nicht gerade angenehm, wenn man auf jeden Brief, den man den Eltern nach Hause schreibt, eine Antwort bekommt, in der meistens lauter Schimpfworte enthalten sind. Ich sehe ja selbst ein, daß es etwas ungerecht gehandelt ist, in die Welt hinauszuziehen, wenn die Eltern die Unterstützung durch den Sohn so notwendig brauchen konnten. Aber wenn man so jung ist, hat man ein Verlangen, die schöne Welt einmal zu sehen, auf der man lebt u. nicht nur in Schwenningen u. weiter nichts zu sehen von der Welt. Dort leben u. dort sterben. Wenn ich später etwas Tüchtiges werden will in dem Berufe, den ich mit 14 Jahren ergriffen habe, dann darf ich mich nicht in Schwenningen in eine Uhrenbude setzen: nein, ich muß mich dahin machen, wo man etwas tüchtiges leistet. Wenn ich mich daheim in eine Bude setze, wo nichts ist, gibt mir später auch kein Pfennig dafür wenn ich nichts kann. Z.B. der Haller, der hier ist, hat bei Schlenker-Grusen als Schleifer gearbeitet, jetzt hat er sich herangebildet zum tüchtigen Mechaniker mit 55 Pfennig Stundenlohn u. hat wenigstens auch Anstand gelernt, was zu lernen mir ja auch nicht so unnötig ist. Ihr schreibt mir weiter, daß ich Tags nur 1 mal warm zu essen hätte, auch da habt ihr mich mißverstanden. Ich habe morgens einen Kaffee 3 Tassen mit 2 Brötchen welcher noch zur Logis gehört, dann das Mittagessen, und abends kaufe ich mir 1 warme Wurst und Brot, welche man hier in jeder Metzgerei haben kann. Also habe ich 3 mal warm Essen per Tag. L. Vater! Du mußt es mir nicht als Ungehorsam anrechnen, wenn ich Deinen ja wohl gemeinten Rathe nicht folge, den Grund dazu habe ich ja oben angeführt. Aber sparen will ich dennoch so gut es geht. Daß man ja auch manche Enttäuschung erleben muß das wußte ich bevor ich ging. [...] Wir arbeiten 9 1/2 Stunden im Geschäft. Die besten Grüße an Großvater.

Quelle: Privatsammlung Sonja Höhn, VS-Schwenningen

Zeitungsberichte

Seit 1880 gab es in Schwenningen eine Zeitung, die eine wichtige Quelle für das Ortsgeschehen darstellt. Hier finden sich auch erste Hinweise über den Arbeiterleseverein, die Vorgängervereinigung der Sozialdemokratie in Schwenningen.

Diese zeigen, dass die junge Partei stark von der Fluktuation der Arbeiter beeinträchtigt wurde. *Der Verein hatte bei seiner Gründung vor bald einem Jahr 19 Mitglieder. Im Laufe dieses Jahres sind 50 eingetreten, 15 sind größtenteils wegen Abreise ausgetreten [...] und beläuft sich demnach die gegenwärtige Mitgliederzahl auf 64.* (Neckarquelle 21.12.1889: Generalversammlung des Arbeiterlesevereins in der „Blume“.)

Die Zeitung wurde zum wichtigsten Informationsmedium vor Ort, sie stellte außerdem die wesentliche Möglichkeit für alle gesellschaftlichen Gruppen dar, über Anzeigen aber auch über Leserbriefe ihre Meinung zu äußern. Die in den Leserbriefen gezeigten arbeiterfreundlichen Haltungen erstaunen und vermitteln eine neue Sichtweise auf die Werte einer sich entwickelnden jungen Industriegesellschaft in der württembergischen Provinz.

Vorgehen im Unterricht

Die vorliegenden Quellen sollen Betroffenheit bei den Schülerinnen und Schülern durch Vergleich der Situation junger Menschen heute und damals ermöglichen. Schüleraufgaben bei der Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Material könnten sein:

- Beschreiben Sie die Situation der Fabrikarbeiter anhand der vorliegenden Quellen. Vergleichen sie diese Situation mit der Situation heutiger Jugendlicher.
- Führen Sie ein Rollenspiel durch, in denen die beteiligten Gruppen vor Ort ihre Meinung zu den Ruhestörungen äußern.
- Schreiben Sie einen Leserbrief aus der Sicht eines beteiligten Jungarbeiters, aus der Sicht des Dorfschullehrers, aus der Sicht eines Gastwirts, aus der Sicht des Polizeibeamten etc.

Die jugendliche männliche Bevölkerung vor Ort verursachte zahllose Krawalle und Tumulte, die sich schnell aus eher privaten Händeln, aber auch aus betrieblichen Konflikten entwickeln konnten. Einiges Aufsehen erregte ein Tumult vor der Polizeiwache im Juni 1906. Der Bericht in der Zeitung lautete (Neckarquelle 30.6.1906):

Gestern Abend kam es vor der Polizeiwache zu bedenklichen Ausschreitungen. Ein Schutzmann suchte einige Betrunkene behufs Feststellung ihrer Personalien auf die Polizeiwache zu verbringen. Schon unterwegs sammelte sich Publikum an, das Partei für die Inhaftierten ergriff und sich dann vor der Polizeiwache postierte und die Herausgabe derselben verlangte. Die Menge nahm eine bedrohliche Haltung an und machte Miene, die Gefangenen gewaltsam zu befreien. Bloß der Besonnenheit und Zurückhaltung der Schutzmannschaft ist es zu danken, daß es zu keinem Auftritt bzw. Zusammenstoß kam. Erst nachdem die Excedenten freigegeben wurden und auch die Schutzleute die Polizeiwache verlassen hatten, zerstreuten sich die Demonstranten. Einige derselben werden sich vor dem Gericht zu verantworten haben.

In einem Leserbrief wurde allerdings der Tumult auf das falsche Verhalten der Polizei zurückgeführt (Neckarquelle 31.7.1906):

Tatsächlich war aber die Ursache des Auflaufes die Behandlung eines dieser Betrunkenen seitens des amtierenden Schutzmannes. Dieser gebrauchte ohne jeden ersichtlichen Grund die Handfessel, die sonst nur bei Verbrechern, oder sofern Gefahr für den Schutzmann besteht, in Anwendung kommt [...] und schlug den Verhafteten noch in roher Weise anscheinend mit einem Schlagring oder etwas ähnlichem auf den Kopf. Dieses Gebaren des Schutzmannes regte die Menge auf und führte zu den Exzessen, die bei einer Zusammenrottung so vieler Menschen stets vorkommen werden.

Weitere Leserbriefe zum beschriebenen Fall (Neckarquelle 1.8.1906):

Mehrere Bürger und Augenzeugen:

Die Sympathiebeweise der aufgeregten und sich im weiteren Verlauf der Verhaftung immer zahlreicher versammelten Menschenmenge und die darauffolgenden Gewalttätigkeiten waren angesichts einer derartigen Behandlung von Leuten, deren einziges Verbrechen darin bestand, daß sie betrunken waren, sehr verzeihlicher Natur.

Ein Leserbriefschreiber sah in dem Verhalten der Polizei einen Verstoß gegen „den Rechtssinn in der Bevölkerung“:

Gerade der Auflauf vor der Polizeiwache beweist, wie schwer die Mißhandlungen von der Menge aufgefaßt wurden, daß sie sich auch zu Gunsten Fremder ins Zeug legte, daß auch die Herbeirufung des Wachtmeisters und seine Aufforderung auseinanderzugehen, keine Wirkung tat, daß vielmehr, da das immer dringendere Verlangen der Menge, die unschuldig Verhafteten freizugeben unberücksichtigt bleiben wollte, der Ernst dieses Begehrens mit dem Zertrümmern verschiedener Fensterscheiben eklatant konstatiert wurde. Daß nach solch eindringlicher Mahnung die Arrestanten freigegeben werden mußten und der Auflauf sich besänftigte, beweist mehr als genug, daß nicht Radaubröder, sondern sehr rechtlich gesinnte Personen den Auflauf inszenierten. Die ganze Schuld liegt auf Seite der Polizei.

Für diesen Leserbriefschreiber stand der Vorfall im direkten Zusammenhang mit einem anderen Ereignis, das etwa eine Woche zurücklag:

Einige harmlose junge Leute von 18 Jahren haben halblaut nachts vor sich hingesungen. Derselbe Schutzmann hat sie ertappt. Sie sind entsprungen, zwei kamen durch, der dritte kam zu Fall, und der Schutzmann transportierte ihn mit geschwungenem Säbel zur Polizeiwache. Hier wurde derselbe noch geschlagen.

Der Autor kommt zu dem Schluss:

Entweder die Polizei verursacht durch ihr strammes Vorgehen selbst vermehrten Radau oder das Sittenverhältnis der Einwohner hat sich wegen der strammen Polizeiordnung verschlechtert.

- Wie bewerten Sie aufgrund des vorliegenden Materials die in den Zeitungsausschnitten dargestellte öffentliche Meinung?
- Auch heute sind vor allem männliche Jugendliche häufig an nächtlichen Krawallen und Ruhestörungen beteiligt. Informieren Sie sich über die soziale Zugehörigkeit dieser Gruppen. Weshalb beteiligen sich heute Jugendliche an solchen Auseinandersetzungen?
- Wo sehen Sie Gemeinsamkeiten heutiger und damaliger Ruhestörungen durch Jugendliche, wo sehen Sie wesentliche Unterschiede?
- Wie kann man solchen Ruhestörungen entgegenwirken?

Leider liegen die meisten Quellen handschriftlich vor und sind für heutige Schüler ohne Kenntnisse der alten Schreibschrift nicht mehr lesbar. Die Lokalzeitungen dagegen können oftmals in den Stadtarchiven im Original oder auf Mikrofilm eingesehen werden.

Literatur

ANNEMARIE CONRADT-MACH: Einheimische und Fremde. Zur Mentalität der Industriearbeiter und Industriearbeiterinnen in der Württembergischen Provinz 1855–1933. Villingen-Schwenningen 1999.
Hier finden sich viele weitere Beispiele für Arbeitertumulte und Krawalle.

WILFRIED BREYVOGEL: Die Stadt als Forum des Jugendprotestes. Zur verborgenen Beziehung von Stadterfahrung und Subjektivität. In: Deutscher Werkbund e.V. und Württembergischer Kunstverein Stuttgart (Hrsg.): Schock und Schöpfung. Jugendästhetik im 20. Jahrhundert. Darmstadt 1986, S. 92–99.

DETLEV PEUKERT: Arbeiteralltag – Mode oder Methode? In: Haumann, Heiko (Hrsg.), Arbeiteralltag in Stadt und Land. Argument Sonderband 94. Neue Wege der Geschichtsschreibung. Berlin 1982.

Abschließend nahm der Gemeinderat zu der leidigen Affäre Stellung (Neckarquelle 4.8.1906):

Schutzmann Klenk hatte letzten Sonntagnachmittag frei und sah von seiner Wohnung aus den Auflauf, den drei Betrunkene in der Bahnhofstraße verursachten. Sofort warf er sich in seine Uniform und suchte den Unfug zu steuern, daß dies nicht so glatt ablaufen konnte, da er es mit zwei total Betrunkenen und einem rabiaten Menschen zu schaffen hatte, ist begreiflich. Da die Tumultanten sich weigerten ihre Namen anzugeben und auf die Polizeiwache zu folgen, mußte Gewalt angewendet und von der Handfessel Gebrauch gemacht werden. Dabei setzte es allerdings einige Verwundungen ab. [...] Daß das Publikum für die scheinbar Mißhandelten Partei ergriff, ist zwar begreiflich, aber nicht gerechtfertigt. Dieselben wurden behufs Ermittlung ihrer Personalien auf die Polizeiwache verbracht und wären nach Feststellung derselben ohnehin wieder auf freien Fuß gesetzt worden. [...] Die mehrfachen Aufforderungen des Polizeiwachtmeisters, den Platz zu räumen und auseinander zu gehen, wurden nicht beachtet, vielmehr mit den gröblichsten Beleidigungen, Drohungen, sogar mit Steinwürfen erwidert. Nicht die Furcht vor der erregten Menge, sondern das Gefühl der Verantwortung für die unabsehbaren Folgen hielt die Schutzmannschaft vor energischem Einschreiten ab [...] ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem Konflikt, den Schutzmann Klenk 8 Tage zuvor mit drei jungen Leuten hatte. Dieselben sangen nachts nach 12 Uhr miteinander und ergriffen, als sie den Schutzmann bemerkten die Flucht. Derjenige von ihnen, welcher erwischt wurde, weigerte sich, mit auf die Polizeiwache zu gehen und mußte daher mit Gewalt dahin verbracht werden. Dort gab er einen falschen Namen an und bezeichnete auch seine zwei ihm wohlbekannten Kameraden unrichtig [...] wenn er Verletzungen davontrug, so sind solche durch seinen Widerstand verursacht worden.

Diese Rathausmitteilung forderte wiederum zu einem Leserbrief heraus (Neckarquelle 6.8.1906):

Drei junge Männer von 19 Jahren und Mitglieder eines größeren Gesangvereins hier sangen auf ihrem Heimweg in der Harzergasse ‘Drauß ist alles so prächtig’ usw. Hinter einer von hinten an sie herangekommenen Chaise sprang ein Schutzmann mit gezogenem Säbel auf sie zu. Zwei von ihnen gelang es davon zu laufen, der Dritte konnte sich nur noch durch einen Seitensprung gegen den ausgeholten Säbelhieb schützen und fiel dabei in die Straßenrinne, wobei er sich Hautabschürfungen des linken Handgelenks zuzog, welche Verletzungen ihn an der Ausübung seines Berufs eine ganze Woche verhinderten. Vom Schutzmann ergriffen, wurde dem Verbrecher eine Handfessel angelegt, nachdem er seinen am Boden liegenden Säbel zuvor in die Scheide gesteckt hatte. [...] Derselbe wurde dem ca. 50 Meter zurückstehenden Patrouillenführer vorgeführt, welcher den Gefangenen mit beleidigenden Schimpfworten empfing und dem Schutzmann Klenk befahl, ihn auf die Polizeiwache bzw. in den Arrest zu bringen. Dort angekommen, wurde der Gefangene von Klenk und einem anwesenden frischen Schutzmann mit gemeinen Schimpfreden regaliert, mit Arrest bedroht und von Klenk herumgestoßen, um auf diese Weise nicht nur seine eigene, sondern auch die Namensangabe seiner Kameraden zu erzwingen, obgleich er von einem anwesenden älteren Schutzmann als hiesiger Bürgersohn erkannt wurde [...] Die Strafe wurde für alle drei mit je 5 Mk wegen Nachtruhestörung und Flucht angesetzt. [...] Es ist bedauerlich, daß man von Seiten der Behörde nicht zu der Einsicht gekommen ist, daß durch das Vorgehen des Schutzmanns Klenk, welcher noch öffentlich belobt wird, nicht die Ruhe und Ordnung hergestellt, sondern die Unruhe und Rachsucht gefördert wird. Die Folgen dieser Voraussetzungen hat man am darauffolgenden Sonntag durch die erregten Vorgänge bei der Polizeiwache erlebt. Nach Ansicht der ruhigen und ordnungsliebenden Einwohner ist es höchste Zeit, daß von Seiten der Behörde, welcher für solche Vorkommnisse verantwortlich ist, geeignete Maßnahmen getroffen werden. Chr. Schlenker.

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Kulturlandschaft Autobahn
Die Fotosammlung des Landesamts für
Straßenwesen Baden-Württemberg
Bearbeitet von Bernhard Stumpfhaus
Verlag W. Kohlhammer 2011
168 Seiten, 115 Abbildungen, kartoniert
€ 18,-
ISBN 978-3-17-022370-7

**Die Bestände des Generallandes-
archivs Karlsruhe**
Teil 5. Nichtstaatliches Archivgut (69–70)
Bearbeitet von Jutta Krimm-Beumann
Verlag W. Kohlhammer 2011
392 Seiten, Leinen
€ 40,-
ISBN 978-3-17-021761-4

365 Tage Baden – Württemberg
Belser-Verlag 2011
376 Seiten, 365 Abbildungen,
fester Einband
€ 24,95
ISBN 978-3-7630-2604-3

Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich.

Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Das Landesarchiv > Publikationen“.



Schadensprävention und Notfallvorsorge in Archiven
Vorträge des 71. Südwestdeutschen Archivtags am 21. Mai 2011 in Wertheim
Herausgegeben von Anna Haberditzl und Peter Müller
Verlag W. Kohlhammer 2012
68 Seiten. 38 Abbildungen, kartoniert
€ 12,-
ISBN 978-3-17-022289-2



Archiv der Freiherren von Berlichingen zu Jagsthausen. Akten und Amtsbücher (1244–) 1462–1985 mit einem Nachtrag von Urkundenregesten 1460–1832
Bearbeitet von Oliver Fieg
Inventare der nichtstaatlichen Archive in Baden-Württemberg, Band 25/1
Verlag W. Kohlhammer 2012
918 Seiten. Fester Einband/Fadenheftung
€ 69,-
ISBN 978-3-17-022306-6



Vorderösterreichisches Appellationsgericht und Vorderösterreichische Landrechte 1782–1805
Bearbeitet von Peter Steuer und Konrad Krimm
Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Band 50/10
Verlag W. Kohlhammer 2012
356 Seiten. Fester Einband/Fadenheftung.
€ 36,-
ISBN 978-3-17-023092-7

Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg,
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart,
Telefon 0711/212-4238,
Telefax 0711/212-4283,
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de,
Internet: www.landesarchiv-bw.de.

Redaktion:
Dr. Regina Keyler
Gestaltung:
agil > Visuelle Kommunikation,
Pforzheim
Druck: Pitney Bowes Management
Services, Viernheim

Das Heft erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.
ISSN 1437-0018

Titelfoto:
1961 stanzen Beschäftigte der Voith GmbH mithilfe von Leasinggeräten der IBM Massendaten auf Lochkarten. Mit der Lochkarte hielt eine frühe Form der Datenverarbeitung Einzug in die Büroorganisation. Die Voith GmbH ist ein weltweit tätiges Maschinenbauunternehmen, insbes. im Turbinen- und Papiermaschinenbau.
Vorlage: Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg B 80 Voith GmbH, Heidenheim, F 5322

Landesarchiv Baden-Württemberg

Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
Verwaltung
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: verwaltung@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg
Fachprogramme und Bildungsarbeit
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: fachprogramme@la-bw.de

GRUNDBUCHZENTRALARCHIV

Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-520
E-Mail: gbza@la-bw.de

INSTITUT FÜR ERHALTUNG

Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6600
Telefax: 07141/18-6699
E-Mail: bestandserhaltung@la-bw.de

Archivabteilungen

STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/18-6310
Telefax: 07141/18-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des
Staatsarchivs Ludwigsburg
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/2277
Telefax: 07942/4295
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

HAUPTSTAATSARCHIV STUTTART

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hststuttgart@la-bw.de

STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

